EUR 5,00



ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 62/2012 ISSN: 2192-6719

20 JAHRE NEUE ANTIRASSISTISCHE BEWEGUNG



INHALT

ABBILDUNGEN IM HEFT

✖ Zur Erinnerung an das Sonnenblumenhaus in Rostock.

EDITORIAL

Die ZAG ist verwirrt. Erinnert an ihre Anfänge. Damals. Als der gerade eben erst wiedervereinte Rassismus falschen Verhältnissen neue Dynamik verlieh, Deutschsein wieder Mehrheitsfähigkeit erlangte, unter Ausschluss und Schlussstrich, als Weg in die Freiheit gemeinsamer Restauration. Gegen diese Art bürgerlicher Stabilitätspakt wurden die ersten Ausgaben der ZAG zusammengeheftet – als Sprachrohr dreier Antirassistischer Notruftelefone. Für Menschen, die deutsche Freiheiten brutal zu spüren bekamen, ihr Leben an diesen unwiederbringlich zu verlieren drohten.

Die Wucht, mit der alte Bürgerlichkeit über ausgegrabene Schläuche gegossen wurde, mit der der Mob sich fand, wenn sich Polizist_innen sich zu verlieren erdreisteten und Parlamentarier_innen es an nationalem Tempo fehlen ließen, überraschte und überforderte viele, die historisch nichts Gutes ahnten, wenn Deutsche mit Deutschen meinen sich zu vereinen.

In diesen Anfängen war »die« ZAG noch »das« ZAG. Es kämpfte nach seinen Möglichkeiten als antirassistisches Zeitungsprojekt gegen den Rassismus in den Köpfen der politischen und sozialen Mehrheit einer Gesellschaft, die sich demokratisch schimpfte. Es kämpfte auch ums eigene Bestehen als egalitäres Projekt in dem jede_r alles machen kann, Hauptsache er_sie verliert den Fokus nicht auf das, was Gesellschaft als geschlossene Gemeinschaft zusammenhält: Rassismus.

Die Zeiten haben sich geändert. Das ZAG konnte sich dem Trend zum Identitären nicht entziehen. Dem Bemessen von Positionierungen an dem_der, der_die sie vertritt. Das ZAG hat sich hingegen selbst einer Personifizierung unterzogen, durch die hindurch nun sie seit Jahren bevorzugt Editorials unterschreibt und als »Eure ZAG« eine Leserschaft grüßt, deren Anfänge sie kennt. Und da trifft es sie kalt und hausgemacht, mit der eigenen Ausgabe zu »Critical Whiteness« auf einem ihr bisher unbekannten Terrain essentialistischen Denkens: Kann sie antirassistisch »sein«?

WER HAT BURAK B. ERMORDET?

WIR FORDERN AUFKLÄRUNG! GERECHTIGKEIT! TRANSPARENZ! SOLIDARITÄT!

ARI – ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE BERLIN

Am 5. April um ein Uhr nachts wurde Burak B. ermordet. Ein unbekannter Täter näherte sich einer Gruppe von migrantischen Jugendlichen, die zu diesem Zeitpunkt an einer Bushaltestelle gegenüber dem Krankenhaus Neukölln saßen. Der Täter gab aus einer Handfeuerwaffe gezielte Schüsse auf die Gruppe ab. Er tötete den 22-jährigen Burak B. und verletzte Alex A. (16) und Jamal A. (17) lebensgefährlich. Zwei weitere Jugendliche blieben unverletzt. Der Täter war der Jugendgruppe nicht bekannt. Er wird von den Überlebenden des Angriffs als ca. 40-60 Jahre alt, ca. 180 cm groß, weiß, mit Kapuzenpulli, beschrieben. Er flüchtete zu Fuß.

Auf Buraks Beerdigung waren 2.000 Menschen, Angehörige und Freunde und zum größten Teil Mitglieder der türkischen sowie muslimischen Community. Am Tatort befindet sich eine informelle Gedenkstelle. Es werden Blumen niedergelegt und es wird Burak gedacht. Es sind Zeichen von Entsetzen, Solidarität und Mitgefühl. Plakate fordern: »Buraks Mord darf nicht unaufgeklärt bleiben.« »Deutschland, wir wollen Gerechtigkeit.« Angehörige formulieren, dass es »das Schlimmste wäre, dass der Mord einfach vergessen wird.« Sie wollen wissen, was passiert ist und wer es getan hat.

EIN WEITERER UNAUFGEKLÄRTER RASSISTISCH-MOTIVIERTER MORD!?

Vier Monate nach dem Mord hat die Polizei noch immer kein Ermittlungsergebnis vorzuweisen. Auch wenn wir es nicht mit Sicherheit sagen können, gehen wir davon aus, dass Burak B. von Rassisten ermordet wurde. Sensibilisiert durch das Totalversagen einer kritischen Öffentlichkeit bei den NSU-Morden, die einfach die Polizeiversion von Milieu-Morden akzeptiert hat, sind wir nicht bereit hinzunehmen, dass der Mord an Burak B. unaufgeklärt bleibt. Wir dürfen nicht zum Alltag übergehen. Wir müssen an diesen Mord erinnern und seine Aufklärung fordern. Die Erfahrungen der NSU-Ermittlungen zeigen, dass die Arbeit der Polizei misstrauisch begleitet werden muss.

Es gibt für den Mord an Burak B. einen größeren gesellschaftlichen Kontext:

- Neukölln gilt für eine rassistische Öffentlichkeit als Inbegriff von gescheitertem Multikulti. Deren pathologisch-rassistische Angstphantasien von aggressiven migrantischen Unterschichten, von Muslimen und Salafisten, die Deutschland bedrohen, fokussieren insbesondere auf Neukölln.
- Regelmäßig werden Moscheen in Berlin angegriffen. Die Sehitlik-Moschee am Columbiadamm war in diesem Jahr schon viermal Ziel eines rassistischen Anschlags.
- Faschistische Drohbriefe werden seit Anfang Februar an muslimische und jüdische Gemeinden, türkische Geschäftsleute und migrantische Vereine und Privatpersonen verschickt. Unterschrieben sind sie von einer so genannten »Reichsbewegung«. Diese bedrohen Muslime und Schwarze, Roma und alle Migrant_innen und setzten ihnen eine Frist Deutschland zu verlassen. Sie kündigen Gewalttaten an.
- Der Hintergrund der unaufgeklärten NSU-Morde besteht weiter. Das antifaschistische Pressearchiv Apabiz ordnet mehr als 120 namentlich bekannte Neonazis dem NSU-Umfeld zu. Völlig unklar ist, ob weitere Zellen existieren. Es muss mit einer Fortsetzung der Mordserie* oder Nachfolgetätern gerechnet werden. Es existiert eine rassistische, antimuslimische Internetszene, die den Mord an Burak B. verächtlich und hasserfüllt kommentiert. Sie erklärt Burak B., seine Angehörige und die Trauergemeinde in einer Täter-Opfer-Verkehrung zu einer Bedrohung.

AKTUELL

Dieser rassistische gesellschaftliche Hintergrund erfordert, dass die Polizei gezielt im rassistischen/faschistischen Umfeld ermittelt. »Ermittlungen in alle Richtungen« verschleiern nur und schützen letztendlich die Täter. Bundesweit, in Berlin und insbesondere auch in Neukölln sind gewaltbereite neonazistische Gruppen (polizei-) bekannt, die sich durch rassistische Übergriffe und Angriffe auf Andersdenkende hervorgetan haben. Des Weiteren radikalisiert sich die antimuslimisch-rassistische »Reichsbewegung« mit Gewaltaufrufen im Internet. Diese Gruppen und Einzelpersonen aus ihrem Umfeld kommen als Täter in Betracht. Auch in Bezug auf den norwegischen antimuslimischen Terroristen Breivik besteht die Gefahr von Nachfolgetätern. Darüber nicht zu sprechen, bedeutet die Mörder gewähren zu lassen! Vor diesen Bedrohungen die Augen zu verschließen, deckt die Täter und gefährdet weitere Menschen.

Wir fordern, die Gefahr für Migrant_innen, für Nicht-Weiße und für People of Color in Berlin wahr und ernst zu nehmen. Das bedeutet, ihre Befürchtungen und Hinweise aufzugreifen und ernst zu nehmen. Wir fordern eine kritische Öffentlichkeit auf, sich solidarisch zu zeigen.

WAS KANN DAS IM EINZELNEN HEISSEN?

1. Aufklärung fordern

Transparenz der Ermittlungsbehörden fordern. Öffentlichkeit zum Mord und zur Bedrohungssituation muss hergestellt werden: Warum gibt es keine öffentliche Lageeinschätzung des Verfassungsschutzes zu möglichen Täterkreisen, sowie zu den rassistischen Diskussionen über diesen Mord in einschlägigen Foren? Wird der mögliche politische bzw. rassistische Hintergrund der Tat bei den polizeilichen Ermittlungen in Betracht gezogen und warum ermittelt dann nicht die Staatsschutzabteilung? Muss nicht ein bundesweiter Hintergrund in Erwägung gezogen werden? Warum übernimmt nicht die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen?

2. Eine öffentliche, politische Reaktion ist nötig

Wie gehen wir alle damit um, dass in unserer Stadt rassistische Morde stattfinden. Von mindestens 182 rassistischen bzw. rechten Morden in Deutschland seit 1990 haben 12 in Berlin stattgefunden. Wo ist unsere Empörung, wo ist unser Aufstehen dagegen? Silvio Meier wurde am 21. November 1992 in Friedrichshain ermordet, Dieter Eich am 25. Mai 2000 Berlin-Buch. Dies sind 2 Personen, an die gesellschaftliche Gruppen erinnern. Sind die weiteren Opfer vergessen? Haben wir als antirassistische Gruppe und Angehörige der weißen Gesellschaft die weiteren Opfer vergessen? Sollte es nicht auch große Gedenkveranstaltungen zum Beispiel für Mahmud Azhar, ermordet am 7.1.1990 in Berlin-Dahlem, Mete Eksi (ermordet am 13.11.1991, Berlin-Charlottenburg), Nguyen Van Tu (ermordet am 24.04.1992, Berlin-Marzahn), Jan W. (ermordet am 26.07.1994, Berlin), Attila Murat Aydin (ermordet am 13.06.2003, Berlin-Köpenick), Cha Dong N. (ermordet am 06.08.2008, Berlin-Marzahn) geben? Nach Presseberichten sind in Berlin drei weitere Morde an Menschen »türkischer« bzw. »jugoslawischer« Herkunft aus den Jahren 2000, 2004 und 2006 nicht aufgeklärt. Wie können wir den Druck erhöhen, damit die Ermittlungsverfahren vor dem Hintergrund der NSU-Morde wieder aufgenommen werden? Wir fordern gezielte Ermittlungen in Richtung rassistischer Hintergründe.

3. Solidarität mit der Familie von Burak B.

Solidarität mit Alex A. und Jamal A., den zwei lebensgefährlich verletzten Jugendlichen. Solidarität mit den rassistisch bedrohten

Communities. Wir als ein Teil der Öffentlichkeit müssen zeigen, dass wir die rassistische Bedrohung von migrantischen Communities, People of Color und schwarzen Deutschen wahrnehmen und aufs Schärfste bekämpfen.

4. Keine Stille im Land!

Schweigen bestätigt die Nazis. Es gibt eine neue Form des rechten und rassistischen Terrors in Deutschland. Es werden keine Bekennerschreiben benötigt. Die Terroristen greifen gezielt Einzelpersonen oder Gruppen aus unserer Gesellschaft nach rassistischen Kriterien heraus und isolieren sie vom Rest. Die Mehrheit der Gesellschaft schweigt. Nazis führen einen »Rassenkrieg« und brauchen dafür keine Solidarisierung mit ihren Untaten. Es reicht das Schweigen und Ignoranz der Mehrheit, während die Minderheit bedroht und angegriffen wird. Diese Strategie darf nicht aufgehen.

Kein Schweigen im Land! Burak B. darf nicht vergessen werden! Solidarität mit der Familie von Burak B., mit Alex A. und mit Jamal A.! Kampf dem Rassismus! ✖

WEITERE INFOMATIONEN:

✖ *ARI - Antirassistische Initiative Berlin*
Kontakt: www.ari-berlin.org

»SCHÖNGEISTIGE RECHTSPFLEGE« –

DAS URTEIL ZU RACIAL PROFILING

□ MORITZ MERTEN [ZAG]

Jetzt also doch. Das Verwaltungsgericht Koblenz hatte im Februar dieses Jahres noch entschieden, dass die Auswahl von Personen bei einer Polizeikontrolle nach äußeren Merkmalen nicht diskriminierend sei. Nun kassierte das Oberverwaltungsgericht Rheinland Pfalz am 29.10. dieses Urteil der Vorinstanz und kam zum Schluss, dass die »Hautfarbe« keine Legitimation für verdachtsunabhängige Ausweiskontrollen sein dürfe. Dies verstoße gegen das Diskriminierungsverbot nach Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz. Geklagt hatte ein Schwarzer Deutscher, der sich bei einer Personenkontrolle in einem Regionalzug geweigert hatte sich auszuweisen, nachdem die Polizisten ihm keinen Grund für die Kontrolle nennen konnten. Die Bundespolizei entschuldigte sich bei ihm, auf Schmerzensgeld hatte er nicht geklagt. Während *Amnesty International*, die *Initiative Schwarze Menschen in Deutschland* und andere zivilgesellschaftliche Organisationen das Urteil begrüßten, kritisierte Rainer Wendt, Präsident der Deutschen Polizeigewerkschaft, dieses als »schöngeistige Rechtspflege«, die nicht an der Praxis ausgerichtet sei. Welche Auswirkungen der RichterInnenspruch in der Praxis tatsächlich haben wird, muss sich noch zeigen. Zumindest – so auch die Hoffnung des Klägers – kann jetzt die »Hautfarbe« bei Kontrollen von PolizeibeamtInnen nicht mehr als Argument angeführt werden. Nach dem ersten Urteil im Februar hatten sich PolizistInnen nämlich durchaus, wenn es bei Kontrollen zu Auseinandersetzungen kam, auf dieses berufen. ✖

AUTORITÄRER STAAT IN GRIECHENLAND

VON DER TOLERIERUNG ZUR LEGITIMIERUNG DES NEONAZISMUS

GEORGIOS MANIATIS, BERND KASPAREK

Auch dieses Jahr hat sich die wirtschaftliche Krise in Griechenland weiter verschärft. Die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung sind dadurch, wie auch durch die neoliberale Politik der Memoranda[1], äußerst prekär geworden. Große Teile der Bevölkerung sind von Armut bedroht. Für viele, vor allem junge, GriechInnen, scheint nur die Migration gen Norden einen Ausweg aus der Krise zu bieten.

Gleichzeitig kommt es in Griechenland zu einem bedrohlichen Anstieg von Rassismus und Faschismus, der mittlerweile auch im Alltag zu spüren ist. Stärkster Ausdruck ist der Einzug der offen faschistischen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte, im Folgenden mit XA abgekürzt) in das griechische Parlament. XA war bis dahin eine kleine neonazistische Splitterorganisation mit militaristischer Struktur, die vor allem Angriffe auf MigrantInnen und Linke durchführte. Bei den Wahlen 2009 erreichte die Partei, deren Logo sicherlich nicht zufällig starke Ähnlichkeit mit einem Hakenkreuz hat, lediglich 0,29%.

Bei beiden Wahlen im Frühjahr 2012 erhielt die Partei knapp sieben Prozent der Stimmen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle WählerInnen sich hundertprozentig mit dem neonazistischen Programm der Partei identifizieren. Jedoch verdeutlichen die circa 425.000 Stimmen für XA, dass ein Teil der griechischen Gesellschaft, unabhängig von Klasse, Alter und sozialer Herkunft, eine autoritäre Antwort auf die Krise befürwortet und das Entstehen eines rechtsextremen politischen Raumes ermöglicht hat.

In diesem Raum spielt sich die weitere Radikalisierung der extremen Rechten Griechenlands ab. Diese wird durch die Tolerierung und mittlerweile direkte Unterstützung durch Teile des Staatsapparats, das Aufgreifen des neonazistischen Diskurses durch Teile der Mainstream-Medien wie auch durch die soziale Dynamik begünstigt.

XA betreibt derzeit extrem erfolgreich eine autoritäre Organisierung von unten und verfolgt damit eine klassische doppelte hegemoniale Strategie in den Institutionen des Staates wie auch auf der Straße. Die Partei formuliert zu diesem Zweck einfache Identitäten des Widerstands gegen die herrschende Politik, die - wie von anderen neonazistischen Bewegungen bekannt - scheinbar einfache Antworten und Lösungen anbietet. Gleichzeitig baut die Partei ihre Präsenz massiv aus und präsentiert sich als lokale Ordnungsmacht und Beschützerin der Bevölkerung. Damit besitzt der Faschismus in Griechenland mittlerweile eine soziale Basis. Nach neuesten Umfragen kann XA mittlerweile bis zu 12% erwarten, stünden Neuwahlen an.

VON DER TOLERIERUNG ZUR LEGITIMIERUNG DURCH DEN STAAT

Die extreme Rechte in Griechenland hat den Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1974 als Zellen im Staatsapparat überlebt, wenngleich sie moralisch wie auch politisch im Abseits stand. Ein großer Teil der extremen Rechten war bis zum Ende der 1990er Jahre in der Nea Dimokratia integriert. Sowohl die 2000 gegründete Partei Laos als auch die 2012 gegründete Partei Anexartiti Ellines (Unabhängige Griechen, ANEL) sind rechtspopulistische Abspaltungen der ND.

Der Aufstand im Dezember 2008 führte zur Reorganiation und zum Ausbau der staatlichen Repressionskräfte, der auch im staatlichen Angriff auf die soziale Bewegung gegen die Sparpolitik seine Forsetzung fand. Die in der Polizei organisierte extreme Rechte konnte somit ihre Position wesentlich verbessern. So wurden beispielsweise neue Polizeieinheiten geschaffen (DELTA und DIAS), die auf Motorrädern vor allem in Athen patrouillieren und sich wie eine Motorradgang gerieren und besonders brutale Übergriffe durchführen. Es muß davon ausgegangen werden, dass diese Einheiten nicht nur einen erheblichen Grad an Autonomie gegenüber der Führung besitzen, sondern diese auch gezielt für eine eigene politische Agenda einsetzen.

Die Verbindung zwischen Polizei und XA wird angesichts des Wahlverhaltens deutlich. Statistische Analysen haben ergeben, dass 50% der Polizisten XA gewählt haben.[2] Dies ist besonders offensichtlich im Wahlbezirk, in dem das Polizeihauptquartier von Athen liegt, wie auch in der Region Kessariani, wo Spezialeinheiten der Polizei stationiert sind. Mittlerweile ist es zudem klar, dass Polizei und XA-Kader offen miteinander kooperieren.

Diese Kooperation schlägt sich derzeit in tagtäglichen Angriffen vor allem gegen MigrantInnen, Roma und Linke nieder. Einmal ist es die Polizei, die in Anwesenheit und mit Unterstützung durch XA-Kader Razzien gegen migrantische HändlerInnen durchführt, bei der es zu Identifikationsfeststellungen, Verhaftungen und Zerstörung von Waren kommt. Ein anderes Mal ist es ein von XA initiiertes Pogrom gegen MigrantInnen, welches von Polizeieinheiten geschützt wird, indem die Polizei antifaschistischen Widerstand angreift und kriminalisiert. Nach einer antifaschistischen Demonstration gegen ein Pogrom im Oktober, welches Geschäfte und Büros migrantischer Communities am Amerikis Platz zum Ziel gehabt hatte, wurden die TeilnehmerInnen von DELTA und DIAS angegriffen, verhaftet und auf der Wache gefoltert. Gleichzeitig drohten die Polizisten, Fotos und persönliche Daten an XA weiterzugeben.[3] Solche Vorkommnisse sind keine Einzelfälle mehr, sondern die Regel.

RASSISTISCHE KAMPAGNEN DES STAATES UND DER MEDIEN

Diese direkte Unterstützung durch einzelne Teile des Staatsapparates wird begleitet durch eine Politik der Regierung und eine Propaganda in Teilen der Mainstream-Medien, für die die Rhetorik der XA als Stichwortgeberin fungiert. Schon im Frühjahr, vor den Wahlen, wurde eine Diskussion entfacht, die den »illegalen Migranten« als stereotypische Figur der Unsicherheit, der Kriminalität und als Gefahr für die öffentliche Hygiene (lies: »Volkshygiene«) darstellte. Diese Strategie verfolgte auch das Ziel, die öffentliche politische Agenda zu ändern, weg von einer Diskussion über Wirtschaft und Sparmaßnahmen hin zu einer der Sicherheitspolitik und des Rassismus. Die MigrantInnen sind das klar erklärte Feindbild.

Vor allem die auflagenstärkste Sonntagszeitung Proto Thema, aber auch liberale Medien haben XA als Unterstützer und Garant der Sicherheit für die vom Staat ignorierten GriechInnen präsentiert. Gleichzeitig haben die Mainstream-Medien Teile der XA-Ideologie

und Propaganda übernommen, auch wenn darin der faschistische Anteil eher verborgen ist. XA wird als Partei dargestellt, die das mache, von dem alle immer nur reden würden. So wundert es nicht, dass auch die Spitzenpolitiker der PASOK und ND mittlerweile die Rhetorik übernommen haben: Ministerpräsident Samaras redet beständig über eine angebliche »migrantische Invasion« und die Notwendigkeit, dass die GriechInnen sich ihre Viertel »wiedererobern« müssten.

Doch der Staat ließ den Worten auch Taten folgen. Im Frühjahr kam es über mehrere Tage immer wieder zu Razzien im Zentrum von Athen, die zur Verhaftung von tausenden MigrantInnen führten. Gleichzeitig wurden neue Lager für MigrantInnen angekündigt und in alten Militärkasernen eröffnet. Es geht schlechthin um die Inhaftierung von 30.000 MigrantInnen, wie es der Staat verlauten ließ. Am 4. August wurden diese Razzien wiederholt. Unter dem zynischen Namen »Xenios Zeus«, welcher auf die Rolle des antiken Gottes Zeus als Beschützer der Fremden anspielt, wurde eine mehrtägige Polizeioperation gestartet, die wiederum zur Verhaftung von mehreren tausend MigrantInnen geführt hat. Die Operation war ein klares Beispiel von so genanntem *racial profiling*, also der willkürlichen Kontrolle von Personen aufgrund ihres Aussehens. Die Operation hatte zudem einen eigenwilligen Fokus auf Transsexuelle, SexarbeiterInnen und Drogenabhängige. Zudem wurde ein obligatorischer HIV-Test angeordnet.

Die Operation Xenios Zeus wurde zwar von XA als »ineffektiv« und »PR-Stunt« kritisiert, gleichzeitig aber von Motorradbanden aus dem Umfeld von XA begleitet. Diese streiften durch die Stadt und griffen willkürlich MigrantInnen an, was am 12. August zum Tod eines irakischen Migranten führte. Wie Augenzeugen berichteten, griffen die Faschisten vorher weitere Migranten an, die sich aber in Sicherheit bringen konnten.

AUTORITÄRE KRISENBEWÄLTIGUNG

Rassismus und Nationalismus stehen im Kern dieser autoritären Krisenbewältigungsstrategie, die im Rückgriff auf die jüngere griechische Geschichte leicht aktivierbar sind. Die nationalistische Debatte um Mazedonien mit der gleichzeitigen Unterstützung des serbischen Nationalismus und der anti-albanische Rassismus der 1990er Jahre sind rechte Mainstream-Diskurse, an die angeschlossen werden kann. Dennoch: Es geht in der Krise nicht mehr lediglich darum, MigrantInnen zu Sündenböcken abzustempeln. Diese Figur wird zwar ohne Zweifel weiterhin im Zentrum der autoritären Krisenbewältigung stehen, gleichzeitig wird aber klar, dass es ebenso darum geht, weitere Teile der griechischen Gesellschaft ins Visier zu nehmen, die als von der Norm abweichend konstruiert werden.

Angesichts der strukturellen Tolerierung und Legitimierung des Neonazismus durch den griechischen Staat steht die griechische Linke vor der Aufgabe, einen neuen Antifaschismus zu entwickeln. Er muss sich einerseits der Basisorganisation und der Selbstorganisierung widmen, um die soziale Basis des Faschismus zu zerstören, andererseits muss er eine vertiefte Kooperation von Staat und Faschisten verhindern. Die Antwort kann nicht nur darin liegen, die ökonomischen Ursachen des aufziehenden Faschismus zu bekämpfen. Vielmehr geht es auch darum, antifaschistische Identitäten aufzubauen und den griechischen Rassismus, wie er sich etwa schon vor der Krise in der Asyl- und Migrationspolitik gezeigt hat, zu bekämpfen. ✖

FUSSNOTEN:

1 *Die Bedingungen der Troika (Europäische Zentralbank, Europäische Kommission, IWF) für die weitere finanzielle Unterstützung des griechischen Staats, oftmals ein radikaler Abbau sozialer und ArbeitnehmerInnenrechte, werden durch so genannte Memoranda in Griechenland implementiert. Ein Memorandum umfasst dabei ein ganzes Bündel von Maßnahmen, welche en bloc und ohne lange parlamentarische Beratung verabschiedet werden.*

2 *www.tovima.gr/afieromata/elections2012/article/?aid=457088*
http://ansamed.ansa.it/ansamed/en/news/sections/politics/2012/05/11/Greece-than-half-police-officers-voted-Neo nazi-party_6854190.html

3 *www.guardian.co.uk/world/2012/oct/09/greek-anti fascist-protesters-torture-police*
www.athensnews.gr/portal/1/58443

VON SIZILIEN NACH TUNESIEN

DIE TRANSNATIONALE PROTEST-TOUR VON BOATS4PEOPLE

CHRISTIAN JAKOB

Es war ein Zwitter, den die Aktivist_innen des »Boats4People«-Projekts in die Welt gesetzt hatten. 18 Monate nach Ausbruch des Arabischen Frühlings starteten sie im Juli eine transnationale Protest-Tour von Sizilien nach Tunesien. »Gegen das Sterben und Sterben-Lassen im Mittelmeer«, so formulierte ein Beteiligter die Stoßrichtung der Aktion.

Ursprünglich, das heißt im Frühsommer 2011, hatte der Plan anders ausgesehen: Hunderttausend Euro sammeln, Boote mitsamt Crew chartern und Frontex im zentralen Mittelmeer auf die Pelle rücken. So lange wie möglich. Ein klein wenig wie ein antirassistisches Walschützer-Kommando wollte Boats4People den Seenot-Dramen der Migrant_innen und den Menschenrechtsverletzungen durch die Küstenwachen ein wenig praktische Solidarität entgegensetzen.

Obwohl es vielen der Aktivist_innen in den Fingern gejuckt hatte, waren diese Pläne am Ende nicht realisierbar – trotz eines stetig gewachsenen Trägerkreises aus Deutschland, Italien, Frankreich und Tunesien. Zu teuer, zu komplex, zu risikoreich. Zuwege brachte man am Ende Folgendes: Ein für drei Wochen gecharterter Motorsegler mit einer Handvoll Journalist_innen und Aktivist_innen an Bord, fuhr vom italienischen Festland über Sizilien und Tunesien nach Lampedusa. »Für die Medien«, sagte später Nicanor Haon aus Frankreich, der die Bootsfahrt koordiniert hatte. Parallel waren etwa 80 Leute auf derselben Route mit Aktionen unterwegs, die an jene der antirassistischen Grenzcamps angelehnt waren: Assembleas auf Mittelmeerfähren, eine Begehung eines italienischen Internierungsknastes, Demos mit Müttern verschwundener Boatpeople bis hin zu einem großen Migrations-Block auf dem Vorbereitungstreffen für das Weltsozialforum in Tunesien 2013.

Doch im Grunde wollten die Aktivist_innen mehr: »So heterogen und teilweise unverbunden wie die verschiedenen sozialen Bewegungen in Nordafrika und Europa noch sein mögen, es gibt vielversprechende Bemühungen eine unmittelbare Gemeinsamkeit der Kämpfe herzustellen«, hatte die Vorhut von Boats4People nach einer ersten Reise im Mai 2011 formuliert. Eine langfristige Vernetzung von Basisgruppen gegen das Europäische Grenzregime – das war die Agenda.

Dass diese politisch auf der Höhe der Zeit war, bezeugte beispielsweise François Crépeau, kanadischer Diplomat und Sondergesandter des UNHCR für Menschenrechte von Migrant_innen. Der hatte im Juni, kurz vor B4P, Tunesien besucht und wusste in Genf wenig Gutes aus dem nach wie vor als Türsteher Europas dienenden Land zu berichten: Er sei »besorgt« weil die unerlaubte Ausreise auf Druck Europas in Tunesien nach wie vor als Straftat gilt. »Dies widerspricht grundlegenden Prinzipien der Menschenrechte, einschließlich des Rechts sein Land zu verlassen«, schrieb Crépeau. Sowohl Tunesier_innen als aus Ausländer_innen säßen deshalb im Gefängnis. Hinzu komme, dass es kein Asylverfahren gebe und unerwünschte Migrant_innen – selbst Minderjährige – zur Abschreckung in Haftanstalten interniert werden, die der Staat zynischerweise als »Zentren für Aufnahme und Orientierung« etikettiert.

Ähnliche Kollaborationen mit Frontex und der EU gibt es auch in den übrigen Maghreb-Staaten – der politische Aufbruch in der Region hat in Sachen Migrationspolitik bisher noch keine Fortschritte gebracht. Die Zusammenarbeit jener, die das nicht hinnehmen wollen, scheint also durchaus geboten. Monatelang hatten die B4P-Aktivist_innen ihre Fühler nach Tunesien ausgestreckt. Vor Ort trafen sie sich mit vielen Gruppen, um politische Gemeinsamkeiten auszuloten. Welche Form der Kooperation sich auf Dauer etablieren lässt, ist kaum abzusehen. Im November jedenfalls kommen tunesische Aktivist_innen als Gäste von B4P nach Deutschland, der 18. Dezember soll als »Globaler Aktionstag für die Rechte der Migrant_innen« in einer von B4P koordinierten Aktion hier wie dort begangen werden – mit einem Schwerpunkt zu den Vermissten und Toten an den Grenzen. ✖

SCHWERPUNKT

SCHEISS POGROME, SCHEISS NAZIS ...

EINE BESTANDSAUFNAHME DER NEUEN ANTIRASSISTISCHEN BEWEGUNG

□ ZAG

In der neuen BRD nach 1990 blühte – vorangetrieben durch die mediale Hetze gegen Flüchtlinge sowie die »Asyldebatte« der Parteien – die rassistische Gewalt. Nach der Vereinigung von DDR und BRD wurde so getan, als ob Anschläge auf Flüchtlinge und Migrant_innen ein Problem weniger »irregeleiteter« Jugendlicher und lediglich ein Phänomen der neuen Bundesländer sei, nur vorübergehende Anpassungsschwierigkeiten eben. Die Kontinuität der Übergriffe und Anfeindungen schon vor der »Wiedervereinigung« in der DDR und der BRD spricht eine andere Sprache. Denn geht man die Liste der Chroniken zu rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Übergriffen, Brandanschlägen und Todesopfern seit den 90er Jahren durch, sieht man schnell, dass Rassismus hier wie dort tief in der Gesellschaft verankert ist: Hünxe, Mölln und Solingen stehen in einer Reihe mit Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen.

Mit der Veränderung der weltpolitischen Bühne um 1990 wurde auch eine Krise linker Bewegungen in Westdeutschland sichtbar. Die neu entstehenden antirassistischen und antifaschistischen Gruppen reagierten auf den vehementen politischen Backlash, der infolge der Angliederung der DDR um sich griff, sowie auf die offene Brutalisierung der Verhältnisse: Nazis mordeten, jagten Flüchtlinge zu Tode, steckten Häuser und Menschen in Brand, »normale Bürger_innen« veranstalteten Pogrome – durch Medien und Politik verständnisvoll begleitet, unterstützt und aufgehetzt. Ein Mechanismus, welcher sich wie ein brauner Faden durch die deutsche Geschichte zieht (siehe auch Artikel »Historische Kontinuitäten von Rostock bis heute«, Seite 41). Diese Pogrome rechtfertigten in den 90ern die Verfolgungen und Anschläge mit ihrer »Das Boot ist voll« – Rhetorik, sorgten für die Eskalation durch Schaffung von Missständen und nutzten die hervorgerufene Stimmung perverserweise für die Beseitigung des Asylrechts wie für die Einführung einer mörderischen Abschiebe- und Grenzpolitik gegen Flüchtlinge. Die Erfahrung, dass es innerhalb kurzer Zeit möglich ist, Pogromstimmung hervorzurufen, dass die Polizei im »besten Fall« untätig bleibt, ansonsten vor allem gegen Gegendemonstrant_innen vorgeht, dass die »bürgerliche Mitte« bei Mord und Totschlag Verständnis zeigt und Beifall klatscht, hat eine Generation der Antira und Antifa geprägt.

Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen erscheint dabei als Zäsur, als tiefer Einschnitt in das Vertrauen auf die Handlungsfähigkeit der antifaschistischen Bewegung, auf das Vertrauen, das Staat und Zivilgesellschaft es nicht zulassen werden, dass Flüchtlinge dem Mob schutzlos ausgeliefert werden, dass Pogrome in Deutschland nicht mehr möglich wären. Doch die Übergriffe in den frühen 90ern haben eine Vorgeschichte, die mit Einrichtung von Sammellagern für Flüchtlinge und die Zunahme rassistischer Übergriffe in den 1980er Jahren in der BRD beginnt.[1] Der seit Ende der 1980er laufenden rechten Kampagnen gegen »die Asylantenflut!« setzt die radikale Linke die Parole »Für freies Fluten!« entgegen und begrüßt ausdrücklich die Ankunft von Asylsuchenden. Doch mit dem Ende der DDR verändert sich die Situation. Die folgenden Jahre sind insbesondere durch rechte Anschläge, offene Gewalt und die Präsenz von Nazis, die so genannte »national befreite Zonen« verkünden, geprägt. 1991 tobt der Mob in Saarbrücken, Hünxe, Hoyerswerda. Aus Angst um ihr Leben besetzen 1992 daher asylsuchende Flüchtlinge über vier Monate eine Kirche in Norderstedt. Sie wollen nicht in Lager in den neuen Bundesländern untergebracht werden. Dennoch will die Politik angesichts der fremdenfeindlichen Stimmung im Land keine eindeutigen Maßnahmen ergreifen. Rostock-Lichtenhagen ist insofern der Kulminationspunkt einer langen Entwicklung.

Viele Veranstaltungen, Kampagnen und Demonstrationen haben an die Anschläge vor 20 Jahren und das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen erinnert. Bei den offiziellen Gedenkfeierlichkeiten am 26. August vor der zentralen Aufnahmestelle (ZAST) in Lichtenhagen sprach der Bundespräsident. Am Ort des Geschehens wird eine Eiche als Zeichen der Erinnerung gepflanzt – und kurz darauf von Antirassist_innen wieder abgesägt. Die Erinnerungen von antifaschistischen Aktivist_innen, die damals vor Ort waren, sind weniger blumig (Antina statt Antira – zwei Tage in Rostock-Lichtenhagen, Gaston Kirsche, Seite 17). Die antirassistische Demonstration zum Jahrestag in Rostock (Grenzenlose Solidarität – Rede von Conni Gunsser, Seite 19) und die Verteilaktion von DVDs mit der Dokumentation der Ereignisse (The Truth Lies In Rostock, Gaston Kirsche, Seite 39) sind Belege der Lebendigkeit des Gedenkens und der Bedeutung des Pogroms für die antirassistische Szene.

Die antifaschistischen und antirassistischen Gruppen, gingen 1992 unterschiedliche Wege beim Schutz der Flüchtlinge in Wohnheimen, gegen den Mob auf den Straßen und in den Amtsstuben sowie in der politischen Auseinandersetzung. Die Trennung, die noch heute von Bedeutung ist, wurde lediglich im Zusammenhang mit der Kampagne

gegen die Abschaffung des Asylrechts 1993 überwunden (S. 13 Beitrag Hilde Sanft). Danach war der Gutscheinumtausch oder die Hilfe beim Kampf mit der Bürokratie fast nur noch für Antirassismusgruppen wichtig, die nun auch mit kirchlichen Gruppen zusammenarbeiteten. »Damit entfernten sich die linken Antirassismusgruppen vom sozialen und thematischen Bezugsrahmen der übrigen autonomen Szene«.[2] Der bis Anfang der 1990er oft gepflegte Militanzfetisch vieler autonomer Gruppen wurde kritisiert. Darüber hinaus wurde in der Zusammenarbeit mit Flüchtlingen ganz bewusst versucht, gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Teilweise bedeutete eine engere Zusammenarbeit mit Flüchtlingen auch eine partielle Abkehr von oft als hierarchisch und sexistisch wahrgenommenen eigenen Szenestrukturen. Mit der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen 1994 und der Kampagne »Kein Mensch ist illegal« nahm dieses veränderte Verständnis politischer Arbeit Form an.

Eine Zäsur stellen die Anschläge und Pogrome 1992 dar, weil sie einer Niederlage der bisherigen Politik der unabhängigen Linken in Deutschland gleichkommen. Der öffentliche Raum musste stellenweise den Nazis überlassen werden. Menschen wurden gejagt, verletzt und getötet. All dies macht die Niederlage in diesem Moment deutlich. Diese Momente scheinen sich auch jetzt noch zu wiederholen, wenn der Innenminister Friedrich, wie gerade geschehen, einmal mehr das Asylrecht und den Schutz von Flüchtlingen in Frage stellt.

Somit stellt die Zäsur von Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen oder andernorts eher einen Einschnitt in Selbstverständnis und der Organisationsformen der radikalen Linken dar. Die Trennung von antifaschistischer und antirassistischer Arbeit ist ein Ausdruck dieser Situation. Eine Bestandaufnahme zu diesem Thema findet sich im Artikel »20 Jahre nach Rostock« von »Rassismus tötet«, (Seite 37). Und die Wirklichkeit ist noch heute von dieser Niederlage geprägt und anscheinend nicht weniger rassistisch als vor 20 Jahren. So wirft der Beitrag »20 Jahre später und doch alles beim Alten?« Gözde Peşmen (Seite 31) den antirassistischen Aktivistinnen vor, noch heute die Verschränkungen der Diskriminierungen zu übersehen.

Die Neuformierung der Linken hat indes auch viele neue Formen des Widerstands hervorgebracht und neue Bündnisse ermöglicht. Relativiert wird dieser Eindruck der Zäsur darüber hinaus durch Gruppen wie die Antifa Genclik: »Selbstorganisation zwischen den Fallstricken der Antirassistischen Praxis« (Seite 32), ADEFRA oder die Initiative Schwarze Deutsche: »Schwarzer Widerstand in Deutschland« (Seite 28), die ihre Organisationsfähigkeit schon zuvor unter Beweis gestellt haben und ihre eigenen Themen stark gemacht haben. Nicht zuletzt anzumerken in diesem Zusammenhang ist aktuelle Entwicklung des Flüchtlingmarsches nach Berlin (Seite 21). Hingegen offenbart ein Blick nach außen, beispielsweise nach Irland: »Antirassismuss in der Republik Irland« von Julia Verse, (Seite 25), dass der neoliberale Mainstream ein großen Teil der moralischen Verwüstungen mit verursacht hat, die eine veränderte Praxis antirassistischer Arbeit erforderte.

Mit dem Schwerpunkt dieser Ausgabe haben wir eingeladen, über die Bedeutung der Pogrome und der neonazistischen Gewalt der letzten zwanzig Jahre für eine neue antirassistische Bewegung zu schreiben. Im Laufe zweier Jahrzehnte haben sich viele Leute engagiert, sind abgesprungen, zu anderen Themen gewechselt, immer noch dabei auf die eine oder andere Weise. Eine ganze Generation ist aber mittlerweile neu hinzugekommen, mit neuen Ideen und Ansichten. Erfahrungen weiterzugeben und für eine neue Generation anschlussfähig zu machen, ist unser Wunsch. Was der historische Bogen der zwanzig Jahre zeigt, von den rassistischen Anschlägen und der Asyldebatte der frühen 90er bis hin zum Bekanntwerden des NSU im letzten Jahr und den toten Flüchtlingen im Mittelmeer: In unseren Kämpfen um Emanzipation können wir uns nicht auf Zivilgesellschaft und staatliche Organe verlassen. Diese Haltung, das hat das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen gezeigt, wäre für eine emanzipatorische Linke und Flüchtlinge fatal. ✖

FUSSNOTEN:

1 *Auch die DDR war in dieser Phase kein Land der Seligen, wie die Ausstellung »Das hat's bei uns nicht gegeben!« der Amadeu Antonio Stiftung oder auch der Text von Harry Waibel »Rassismus in der DDR« in der ZAG 50, 2007 zeigen.*

2 *»Konjunkturen der Solidarität oder vom Mitgefühl zum Miteinander« in: arranca 40, 2009, im Internet: http://arranca.org/ausgabe/40.*



EIN NOTWENDIGER RÜCKBLICK

ZUR ROLLE VON ANTIFASCHIST_INNEN UND ANTIRASSIST_INNEN IN DEN FRÜHEN JAHREN DES VEREINIGTEN DEUTSCHLANDS

□ HILDE SANFT

Zwanzig Jahre liegt das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen inzwischen zurück. Und die Frage nach der Rolle von Antifaschist_innen und Antirassist_innen in diesen frühen Jahren des vereinigten Deutschlands angesichts von rassistischen und nationalistischen Mobilisierungen ist derzeit aktueller denn je: Denn wer in diesen Tagen die Hetze von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) gegen Roma-Flüchtlinge aus Serbien und Montenegro verfolgt hat, der und die kann sich nur zurückversetzt fühlen in die Wochen und Monate, die zum Pogrom von Rostock-Lichtenhagen zwischen dem 23. und 26. August 1992 geführt haben. Dabei bedient sich Friedrich der klassischen Instrumente rassistischer Mobilmachungen: Aus einer kleinen Gruppe von knapp 7.000 Flüchtlingen in diesem Jahr wird eine »Flut von offensichtlich unbegründeten Anträgen« und natürlich darf auch der Verweis auf die knappen Ressourcen nicht fehlen. Entsprechend heißt es in einem Brief Friedrichs an die EU Kommission, die Flüchtlinge würden »unsere ohnehin schon angespannten Aufnahmesysteme belasten«.[1] Unverhohlen droht der Bundesinnenminister zudem mit Sanktion und Rechtsbrüchen, wünscht sich ein 48-Stunden Asylschnellverfahren und kündigt gekürzte Bargeldleistungen für die Betroffenen im Asylverfahren an. Die Reaktionen der extremen Rechten wirken wie synchronisiert: In Wolgast (Mecklenburg-Vorpommern) mobilisieren Anwohner_innen, Freie Kameradschaften und NPD seit Wochen gemeinsam gegen eine im Sommer neu eröffnete Unterkunft für rund 200 Flüchtlinge mitten in einem als sozialer Brennpunkt bekannten Plattenbau-Viertel der Stadt. Am 9. November 2012 – dem 74. Jahrestag der Pogromnacht – planen NPD und Neonazis hier einen Fackelmarsch gegen »Asylmissbrauch«, der direkt zur Unterkunft führen soll.[2] Die neonazistischen Parolen von »Asylschwemme« und »Asylmissbrauch« sind kaum zu unterscheiden von einschlägigen Statements von Politiker_innen aus der so genannten demokratischen Mitte. In Sachsen mobilisiert die NPD zu Neonazi-Kundgebungen vor Flüchtlingsheimen und Gebetsräumen in rund einem Dutzend Städten.

AUSGANGSPUNKT: DAS POGROM VON HOYERSWERDA IM AUGUST 1991

Die Kapitulationserklärung vor dem rassistischen Mob und seinen Zuschauer_innen war kurz:

»Es besteht einheitliche Auffassung dazu, dass eine endgültige Problemlösung nur durch Ausreise der Ausländer geschaffen werden kann«, so die »Lageeinschätzung« des Landesratsamt Hoyerswerda am 20. September 1991 um 12 Uhr mittags. Nicht einmal 24 Stunden später werden 240 Asylsuchende aus einem Dutzend unterschiedlichster Herkunftsländer in den frühen Morgenstunden des 21. September 1991 in Busse verfrachtet – und unter dem johlenden Beifall der jugendlichen und älteren Zuschauer_innen mit SEK-Begleitfahrzeugen aus der einstigen sozialistischen Musterstadt gefahren. Einige Naziskins haben auch jetzt noch nicht genug und schmeißen Steine und Flaschen auf die abfahrenden Busse; dabei wird ein Flüchtling durch Glassplitter erheblich verletzt. Offen grölen Naziskins in die laufenden Kameras den sich rasend schnell übers ganze Land ausbreitenden Schlachtruf »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus« und erklären, dass Hoyerswerda erst der Anfang sein werde. In den Weg stellt sich ihnen niemand. Oder, in den Worten des Landratsamtes vom 20. September 1991: »Die übergroße Mehrheit der Anwohner im unmittelbaren Umfeld des Ausländerwohnheims sieht in den Handlungen

der Störer eine Unterstützung ihrer eigenen Ziele zur Erzwingung der Ausreise der Ausländer und erklärt sich folgerichtig mit ihren Gewalttätigkeiten sehr intensiv solidarisch. Die polizeilichen Handlungen werden dagegen strikt abgelehnt.«

Wie es zu dem Pogrom kam, ist schnell erzählt. Am 17. September 1991 griffen mindestens acht Naziskins auf dem Marktplatz von Hoyerswerda zunächst einige vietnamesische Händler_innen an. Die Betroffenen wehrten sich und flüchteten dann in ein Vertragsarbeiterwohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße 20–22, mitten im riesigen Plattenbauviertel WK X der damals noch über 50.000 Einwohner großen Stadt. Hier lebten auch noch rund 120 ehemalige Vertragsarbeiter_innen aus Mosambik und Vietnam. Sie waren mehrheitlich Mitte der 1980er Jahre in die DDR gekommen, hatten als junge Frauen und Männer Ausbildungen in Industrieberufen gemacht und wurden dann in den diversen Werkstätten und im Braunkohletagebaubetrieb VEB Schwarze Pumpe eingesetzt. Ihre Arbeitsverträge mit der Nachfolgegesellschaft LAUBAG AG waren zum Ende September bzw. Ende Dezember 1991 gekündigt worden.

ERST DIE VERTRAGSARBEITER, DANN DIE FLÜCHTLINGE

Die Naziskins trauten sich zwar nicht in das Vertragsarbeiterwohnheim hinein, sie organisierten aber ziemlich schnell immer mehr »Kameraden«, so dass innerhalb weniger Stunden drei bis vier Dutzend junge Neonazis Parolen grölend und Steine schmeißend vor dem Wohnheim versammelten. Da es mindestens zwei Stunden dauern sollte, bis sich die ersten Polizeibeamten vor Ort blicken ließen, begannen die Vertragsarbeiter zu ihrem Schutz Müllcontainer auf die Straße zu schieben und gingen mit Knüppeln bewaffnet gegen die Nazis vor.

Am nächsten Tag, den 18.9.1991 griffen dann ab den frühen Abendstunden schon mehrere Dutzend Naziskins, mit Molotow-Cocktails und Steinen das Wohnheim für die Vertragsarbeiter_innen an. Nun begannen die Bewohner_innen um ihr Leben zu fürchten, denn eine völlig überforderte Polizei ließ die Angreifer weitestgehend unbehelligt – während AnwohnerInnen entweder teilnahmslos zusahen wie sämtliche Fenster des Heims eingeworfen wurden oder Beifall klatschten. Versuche der Vertragsarbeiter, die Angreifer durch das Werfen von Gegenständen zu vertreiben, führten nur zu kurzfristigen Rückzügen der Angreifer. Unter ihnen erkannten die VertragsarbeiterInnen auch viele ihrer deutschen Kollegen – vor allem Vorarbeiter – aus dem Braunkohletagebau.

Am 20. September 1991 um 13.50 Uhr notieren Polizeibeamte, offensichtlich erleichtert: »2 Kraftomnibusse mit 60 ausländischen Bürgern/AWH Albert-Schweitzer-Straße haben zwecks ordnungsgemäßer Rückführung Ort verlassen. Maßnahmen waren vom Ordnungsamt eingeleitet worden.« Ihr »Begleitschutz« von der sächsischen Polizei brachte sie mehrheitlich direkt nach Berlin und Frankfurt am Main, von wo sie nach Mosambik zurückkehrten.

Ermutigt durch ihren Erfolg richteten die rassistischen Angreifer ab dem 19. September 1991 dann ihre Attacken gegen das Flüchtlingswohnheim in der Thomas-Münzer-Straße, in dem seit dem Frühsommer 1991 rund 240 Flüchtlinge unter anderem aus Vietnam, Rumänien, Ghana, Iran, Bangladesch wohnen mussten. Sie waren aus den alten Bundesländern nach Sachsen zwangsumverteilt worden und schon in den Wochen zuvor immer wieder bei ihren wenigen Ausflügen in die Stadt von marodierenden Nazigruppen angegriffen worden. Sie wurden genau so wenig geschützt wie die Vertragsarbeiter und am 21. September 1991 mit Bussen unter SEK-Begleitung in Barackenheime im Umland verteilt. Die meisten von ihnen flüchteten entweder in Gruppen oder individuell dann nach Berlin und Niedersachsen weiter.

FATALE BILANZ

Die Bilanz jener fünf Tage im September 1991: Der Staat bzw. seine Exekutivorgane hatten sich aus gleich mehreren Kernaufgaben – dem Schutz von schutzlosen Minderheiten sowie der Verfolgung von Straftaten – komplett zurückgezogen. Insgesamt gab es 82 vorläufige Festnahmen in diesen fünf Tagen, daraus resultierten ganze vier Verurteilungen. Die Signalwirkung von Hoyerswerda war fatal. Neonazis feierten Hoyerswerda öffentlich als »erste ausländerfreie Stadt« und schnell wetteiferten bundesweit Nachahmer – Neonazis, rassistische Gelegenheitstäter und politisch rechts sozialisierte Jugendliche. Schon während der Pogromtage verbrannte in Saarlouis im Saarland der 27-jährige ghanaische Flüchtling Samuel Yeboah bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Im sächsischen Thiendorf griffen Jugendliche ein Flüchtlingsheim an und verletzten acht Menschen. In Freital bei Dresden und in Bredenbeck bei Hannover schleuderten Neonazis Molotowcocktails auf Flüchtlingsheime. Im brandenburgischen Cottbus machte die Nationale Alternative (NA) gegen die dortige Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber mobil; weitere Brandanschläge z.B. in Münster, in March (Südbaden) und Tambach-Dietharz (Thüringen) folgten.

In Hoyerswerda und darüber hinaus sorgte die Kapitulation von Polizei und Justiz für ein enormes Selbstbewusstsein in der Neonaziszene, das bis heute ungebrochen anhält.

Naziskins überfielen regelmäßig linke Jugendliche und Punks, erpressten »Schutzgelder« in Bordellen und ließen kaum eine Gelegenheit aus, um deutlich zu machen, dass sie jenseits der geltenden Gesetze handeln konnten. Wer Naziskins im Hoyerswerda der frühen 1990er Jahre treffen wollte, besuchte als allererstes den Jugendclub »N. Ostrowski« mitten im WKI, wo überforderte Sozialarbeiter zusahen, wie ihr Klientel jedes Wochenende woanders zuschlug. Zum Beispiel am 23. Oktober 1992 im nahen Geierswalde, wo 15 Nazis bei einem Angriff auf eine Diskothek die Aushilfskellnerin Waltraud Scheffler töten. Zu den regelmäßigen Besuchern des N. Ostrowski gehörten auch die Rädelsführer des Pogroms und die zwölf Angeklagten im Alter zwischen 20 und 25 Jahren, die von hier aus in den späten Abendstunden am 19. Februar 1993 aufbrachen, »um Zecken zu klatschen« und dabei Mike Zerna, den 23-jährigen Schlagzeuger der nicht-rechten Band Necromantics töten, dessen Bruder und weitere linke Jugendliche schwer verletzten.

DIE FOLGEN

1.483 rechtsextreme Gewalttaten registrierte das Bundeskriminalamt (BKA) am Ende des Jahres 1991, 1992 stieg die Zahl um mehr als das Doppelte auf 2.584. Angesichts der massiven Dunkelfelder bei rechten Gewalttaten in den frühen 1990er Jahren muss man davon ausgehen, dass diese Zahlen nur einen winzigen Ausschnitt der Realität widerspiegeln. Begleitet wurde diese rassistische Mobilisierung von schizophrenen Medienkampagnen: Einerseits kommentierten zumeist westdeutsche Journalist_innen den nackten rassistischen Hass als Zivilisationsbruch; andererseits sekundierte nicht nur Boulevardmedien, sondern auch bürgerliche Magazine wie unter anderem der Spiegel am 9. September 1991 mit einem Bild eines schwarz-rot-gold angemalten Kahns voller Menschen unter dem Titel »Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten: Ansturm der Armen« den rassistischen Schlägern. Zu Jahresbeginn 1992, genauer gesagt am von Neonazis gefeierten Tag der Reichsgründung, dem 31.01.1992 stirbt bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Lampertheim (Hessen) eine dreiköpfige Familie aus Sri Lanka.

DIE ROLLE VON UNABHÄNGIGEN ANTIFAS UND ANTIRA-AKTIVIST_INNEN

Nach den ersten Berichten über die beginnende Pogromstimmung in Hoyerswerda vor dem Heim der Vertragsarbeiter_innen, fuhr am Ende der Woche ein erster Konvoi autonomer Antifaschist_innen und Antira-Aktivist_innen gemeinsam mit bürgerlichen und kirchlichen Antirassismus- und Flüchtlingsunterstützungsgruppen nach Hoyerswerda. Ein derartig breites Bündnis ist heute kaum mehr vorstellbar. Es gab einige Gespräche mit Vertragsarbeiter_innen und Flüchtlingen, die deutlich machten, dass sie nicht länger in Hoyerswerda bleiben wollten. Konfrontationen mit dem rassistischen Mob fanden nicht statt. Und genau darin lag eine Schwäche der gesamten Mobilisierung. Eine Woche lang appellierten stattdessen bürgerliche und kirchliche Bündnisse inklusive einiger Mainstream-Medien an die Polizei und politisch Verantwortlichen in Sachsen, die rassistischen Angriffe zu unterbinden. Und auch viele unabhängige Antifa- und Antira-Aktivist_innen gaben sich zu diesem Zeitpunkt noch der Illusion hin, dass die Exekutive tatsächlich im Sinne der Angegriffenen handeln würde. Im Antifaschistischen Infoblatt (AIB) Nr. 41/1997 heißt es in der Rückschau sechs Jahre nach dem Pogrom: »Auch wir sind damals davon ausgegangen, dass die Staatsgewalt dem rassistischen Mob Einhalt gebieten würde - zumindest wenn eine Öffentlichkeit in Form von bürgerlichen Medien und humanitären Gruppen diese Forderung aufstellt. Erst als es zu spät war - nachdem sächsische SEK-Busse abends am 21. September 1991 die Flüchtlinge aus Hoyerswerda weggekarrt hatten - setzen sich Antifas und Antiras wieder in Bewegung, um die Flüchtlinge querbeet in sächsischen Dschungelheimen zu suchen. Ergebnis war die konkrete Unterstützung von rund 50 Flüchtlingen [aus Angola und Ghana], die dann nach Berlin kamen und forderten, nicht mehr in die Ex-DDR zwangsverteilt zu werden. Eine Woche später gab es dann die große Antifa-Demo mit ein paar tausend vor allem auswärtigen Teilnehmer_innen in Hoyerswerda, die in erster Linie vom Stress mit der Polizei und dem Streit untereinander geprägt war, ob die Demo jetzt eine Strafexpedition sein oder eher versuchen sollte, an das Gewissen und Bewusstsein der Bevölkerung zu appellieren. In der Folgezeit waren Antifas vor allem mit dem internen Streit über das richtige Vorgehen nach Pogromen beschäftigt. Eine genaue Bewertung, wie es dazu überhaupt kommen konnte, fand nicht statt. Hektische Betriebsamkeit ersetzte die Analyse.«

In diese Zeit fällt auch die zunehmende Spaltung von unabhängigen, linksradikalen Antifagruppen und Antira-Gruppen: Während erstere sich Wochenende für Wochenende vor allem beim Schutz von Flüchtlingsheimen und linken Zentren, Hausprojekten und besetzten Häusern und Treffpunkten insbesondere - aber nicht nur - in den neuen Bundesländern verausgabten, versuchten unabhängige Antirastrukturen in dieser Zeit vor allem die Zwangsverteilungen von Flüchtlingen in die ehemalige DDR ganz praktisch zu verhindern und die Betroffenen zu unterstützen. Im November 1991 besetzten rund 50 autonome Antira-Aktivist_innen in Berlin den dritten Stock des Mathegebäudes der Technischen Universität und gründeten dort ein Antirassistisches Zentrum mit dem erklärten Ziel, einen Schutzraum für alle Asylsuchenden zu schaffen, die aus den neuen Bundesländern flohen und dadurch so viel politischen Druck zu erzeugen, dass das System der Zwangsverteilungen gestoppt werden sollte. Parallel dazu besetzten autonome Aktivist_innen gemeinsam mit rassistisch verfolgten Flüchtlingen eine Kirche in Norderstedt bei Hamburg; verfolgte Roma-Flüchtlinge und ihre Unterstützer_innen besetzten den Dom in Münster. Heute ebenfalls kaum noch vorstellbar: Die Unterstützung, die die Leitung der TU Berlin für die Forderungen der Flüchtlinge nach einem Ende der Zwangsverteilungen ganz offen zeigte - auch, indem sie immer wieder versuchte, sich in die weitgehend erfolglosen Verhandlungen mit dem CDU-geführten Berliner Senat um eine Lösung für die zeitweilig 150 Flüchtlinge im Antirassistischen Zentrum einzuschalten und den Senat zum Einlenken zu bewegen.

Wenige Monate nach dem Ende des Antirassistischen Zentrums und der Besetzung der Kirche in Norderstedt im Frühjahr 1992 folgte dann das angekündigte Pogrom von Rostock-Lichtenhagen. Dem vorausgegangen war eine mediale Hetzkampagne. Schon wenige Wochen nach dem ersten Pogrom im vereinigten Deutschland im sächsischen Hoyerswerda hatte der damalige CDU-Generalsekretär Volker Rühe in einem Brief alle Kreisverbände dazu aufgefordert, »in den Gemeinde- und Stadträten, den Kreistagen und in den Länderparlamenten die Asylpolitik zum Thema zu machen«. Und parallel dazu drängte die CDU die oppositionelle SPD zur Zustimmung für eine Änderung des Artikels 16 GG. »Wenn sich die SPD beim Kanzlergespräch am 27. Dezember verweigert, ist jeder Asylant nach diesem Tag ein SPD-Asylant,« so Volker Rühe in der Süddeutschen Zeitung im September 1991. Es folgten die noch heute bekannten Titelbilder von »Spiegel«, »Bild« und anderen Zeitungen mit Überschriften wie »Das Boot ist voll«. In Rostock-Lichtenhagen hatten politisch Verantwortliche bewusst die Kapazität der Zentralen Aufnahmestelle für Asylsuchende des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht erhöht; Asylsuchende waren tatsächlich gezwungen im Freien zu schlafen und ihre Notdurft in den Büschen von Vorgärten der Plattenbausiedlungen zu verrichten. Die Bilder, die zur Rechtfertigung des Pogroms benutzt wurden, wurden so gezielt geschaffen.

DIE EIGENE VERANTWORTUNG NICHT ERNST GENOMMEN

Unmittelbar, nachdem am Sonntag, den 23. August 1992 die ersten Angriffe auf die ZAST bekannt geworden waren, machten sich in verschiedenen norddeutschen Städten und aus Berlin rund 200 autonome Antifaschist_innen auf den Weg nach Rostock. Ihre Absicht war, nach den Erfahrungen von 1991 in Hoyerswerda, Mannheim-Schönau und anderswo weitere Pogrome zu verhindern. Am Nachmittag hatten sich im JAZ - dem alternativen Jugendzentrum von Rostock - rund 60 und mehr Antifas zusammengefunden, um das weitere Vorgehen zu beraten. Das AIB schrieb fünf Jahre später unter der Überschrift »Fünf Jahre nach Rostock: Ein Blick zurück im Zorn« (AIB Nr. 41/1997, S. 41ff.): »Damit keine Missverständnisse auftauchen: Hier standen Leute, die seit Jahren mit militanten Auseinandersetzungen vertraut waren, die in anderen politischen Bereichen und zum Teil für weit unwichtigere Fragen lange Gefängnisstrafen oder ihre Gesundheit riskiert hatten und die nicht prinzipiell Gewalt ablehnten. Aus Lichtenhagen erreichten Augenzeugenberichte das Plenum. Während Antifas zum Teil noch anreisten, hatten sich bereits wieder erste Gruppen jugendlichen Mobs zusammengefunden, waren aber noch wenig entschlossen. Aus dem Haus, in dem die Vietnames_innen lebten [Sonnenblumenhaus, das Wohnhaus von über 100 vietnamesischen ehemaligen Vertragsarbeiter_innen] kamen Anrufe, die von neuen Angriffen berichteten. Für das jämmerlich unentschlossene Plenum stellte sich die Frage, was nun zu tun sei. Einzelne, gerade diejenigen, die schon vor Ort gewesen waren, plädierten dafür, vor das Haus zu ziehen und weitere Angriffe durch Präsenz zu verhindern, nötigenfalls mit Gewalt zurückzuschlagen. Es war eine realistische Einschätzung, dass zumindest die Chance bestand, hiermit die Situation grundlegend zu ändern. Es bestand tatsächlich die Möglichkeit, die Übergriffe zu verhindern, was unabsehbare Folgen für die weiteren Ereignisse hätte haben können. Damit bestand aber in diesen zwei oder drei Stunden die reale Chance, die kommende Pogromwelle bereits in ihrem Auftakt zu unterbinden.

Von der Mehrheit des Plenums wurde allerdings die Angst geäußert, dass man gegen den tobenden Mob keine Aussicht habe und die Gefahr bestehe, gelyncht zu werden. Diese Angst war sicherlich verständlich und wohl nicht ganz unbegründet. Doch die wenigen, die offen für ein sofortiges, direktes Eingreifen stimmten – [...] – erklärten, dass es Situationen gebe, in denen man dann im Zweifelsfall bereit sein müsse, die entsprechenden Konsequenzen in Kauf zu nehmen. [...] Seit Jahren hatte man mit moralischen Argumenten Zivilcourage eingefordert, den schweigenden Augenzeug_innen etwa den 9. November 1938 zu Recht vorgeworfen, durch ihr Zusehen mitschuldig zu sein. Nun, selbst in eine vergleichbare Situation geraten, war die Angst um den eigenen weißen Hintern offenbar größer. Den moralischen Ansprüchen entsprach kein Bewusstsein darüber, wie man sich in der konkreten Situation selbst zu verhalten habe. Weder hatten wir uns selbst als Faktor der Geschichte ernst genommen, noch hatten wir uns ernsthaft klar gemacht, dass in solchen Situation im Zweifel auch Gefahr für unser eigenes Wohlergehen bestehen kann.«[3] Der Rest ist schnell erzählt: Während einige autonome Antifas aus Rostock gemeinsam mit dem damaligen Ausländerbeauftragen von Rostock und einem ZDF-Kamerateam bei den Vietnames_innen blieben und mit ihnen auch die Brandnacht überlebten, gab es am 23. August 1992 noch zwei Demonstrationsversuche von autonomen Antifaschist_innen vor dem Sonnenblumenhaus – am späten Nachmittag und am späten Abend: hier griffen dann die zahlreich vor Ort anwesenden und ansonsten tatenlosen Polizisten ein und verhafteten rund 70 Antifas, die zwischen 12 und 24 Stunden in Gefangenensammelstellen verbracht wurden. Eine Woche nach dem Brand des schutzlosen Sonnenblumenhauses kamen dann rund 20.000 Menschen zu einer antifaschistischen Demonstration nach Rostock-Lichtenhagen. Doch das Resümee des AIB hat noch heute Gültigkeit: Dass dieses Pogrom sicherlich »eine der bedeutendsten Niederlagen der deutschen Linken nach 1945 war.«

Auch die Trennung von autonomer Antifa- und Antirabewegung wurde noch schärfer. Lediglich als es um die gemeinsame Mobilisierung gegen die endgültige Abschaffung von Artikel 16 GG am 26. Mai 1993 im Bundestag ging, gab es noch einmal eine gemeinsame Kampagne.

WARUM DAS ERINNERN SO WICHTIG IST

An die Fehler und die Niederlage der autonomen Antifa- und Antirabewegung der frühen 1990er Jahre zu erinnern, ist vor allem angesichts der aktuellen rassistischen Mobilisierungen dringend notwendig. Denn die zentrale Lehre aus Hoyerswerda und Rostock ist, dass öffentliche Appelle für ein Eingreifen von Polizei und anderen Exekutivorganen zugunsten von bedrohten Flüchtlingen immer dann völlig wirkungslos bleiben, wenn Pogrome oder pogromartige Situationen gerade ins politische Konzept passen. Das bedeutet aber auch, gemeinsam mit verlässlichen Bündnispartner_innen darauf vorbereitet zu sein, im entscheidenden Moment das Richtige zu tun und nicht darauf zu hoffen, dass es andere tun werden oder dass »die Öffentlichkeit« schon rechtzeitig aufschreien wird. Wer die Situation in Wolgast und anderen Orten in diesen Tagen erlebt hat, weiß, dass praktische antifaschistische und antirassistische Solidarität notwendiger denn je ist. ✖

ZUR AUTORIN:

Hilde Sanft

(ist Korrespondentin des Antifaschistischen Infoblatts http://aib.nadir.org/)

ZUM NACH- UND WEITERLESEN:

- ✖ *AIB Nr. 95, Sommer 2012, Das Pogrom von Rostock – Reaktionen, Rückblicke, Reflexionen*

FUSSNOTEN:

1 *»Balkan-Asylbewerber sollen weniger Geld bekommen«, Welt online 25.10.2012*
www.welt.de/politik/deutschland/article110222036/Balkan-Asylbewerber-sollen-weniger-Geld-bekommen.html

2 *Zur antifaschistischen Gegenmobilisierung: http://kombinat-fortschritt.com/2012/10/29/mv-wolgast-npd-fackelmarsch-blockieren/*

3 *AIB Nr. 41/1997, S. 12ff, »Fünf Jahre nach Rostock: Ein Blick zurück im Zorn«.*



ANTINA STATT ANTIFA

ZWEI TAGE IN ROSTOCK-LICHTENHAGEN

□ GASTON KIRSCHE, MITGLIED DER GRUPPE BRICOLAGE, HAMBURG

Es kam in den Nachrichten. Immer wieder. In Rostock protestieren aufgebrachte Bürger vor einer Aufnahmestelle für Asylbewerber_innen. Das ganze Wochenende, vom 22 und 23. August 1992, war es Thema im Radio und im Fernsehen. Ähnlich wie in »Die Chronik des angekündigten Todes« von Gabriel García Márquez bekam jede/r mit, was passierte, ohne, dass es jemand verhinderte. Eine unerträgliche Situation, durch welche die rassistische Gewalt symbolisch doppelt aufgeladen wurde. Der Ort, an dem sich alles abspielte, war die Mecklenburger Allee, Aufgang Nr. 18 und 19, dort befand sich die »Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber_innen« und ein »Wohn-heim« für ehemalige Vertragsarbeiterinnen, die aus Vietnam in die DDR gekommen waren. Dieser Aufgang bildete das Ende der Hochhausreihe. An der Außenfassade war seit DDR-Zeiten ein Blumenmuster aus Klinker, das als »Sonnenblumenhaus« weltberühmt wurde. Zwar gab es im gesamten vergrößerten Deutschland nahezu täglich Angriffe auf Migrant_innen und Flüchtlinge, auf ihre Unterkünfte, sofern diese als solche erkennbar waren. Jedoch erfuhr eine größere Öffentlichkeit von diesen gewaltvollen Übergriffen meist erst im Nachhinein. Oft waren es kleine Gruppen von Neonazis, die nachts überraschend Unterkünfte mit Steinen, Flaschen oder Brandsätzen angriffen. Alleine in den fünf Tagen vor der rassistischen Belagerung in Rostock-Lichtenhagen gab es öffentlich bekanntgewordene Angriffe auf drei weitere Flüchtlingssammelunterkünfte: am Dienstag in Köckte bei Stendal, am Mittwoch in Spremberg bei Cottbus und in Elsterwerda bei Cottbus; alle im Gebiet der ehemaligen DDR. Am Sonntag zuvor hatten Neonazis in Westdeutschland in Griesheim bei Darmstadt auch eine Flüchtlingsunterkunft überfallen. Rostock gehörte seit zwei Jahren zur BRD. Die nationale Euphorie nach dem 9. November 1989 hatte sich von Seiten des Staates bis zur offiziellen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 gesteigert. Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung hatte unerwartet begeistert Teil am nationalen Coming Out genommen. Auf die staats- und nationalismusferne Linke hatte diese Entwicklung eine nahezu paralysierende Wirkung. Zweieinhalb Jahre war es jetzt her, dass die disparate radikale Linke sich doch noch zu einer Demonstration unter dem Motto »Deutschland? Nie Wieder!« in Frankfurt am Main zusammengefunden hatte.

Im September 1991 war es bereits einmal zu einer mehrtägigen öffentlichen Belagerung einer Asylunterkunft im sächsischen Hoyerswerda gekommen. Etwa 250 Deutsche, Anwohner_innen und Neonazis, rotteten sich dort vor dem Wohnhaus zusammen, riefen nationalistische Parolen, griffen mit Brandsätzen, Stahlkugeln und Steinen an. Am 24. September 1991 wurden die 230 im Haus ausharrenden Flüchtlinge mit Bussen evakuiert: Hoyerswerda war »ausländerfrei«. Für den Samstag zuvor, den 21. 9. 1991, sind fünf weitere Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte dokumentiert, in der Zeitschrift »Konkret«. Dort wurde eine Liste rassistischer Angriffe des Archivs für Sozialpolitik e. V. veröffentlicht. In Spanien, wo ich zu diesem Zeitpunkt war, titelte die größte Zeitung El País: »Rassistische Welle in Deutschland«. Bekannte aus Bilbao fragten mich, ob Reisen in Deutschland noch sicher wäre.

Im August 1992 war ich nur 200 Kilometer von dem Ort entfernt, an dem sich ein brutalisierter Rassismus austobte. Die Bilder waren schlimm. Über eine Telefonkette wurde für eine gemeinsame Fahrt nach Rostock mobilisiert. Dieser Versuch der antirassistischen Intervention wurde von Bernd Schulz organisiert, der leider vor vier Jahren verstorben ist. Sonntagabend fuhren wir aus Hamburg los; darunter einige aus dem Umkreis des Antirassistischen Telefons und einige Mitglieder der Gruppe K, unter anderem Bernd Schulz und ich. In dieser kommunistisch-antideutschen Organisation, die aus der im Kommunistischen Bund nach 1989 entstandenen antideutschen Strömung hervorgegangen war, hatten wir uns notgedrungen viel mit Rassismustheorien beschäftigt. Es ging darum der Gefahr einer »Faschisierung von unten« in Folge der Nationenwerdung von Staat und Gesellschaft nach 1989 entgegenzuwirken. So waren wir vorbereitet auf dass, was uns erwartete: Theoretisch gewappnet, praktisch geschockt. In Rostock sammelten sich angereiste radikale Linke, Antifas und Antiras, im JAZ, dem Jugendalternativzentrum am Rosengarten, mitten in der Stadt. Wir erhielten ständige Berichte über die Eskalation in Rostock-Lichtenhagen.

Es war ein bunt zusammengewürfelter Haufen mit vielen jungen Antifas aus Rostock und unter den Angereisten kamen viele aus Berlin und Hamburg. Insgesamt waren wir vielleicht 200 Leute. Stundenlang wurde beratschlagt: »Schließlich ging es im Endeffekt um die Frage, ob man bereit sei, das Sonnenblumenhaus auf offener Wiese militant gegen einen rassistischen Mob von 2000 Schaulustigen und 500 gewalttätigen Neonazis zu verteidigen« wie es ein Rostocker Aktivist zum 20. Jahrestag in einem Rückblick auf den Punkt brachte.

Zu wenige um etwas gegen die mehr oder weniger spontan sich zusammengefundene Aktionseinheit aus beifallklatschenden älteren Anwohner_innen, angreifenden Jugendlichen und dazwischen wie Fische im Wasser agierenden Neonazis ausrichten zu können. Nicht nur auf wenige Antirassist_innen wirkte die breite Medienberichterstattung mobilisierend. Auch die rassistischen Angreifer_innen bekamen von überall Zulauf, auch einige prominente Nazikader reisten an. Am Sonntagabend waren es wohl an die 3.000 Deutsche, die grölend und klatschend vor der ZASt und dem Wohnheim standen. Die Polizei ließ die Angreifenden weitgehend gewähren, agierte tagelang nur defensiv. Wir saßen im JAZ und wussten, dass die Polizei nur sehr halbherzig die beiden Häuser und die Menschen darin schützte. Die Polizei schaute bis auf ein paar kurze Platzräumungen zu, wie sich das rassistische Volksfest langsam und stetig aufheizte.

Erst nachts, nachdem sich das rassistische Volksgewaltfest für diesen Tag ausgetobt hatte, sind wir, etwa 300 Antiras, aus dem JAZ nach Lichtenhagen in die Plattenbausiedlung gefahren – mit Autos nach Lütten Klein, dann von dort zu Fuß vor das Sonnenblumenhaus: »Auf einmal standen wir vor dem Sonnenblumenhaus, die ganze Wiese voll mit Pflastersteinen, beißender Geruch von brennenden Autos und Mülltonnen in der Luft, Bürgerkriegsatmosphäre. Die Situation war extrem unübersichtlich«, so der Rostocker in seinem Rückblick.

Gegen ein Uhr nachts gelang es uns mit einer spontanen Demonstration

die Restmenge der Angreifenden kurzzeitig zu verjagen und Parolen rufend durch den weitgehend schlafenden Stadtteil zu ziehen. In einigen Rückblicken wird diese Demo als Moment der Stärke interpretiert. Für mich war es das Gegenteil. Erst wenn alles vorbei ist, können wir auftreten, wie Pausenclowns. Auf dem Rückweg zum JAZ zeigte die Polizeiführung noch einmal, wozu sie in der Lage ist, wenn sie will und ließ diejenigen der Antifa-Demo verhaften, derer sie habhaft werden konnte: 60 Linke landeten in Polizeigewahrsam.
Am Montag wurde die überfüllte ZASt seitens der Stadt geräumt und die Flüchtlinge wurden außerhalb untergebracht. Am frühen Abend begann das rassistische Volksgewaltfest erneut. Gegen neun Uhr abends wurde die Polizei dann vollständig abgezogen. Es begannen wieder die dumpfen Sprechchöre aus tausenden Kehlen »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!« Dann gingen einige Jugendliche aus der Menge in die Häuser, schlugen in den unteren Stockwerken die Wohnungseinrichtungen klein und versuchten Brände zu legen. Schließlich brannte eines der Wohnheime über mehrere Stockwerke lichterloh. Davor stand die Menschenmenge, aus der heraus die Angriffe auf die Häuser erfolgten und behinderten die Feuerwehr zu löschen. Von der Polizei war weit und breit nichts zu sehen. Die 150 vietnamesischen Vertragsarbeiter_innen und Unterstützer_innen, die sich im Haus befanden, konnten sich retten, jedoch ohne jegliche Hilfe von außen, die es nicht gab. Weder durch uns im JAZ, die wir voller Wut ohnmächtig dasaßen, noch durch Polizei oder Feuerwehr. Der einzige Fluchtweg führte über den Dachboden. Überall war Rauch, die Fluchttür war versperrt und musste aufgebrochen werden. Zwei Vertragsarbeiter hatten die Flucht mit Videokameras gefilmt. Im Nachbarhaus angekommen, klingelten sie an den Wohnungstüren. Es dauerte, bis sich Mieter_innen fanden, die ihnen die Türen öffneten, obwohl Kleinkinder und Schwangere unter ihnen waren. Zu sehen ist dies in »The Truth lies in Rostock«, der Film dokumentiert in beklemmender Weise die Situation in den angegriffenen Häusern und zeigt das Wohnheim am Morgen danach: ausgebrannt und zerstört.
Mecklenburgs damaliger Innenminister Kupfer bagatellisierte die Folgen des rassistischen Volksgewaltfestes umgehend. Es hätte offensichtlich keine Lebensgefahr bestanden, da keiner der Vietnames_innen nach der Rettung ärztliche Hilfe in Anspruch genommen hätte.
Am gleichen Tag erklärte der damalige Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) auf einer Pressekonferenz in Rostock: »Wir müssen handeln gegen den Missbrauch des Asylrechts, der dazu geführt hat, dass wir einen unkontrollierten Zustrom in unser Land bekommen haben.«
Die CDU machte sich die rassistische Gewalt von Rostock-Lichtenhagen für ihre damalige Kampagne zur weitgehenden Abschaffung des grundgesetzlichen Asylrechts zu Nutze. Das funktionierte, denn die SPD knickte angesichts des sich in Lichtenhagen und anderswo manifestierenden Volkswillens ein. Im Mai 1993 beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit massive Einschränkungen des Rechtes auf Asyl.
So heftig es war, dass die örtliche Polizeiführung und viele Politiker_innen der rassistischen Gewalt über Tage tolerant bzw. passiv entgegentraten, diese sogar rechtfertigten - so wichtig ist es, eine linke Kritik nicht darauf zu beschränken. Die Bedeutung der rassistischen Gewalt von Rostock -Lichtenhagen liegt im punktuellen Zusammengehen von Anwohner_innen und Stiefelnazis bei der rassistischen Gewalt. Rostock steht für eine Zäsur. Das sollte nicht mit aktionistischen Gedankenspielen weggeredet werden; wie z.B.: Was wäre gewesen, wenn wir nur entschlossener und mehr gewesen wären?
Für die Antifapraxis gibt es ein Vor und ein Nach Hoyerswerda und Lichtenhagen. Ende 1992 entstanden die »Wohlfahrtsausschüsse«, die 1993 unter dem Motto »Etwas besseres als die Nation« eine Konzerttournee durch die ehemalige DDR organisierten. Um so dem nationalen Coming Out etwas entgegenzusetzen. was über eine nur auf die Neonazis abzielende Antifapolitik hinausgehen sollte. Die »Wohlfahrtsausschüsse« hatten an ihre Tour überhöhte Erwartungen an den Wirkungsgrad geknüpft. Die Tour wurde stattdessen meist als Musikevent wahrgenommen. Die »Wohlfahrtsausschüsse« erklärten ihre Tour im Nachhinein für gescheitert. Dieses Resumee spricht nicht gegen den Ansatz an sich, sondern nur dafür, dass neue Wege zu erproben kein Selbstläufer ist. Musik, auch dissidente, wird eben vor allem als Ware wahrgenommen und kann keine politische Bewegung bzw. Debatte ersetzen.
Vorher ging Antifa-Politik davon aus, dass die Mehrheit der Bevölkerung ein gemeinsames Volksfrontinteresse gegen die Neonazis hätte, sich auf der Basis eines gesellschaftlichen Konsenses die Nazis isolieren ließen, wenn sie als solche entlarvt wären. Antifa beschränkte sich weitgehend auf das tatsächlich notwendige Vorgehen gegen Stiefelnazis. Dass politische Inhalte und Kampagnen der Neonazis punktuell mehrheitsfähig werden können, wie in Lichtenhagen, war für viele vorher unvorstellbar gewesen. Der Großteil der autonomen oder DKP-nahen Traditionsantifa machte auch nach Lichtenhagen so weiter als hätte es keine Zäsur gegeben. Aber seit Anfang der 90er Jahre gab es ebenfalls Strömungen, die sich der postnationalsozialistischen Realität stellten und eine Antinazipolitik auch gegen den gesellschaftlichen Konsens mit antirassistischen Inhalten angingen.
Es bedarf einer Antinazipolitik, die sich der deutschen Realität stellt und sich eben nicht als Antifa versteht, die allgemein gegen Faschismus ist, ohne die postnationalsozialistischen Verhältnisse in Deutschland, die latente Gefahr brutaler Volksgemeinschaftlichkeit mitzudenken. Es muss deutlich gemacht werden, dass die politischen Inhalte der Nazis punktuell mehrheitsfähig sind und die gesellschaftlich dominierende Ausgrenzung von Neonazis nur eine formelle bleibt. Dem gängigen Verständnis nach sind Naziorganisationen pfui, schaden dem Ansehen Deutschlands und Neonazis werden als rüpeliges, ungebildetes Unterschichtenphänomen isoliert. Als ob das Problem an den Riots von Rechts vom August 1992 Dosenbier und vollgepinkelte Jogginghosen gewesen wären, wie auf dem berühmt gewordenen Foto eines Lichtenhageners zu sehen ist.
Rostock-Lichtenhagen war eine nachholende konformistische Rebellion, um als vollwertige Deutsche anerkannt zu werden. Vor der ZASt gab es viele auf Asyl hoffende Roma aus Osteuropa, denen in Lichtenhagen auf der Straße offen ausgesprochene Verachtung entgegenschlug. Es zeigte sich erneut ein deutsches antiziganistisches Motiv; als Deutsche anerkannt zu sein, wertarbeiten, mitschuften dürfen, ganz anders als diese von ihnen als schmutzig, vermeintlich faul imaginierten, nicht lohnarbeitenden »Wirtschaftsscheinasylant_innen«. Deutlich wird darin die panische Angst als Ostdeutsche nicht als vollwertige arbeitswütige Deutsche zu gelten. Auch dieses Motiv wurde in Lichtenhagen gewalttätig ausagiert. Das antiziganistische Stereotyp von den heimatlosen, arbeitsscheuen, kriminellen »Zigeuner_innen« wurde genutzt, um sich selbst vermeintlich zum Deutschtum zu erhöhen; auf brutale, menschengefährdende Art und Weise. Der sich nach der Wiedervereinigung neu konstituierten deutschen Nation ist diese rassistische Gewalt eingeschrieben; nicht nur jenem ostdeutschen Teil, der sich so nachholend zum Deutschtum bekannte. Die offene, massenhaft unterstützte Gewaltausübung gegen Flüchtlinge und Migrant_innen Anfang der neunziger Jahre ist Teil der Geschichte, der Grundlage der Berliner Republik. ✖

GRENZENLOSE SOLIDARITÄT

TRANSNATIONALE VERNETZUNG GEGEN DEN TAUSENDFACHEN TOD

□ CONNI GUNSSER

Die Demonstration »Grenzenlose Solidarität«, die am 25.08.2012 zwanzig Jahre nach dem Pogrom in Rostock Lichtenhagen stattfand, rief zur Solidarität mit den Opfern des institutionellen und alltäglichen Rassismus' auf. Wir dokumentieren die dort von Conni Gunsser vom Flüchtlingsrat Hamburg gehaltene Rede. Sie zeigt wie das Pogrom von Rostock in Verbindung mit der Verschärfung der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Europa bis heute die Arbeit der Flüchtlingsräte bestimmt. Nötiger denn je ist heute, die nationale Beschränkung der Antifa- und Flüchtlingsarbeit aufzubrechen.

Das rassistische Pogrom in Rostock-Lichtenhagen war nicht nur ein willkommener und von einigen Politikern bewusst geschaffener Anlass für die Abschaffung des Rechtes auf Asyl im deutschen Grundgesetz, sondern auch für massive Verschärfungen der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik.

Die Zahlen der Asylsuchenden gingen daraufhin in Deutschland von 438.000 (1992) schon 1993 auf etwa 322.000 und 1994 auf 127.000 zurück. 2011 wird von PolitikerInnen darüber gejammert, dass die Zahl auf etwa 45.000 angestiegen sei, den höchsten Stand seit acht Jahren. Das sind gerade wenig mehr als ein Zehntel der Asylsuchenden von 1992. In der damals noch nicht erweiterten EU kamen 1992 knapp 700.000 Asylsuchende an, 2011 waren es weniger als die Hälfte (327.190), davon die große Mehrheit in Südeuropa und den neuen EU-Mitgliedsstaaten im Osten. Zum Vergleich: Allein in dem kleinen, von Revolution und Wirtschaftskrise geschüttelten Tunesien wurden 2011 fast eine halbe Million Kriegsflüchtlinge aus Libyen aufgenommen. Die von der deutschen InnenministerInnen konferenz im November 2011 beschlossene Aufnahme von 200 dieser Flüchtlinge hat immer noch nicht stattgefunden.[1]

Im Kanal von Sizilien starben 2011 nach Angaben des UNHCR mindestens 1500 Bootsflüchtlinge, die bisher höchste Zahl. Das Netzwerk UNITED hat seit 1993 insgesamt mehr als 16.000 Todesfälle als Folge der »Festung Europa« dokumentiert. Razzien und rassistische Pogrome gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, denen der Staat Unterkunft und jegliche Rechte verweigert, finden heute in Ländern wie Griechenland, Ungarn, Marokko und der Ukraine statt. Die wenigen Flüchtlinge, die es noch nach Deutschland schaffen, werden in Lagern wie Nostorf-Horst, weit weg von deutschen Wohnsiedlungen, untergebracht und in sogenannte »Ausreisezentren« ausgelagert und gnadenlos abgeschoben, wie zum Beispiel die Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien – und all das auch von SPD-Regierungen wie der Hamburgs. Menschen aus Rumänien, Bulgarien oder anderen inzwischen zur EU gehörenden Staaten können kein Asyl mehr beantragen, und der Hamburger Senat plant, Obdachlose aus diesen Ländern nicht mehr im Winternotprogramm aufzunehmen. Erst nachdem die taz kommentierte, dass die örtliche SPD sich damit für eine Koalition mit der NPD qualifiziert habe, und auch die Diakonie protestierte, ruderte der Senat zurück: »Erfrierungsschutz gilt selbstverständlich für alle Obdachlosen« – wirklich?

HAT DER RASSISTISCHE MOB MIT HILFE DER POLITIK ERREICHT, WAS ER WOLLTE?

Angelegt war diese Politik der Auslagerung des Flüchtlingsschutzes oder – mit einem Fremdwort benannt – Externalisierung bereits im sogenannten Asylkompromiss, der Änderung (bzw. faktischen Abschaffung) des Grundrechtes auf Asyl in der Verfassung. Die damalige CDU-FDP-Koalition unter Helmut Kohl brauchte dafür die Stimmen der SPD, die sich dem aber bis zum Sommer 1992 verweigert hatte. Erst nach der Inszenierung des Pogroms von Rostock war die SPD »weichgekocht« und stimmte Anfang Dezember 1992 der Grundgesetzänderung und der Einführung des Asylverfahrensgesetzes zu, das im Mai 1993 als Gesetzespaket beschlossen wurde und am 1. Juli 1993 in Kraft trat: Asyl wird nicht mehr gewährt für diejenigen, die über einen sogenannten »sicheren Drittstaat« einreisen oder aus einem »sicheren Herkunftsstaat« kommen. Über Listen für beide Kategorien gab es Vereinbarungen auf EU-Ebene. Deutschland konnte sich so mit einem Gürtel von Staaten umgeben, in die Asylsuchende per Gesetz zurückgeschickt werden konnten. Schon 1990 wurde ein erstes sogenanntes Dublin-Abkommen gegen das »Asyl-shopping«, also die Asylantragstellung in mehreren EU-Ländern, verabschiedet. Heute gibt es dafür die 2003 beschlossene Dublin II-Verordnung: Flüchtlinge müssen in dem Staat Asyl beantragen, den sie als ersten betreten haben bzw. wo sie zuerst erfasst wurden. Durch Fingerabdruckvergleich kann z.B. Deutschland das leicht feststellen und die Betroffenen in das Ersteinreiseland zurück schicken – egal, ob sie dort von Obdachlosigkeit oder Abschiebung in einen Folterstaat bedroht sind.

Ebenfalls im »Asylkompromiss« erwähnt war bereits das Schengener Abkommen, das ab 1990 innerhalb der EU Reisefreiheit gewährte, aber im Gegenzug die Grenzen für Nicht-EU-BürgerInnen abschottete.

Dazu dienen z.B. gemeinsame Visalisten. Bis Anfang der 1990er Jahre konnten zum Beispiel Menschen aus vielen afrikanischen Staaten in das Gebiet ihrer ehemaligen Kolonialmacht visafrei einreisen, und auch zwischen vielen anderen Ländern gab es Reisefreiheit. Diese wurde durch die EU nach und nach abgeschafft und harte Visabedingungen eingeführt. Den BürgerInnen dieser Staaten bleibt somit nur die meist lebensgefährliche Einreise ohne die dafür nötigen Papiere. Um den 2003 wieder leicht angestiegenen Flüchtlingszahlen ein Ende zu setzen, schlugen die damaligen Innenminister Deutschlands und Italiens, Schily und Pisanu, Lager in Nordafrika vor. In denen sollten Asylsuchende interniert und interviewt werden, und nur wenige Auserwählte sollten noch in Europa aufgenommen werden. Diese Pläne stießen damals auf heftige Kritik, auch in breiteren Kreisen. Tatsächlich sind solche Lager in nordafrikanischen Transitstaaten wie Tunesien, Libyen und Algerien, aber auch in Osteuropa, zum Beispiel der Ukraine, bittere Realität.

2004 wurde die EU-Grenzschutzagentur Frontex gegründet. Diese begann 2005 ihre schmutzige Arbeit, jedes Jahr mit mehr Geld und Personal: Zum einen soll Frontex die sogenannte »illegale Einwanderung« an den EU-Außengrenzen durch multinationale Patrouillen zu Land, zu Wasser und an den Flughäfen verhindern. Zum andern ist Frontex auch zunehmend für Sammelabschiebungen in eigens dafür gecharterten Flugzeugen zuständig, zum Beispiel auch für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien. Proteste dagegen fanden vor kurzem auf dem Flughafen Düsseldorf statt. Frontex übernimmt auch zunehmend Aufgaben im Zusammenhang mit der Kollaboration mit Drittstaaten außerhalb der EU, zum Beispiel um gemeinsame Grenzkontrollen und Rückübernahmeabkommen durchzusetzen und – maßgeblich nach deutschem Vorbild – zusammen mit Delegationen aus Nicht-EU-Ländern sogenannte »Identifizierungen« von passlosen Flüchtlingen durchzuführen, um sie in das angebliche Herkunftsland abschieben zu können.

All das hier nur skizzenhaft Dargestellte zeigt: Rassismus, insbesondere von staatlicher Seite, kann heute nicht mehr nur auf nationaler Ebene bekämpft werden. Um der Politik der rassistischen Ausgrenzung, Auslagerung und Abschiebung sowie dem tausendfachen Tod an den EU-Grenzen etwas entgegenzusetzen, müssen wir uns – zusammen mit Flüchtlingen und MigrantInnen – transnational vernetzen. Das war und ist z.B. Ziel des Projektes Boats4People, das im Juli zwischen Italien und Tunesien stattfand. Und wir müssen hier und anderswo damit weitermachen. Wir müssen gemeinsam kämpfen für Bewegungsfreiheit, Bleiberecht und gleiche Rechte für alle. Rechte wie die auf Wohnung, Bildung, Arbeitsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung und politische Beteiligung werden auch vielen Deutschen vorenthalten, aber die Lösung in der heutigen globalisierten Welt kann nicht sein, sie MigrantInnen und Flüchtlingen zu verwehren! Nur gemeinsam können wir eine bessere Welt für alle erreichen und der Hetze der Neonazis eine Alternative entgegensetzen! ✖

FUSSNOTE:

1 *Inzwischen sind die 200 per Resettlement aufgenommenen Flüchtlinge aus Choucha in Deutschland angekommen.*



FIRST WE TOOK...

AUS DEN HEIMEN, AUS DEN LAGERN GEMEINSAM FÜR BEWEGUNGSFREIHEIT.

□ ANNA GOMER

Auf der Flucht aus den Heimatländern nach Deutschland haben Menschen oft mehrere Tausende Kilometer hinter sich gebracht, versteckt in den Kofferräumen von Autos oder in kleinen Transportern, haben nachts auf kleinen Booten Grenzflüsse überquert, geführt von »Menschenschieberbanden« oder einfach von Einheimischen, die sich darauf spezialisiert haben, ihren Lebensunterhalt mit dieser besonderen Art des Begleitservices zu verdienen. Oft zu Fuß durch Bergpässe, dort, wo auch manchmal geschossen wird. Aus Afghanistan in den Iran, dann über die Türkei, Griechenland oder Italien nach München oder nach Kleinkleckersdorf. Aus dem Hoheitsgebiet folternder Milizen und rassistischer Beamter, die ihnen das Leben unmöglich gemacht haben, direkt in die Arme menschenfreundlicher, offener, vernünftiger, und – und wie! – gesetzestreuer deutscher Beamter.

Nach Monaten auf der Flucht, die Erde Schritt um Schritt mit den Füßen messend, bringen sie die Globalisierung zurück nach Europa. Dorthin, woher sie womöglich kam. Und zurück in die guten Stuben europäischer Sachverwalter_innen. Derer, die die Welt immer nur durch irgendwelche Glasscheiben gesehen haben Runde Glasscheiben des Flugzeugs und des Fotokameraobjektivs, quadratische des Fernsehers oder ihres Computers gesehen haben. Füße stets auf dem Boden der Tatsachen. Politiker_innen, Räsoneur_innen aller Couleur, Bürokrat_innen und selbsternannte Realist_innen.

Und so haben diese den Flüchtlingen, der Ordnung halber und des Überblicks wegen, eine sogenannte »Residenzpflicht« auferlegt. Von denen, die auf der Flucht um ihr Leben viele Grenzen heimlich überquert haben, wird nun erwartet, sie müssen gesenkten Hauptes bei unseren Verwalter_innen ankommen und um Erlaubnis bitten, wenn sie in die benachbarte Stadt reisen wollen. Bewegen dürfen sie sich nicht, arbeiten auch nicht. Sie sollen monate- und jahrelang wartend verharren, in den weit entlegenen Bezirken, Gebieten, in die ein_e »Normalbürger_in« oft nur im Rettungswagen als Zivildienstleistender auf einen Notruf hin kommt, staunend, dass es in seiner Stadt, hinter Güterbahnhofsgleisen, noch diese Baracken gibt, und dass dort Menschen wohnen.

Diese Art des Wohnens kann man also beim besten Willen nicht »residieren« nennen. Das Wort »Residenzpflicht« ist demnach an sich schon ein Euphemismus und verschleiert die unmenschliche Wohnsituation, zu der die Flüchtlinge oft für Jahre verurteilt sind. Für viele von ihnen wurde die Lage immer unerträglicher und das Warten zu lang. Depressionen kamen auf, schließlich Selbstmord.

Der Selbstmord von Mohammad R. aus dem Iran war denn auch der Startschuss für »Heiminsass_innen« eines Würzburger Asylbewerber_innenheims, mit Protesten zu beginnen, die zu einem Hungerstreik mit teilweise zugenähten Mündern anwuchsen. Doch selbst diese drastischen Protesthandlungen haben im Endeffekt zu nichts anderem geführt als zu langwierigen Verhandlungen mit der Stadt Würzburg um jeden Zentimeter der Zelt- bzw. Protestfläche. Denn jeder Zentimeter war natürlich zu viel. Die Konsequenz blieb, statt um Zentimeter zu kämpfen, sich den Rechts-Raum durch einen 600 km langen Protestmarsch nach Berlin zu erzwingen. Sich die Freiheit zu er-gehen, wieder zu Fuß, die Grenzen der »Residenzpflicht« zu Fuß überqueren, und sich damit offen strafbar machen, ist eine auf der symbolischen Ebene konsequente, ja einzig denkbare Strategie.

Am 4. Oktober kamen die Flüchtlinge in Potsdam an. Am 6. Oktober sind sie zusammen mit Unterstützer_innen und Aktivist_innen als Demonstrationszug zur Glienicker Brücke und weiter nach Dahlem marschiert. Weiter ging es zum Oranienplatz in Berlin Kreuzberg, wo Zelte aufgebaut wurden und wo die Flüchtlinge und ihre Unterstützer_innen seitdem ausharren und auf eine zufriedenstellende Reaktion der Politik warten. Sie wollen erst gehen, wenn ihren Forderungen nach der Abschaffung diskriminierender Gesetzgebung und nach der Schließung der »Isolationslager« (refugeetentaction.com) nachgekommen wird. Eine Demonstration vom Oranienplatz zum Bundestag am 13. Oktober zog viele weitere Aktivist_innen in den Bann des Flüchtlingsprotestes. Viele Sympathisant_innen unterstützten die Aktionen, auch »weil sie von uns Flüchtlingen selbst organisiert sind,« sagte Arash Doost Hosseini, ein Teilnehmer des Protestmarsches.

Die Zelte auf dem Oranienplatz wurden mehr, auch wenn ihr längerer Verbleib dort gar nicht sicher ist. Die Genehmigung durch den Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg Franz Schulz erfolgte lediglich mündlich. Die Situation der Flüchtlinge ist also äußerst prekär, die Räumung des Camps obliegt in letzter Instanz der Willkür der Bezirksstraßenbehörde.

Doch was passiert weiter? Heißt es jetzt – abwarten? Einerseits ja, dazu gehören Vernetzung, Planung weiterer Aktionen bzw. Erwägung der Beteiligung an Aktionen in anderen Bundesländern, wie an der Demonstration »Rassismus tötet!« in Leipzig. Am 15. Oktober nahmen Teile der Aktivist_innen vom Refugeetentaction an der Besetzung der Nigerianischen Botschaft teil. 15 Personen wurden laut Polizei, 25 laut refugeetentaction.net verhaftet, einige mussten in Untersuchungshaft zum Teil schwere körperliche Misshandlungen und rassistische Beschimpfungen seitens der Polizei erleiden.

Warum wurde die Botschaft von Nigeria Ziel der Proteste? Die Bundesrepublik Nigeria ging eine »strategische Partnerschaft« mit Deutschland und Frontex ein, im Rahmen derer entwürdigende Verhöre mit dem Ziel der Abschiebung Asylsuchender stattfinden. Deutschland kann nämlich nur dann Menschen abschieben, wenn ein Drittstaat sich bereit erklärt, diese aufzunehmen. Das tut Nigeria in Bezug auf alle aus Afrika stammende Menschen. Nigeria bietet somit eine Art Sammelposten für Deutschland, durch den unliebsame Asylsuchende wieder zurück nach Afrika deportiert werden, indem »aus Schwarzafrikanern Nigerianer gemacht werden, weil diese so leicht

abgeschoben werden können.« (ZDF, Frontal 21 vom 23.10.2012).
Mit der Besetzung der Nigerianischen Botschaft und der Presseerklärung mit persönlicher Ansprache an den Präsidenten Nigerias Goodluck Jonathan adressieren sich die Flüchtlinge demnach an die höchsten Kreise der Politik. Den Fußmarsch begleitende zahlreiche Pressemeldungen wie auch kürzlich der Beitrag Frontal 21 vom 23.10.2012 bei ZDF künden von Interesse der Medien an den Protesten. Rassistische Gesetzgebung und »fragwürdige Mittel« (Frontal 21) der Polizei bei der Unterdrückung der Proteste wurden zum ersten Mal in breiter Öffentlichkeit thematisiert.
Doch was sind die bisherigen Reaktionen der Politiker auf diese bundesweiten Protestaktionen?
In Hessen beispielsweise unterstützen AK Asyl und AK Asyl und Flucht der Hessischen Piraten und die Grüne Jugend Hessen die Proteste, auch in Berlin setzen sich die Vertreter_innen der Grünen, der Piraten und der Linken für Interessen der Flüchtlinge ein. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE sowie die Piratenfraktion fordern den Senat auf, sich für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) einzusetzen. Gemeinsam bringen sie am 25.10.2012 einen dringlichen Antrag (DS 17/0579) ins Parlament ein mit der Aufforderung, die Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz, Bremen, Brandenburg und Schleswig-Holstein zu unterstützen. Dazu erklären Canan Bayram (Bündnis 90/Die Grünen), Hakan Taş (DIE LINKE) und Fabio Reinhardt (Piratenfraktion):
»(...) Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und die Piratenfraktion kritisieren das AsylbLG aus grundsätzlichen menschenrechtlichen Erwägungen. Das AsylbLG führt zu einem diskriminierenden Ausschluss von Asylsuchenden aus der Sozialhilfe bzw. der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 ist es auch amtlich: Das Asylbewerberleistungsgesetz verstößt gegen das Grundgesetz.«
(www.die-linke-berlin.de/politik/presse/detail_blank/artikel/leistungen-fuer-asylsuchende-sind-menschenunwürdig/)
Und weiter:
»›Menschenrechte‹ und ›Asyl‹ fehlen im Vokabular von Rot-Schwarz in Berlin – im Koalitionsvertrag tauchen beide Begriffe nicht auf. Der Senat muss endlich aktiv werden. SPD und CDU sind gefordert, unseren Antrag zu unterstützen.« (ebd.)

Nicht nur das. Auf der Bundesebene wurde kürzlich vom Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) ein Konzept mit Sofortmaßnahmen gegen »Asylmissbrauch« vorgestellt. Es soll »seltener Bargeld« ausgezahlt werden und mit Leistungskürzungen soll gerechnet werden. Friedrich versucht mit seinem Szenario, das so bedrohlich ist, dass sofort reagiert werden muss, eine äußerst gefährliche Stimmung zu machen, die sehr an die »Das Boot ist voll«-Rhetorik der 90er Jahre erinnert. Vor allem gegen Sinti und Roma richtet sich sein Programm, das er der Bild-Zeitung ausgerechnet am 13.10.2012, dem Tag des großen Demonstrationszuges der Flüchtlinge zum Bundestag ausbreitete. Und ausgerechnet zwei Wochen vor der hochoffiziellen und feierlichen Eröffnung des Denkmahls für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma in Berlin, an der sowohl die Kanzlerin als auch der Bundespräsident teilnahmen. Doch bekanntlich schreibt in Deutschland auch die Bild-Zeitung Geschichte...
Die neue Gedenkstätte wurde am 24. Oktober südlich des Reichstages eingeweiht. Ein paar Meter weiter, vor dem Brandenburger Tor ging am selben Tag die Protestaktion der Flüchtlinge und ihrer Unterstützer_innen in die neue Runde.
Am 24.10.2012 haben die Asylsuchenden einen Hungerstreik begonnen, um ihre Ziele durchzusetzen. Die am Nachmittag aufgebauten Zelte wurden von der Polizei abgebaut. Schlafsäcke, Isomatten und sogar Rollstühle wurden von der Polizei verboten und beschlagnahmt. Die Hungerstreikenden sind seither der Kälte ausgesetzt und bekommen kaum Gelegenheit, sich auszuruhen. In ihrem Statement am zweiten Tag des Hungerstreiks erklären die Flüchtlinge ihre Bereitschaft, trotz des »enormen Druck(s)« der Polizei weiterhin für ihre Forderungen zu kämpfen und fordern zur Solidarität auf.
(refugeetentaction.net)
Die Flüchtlinge sind auf ihrem Fußmarsch durch die Länder, durch das Land im symbolischen Zentrum dieses einen Landes angekommen. Der Marsch durch dessen Institutionen wird wohl ungleich länger dauern.

Doch, wie einer der Protestierenden, Exil-Iraner Hatef Soltani auf einem der veröffentlichten youtube-Videos sagt:
»Das war Berlin, jetzt kommt Europa.« 



EUROPA, DER NEUE GOLIATH DER FLÜCHTLINGSPOLITIK?

□ HANNAH VON GRÖNHEIM

Es ist ein ungleicher Machtkampf, den wir auf uns genommen haben. Wir kämpfen wie David gegen den mächtigen Goliath, dabei haben wir so viel Unterstützung und doch auch eigentlich das Recht auf unserer Seite. Die moralische Gerechtigkeit sowieso. Seit sieben Jahren hofft der Unterstützerkreis von Gazale Salame im niedersächsischen Hildesheim auf ihre Rückkehr. Seit sieben Jahren lebt Gazale mit ihren beiden jüngsten Kindern in der ihr fremden Türkei, 3.000 Kilometer entfernt von ihrem Mann und ihren beiden ältesten Töchter. Eine Entfernung, die für beide Seiten durch Aufenthaltsgesetze und politischen Entscheidungen seit sieben Jahren unüberwindbar ist. Seit sieben Jahren warten wir vergeblich darauf, einen David'schen Coup zu landen.

Unser Adressat: die niedersächsische Landesregierung mit Innenminister Schünemann und der Landkreis Hildesheim mit Landrat Wegner. Eine äußerst lokale Ebene also, wenn man sich das Zentrum der Flüchtlingspolitik ansieht, das die heutige Rechtslage bestimmt. Von der europäischen Integration blieb auch die Flüchtlingspolitik nicht unberührt, denn das Asylrecht der Mitgliedstaaten soll harmonisiert werden. Diskussionen über die Art und Weise und das Ob zur Aufnahme von Flüchtlingen werden nicht mehr (nur) in Berlin, Paris oder Stockholm geführt, sondern in Brüssel. Rückübernahmeabkommen werden mit Drittstaaten geschlossen, deren menschenrechtliche Schutzstandards durchaus Anlass zur Besorgnis geben und es kommen Zweifel auf, wie viel Flüchtlingsschutz bei dieser Externalisierung noch übrig bleibt.

Wenn die Europäische Union den neuen Goliath darstellt, fordert die Europäisierung der Flüchtlingspolitik dann auch eine Europäisierung der Flüchtlingsarbeit ein? Neue Herausforderungen für die antirassistische Flüchtlingsarbeit entstehen. Zunächst als Folge der Europäisierung, die Entwicklung von der gemeinschaftlichen Widerstandsbewegung »auf der Straße« hin zu den heute mehrheitlich (insbesondere bei großen Organisationen) anzutreffende, und mit der Zentralisierung der Flüchtlingspolitik einhergehende Strategie der Lobbyarbeit. Die Diplomatisierung der Flüchtlingsarbeit stellt eine Herausforderung dar, die noch dadurch vergrößert wird, dass es innerhalb der EU eine Ambivalenz gibt zwischen dem Ziel des Zusammenwachsens und der Nachfrage an Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten einerseits und dem wachsenden Nationalismus in vielen Ländern andererseits.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN – NEUE STRATEGIEN

»Eine der Prioritäten, [...], bleibt die Vollendung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems bis 2012«, deklariert der Jahresbericht 2011 der EU Kommission, erschienen im Mai diesen Jahres. Die Harmonisierung des europäischen Asylrechts kommt indes nur schwerlich voran, so schreibt die Kommission in der beiliegenden Arbeitsunterlage, dass der Interpretationsspielraum der EU-Aufnahmerichtlinie zur Konsequenz hat »that an applicant for international protection did not receive the same level of care and comfort across the EU.« [SWD(2012] 139) Damit hat die EU Kommission öffentlich bekannt, was Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen seit Längerem anprangern. Die Mindestnormen führen dazu, dass oft eben nur Mindeststandards eingehalten werden – oder eben, wie durch den EGMR für Griechenland bestätigt, aber auch für Staaten wie Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Malta oder Italien berichtet, nicht einmal diese. In der Lebensrealität der Flüchtlinge, so wissen wir durch verschiedene NGO Berichte, werden ihre Menschenrechte kontinuierlich verletzt. Flüchtlingen wird in Europa selbst und an den Außengrenzen der Zugang zu verschiedensten Rechten verwehrt. Besonders prägnant ist dabei das Gebot der Nicht-Diskriminierung, für das auch Deutschland immer wieder von den Vereinten Nationen gerügt wird. Die sozialrechtliche Ausgrenzung lässt Flüchtlinge vielerorts zu Menschen zweiter Klasse werden oder sie gar als »third class persons«[1] fühlen, wie sie ihre Situation selbst beschreiben. Mediale Aufmerksamkeit bekam in diesem Zusammenhang insbesondere das massive Sterben im Mittelmeer im vergangenen Jahr. Durch ungeklärte Verhältnisse der Verantwortung im Bereich der Seenotretttung und fehlendes Monitoring über die Einsätze der EU Grenzschutzagentur Frontex gelang es Flüchtlingsorganisationen die Verletzung des non-refoulement Prinzips auf hoher See erst zu beweisen, als Journalisten sich auf einem der Seelenverkäufer befanden und die Zurückweisung ihrer Boote, auf denen sich ansonsten nur Flüchtlinge befanden, dokumentieren konnten. Der Europäische Gerichtshof verurteilte daraufhin im Februar 2012 den italienischen Staat für dieses Verfahren.[2] 2.000 Menschen kamen unter anderem im Jahr 2011 im Mittelmeer ums Leben. Unzählige Boote wurden nach Libyen zurückgeschickt, wo den afrikanischen Flüchtlingen Folter und Haft drohte. Menschen verdursteten während Italien und Malta sich um die Zuständigkeit für die Seenotrettung stritten, andere erstickten oder ertranken auf den 10fach überfüllten unsicheren Holz- oder Schlauchbooten.

Parallelen zum institutionellen Rassismus wie ihn die Jägers 2002 für Deutschland beschrieben haben und der in unserem »Gazale-Fall« zu einem Eklat im niedersächschischen Landtag führte[3], lassen sich auch auf dieser supranationalen Ebene erkennen. Die Asylsysteme der EU Mitgliedstaaten sind von systematischer sozialrechtlicher Ausgrenzung (Deutschland), eklatanten Haftbedingung (Griechenland) über komplette Aufnahmestopps (Luxemburg) bis hin zur generellen Unterversorgung der Schutzsuchenden (Italien; Ungarn) geprägt. Da durch diese politischen und rechtlichen Maßnahmen gezielt eine Gleichbehandlung von bestimmten ausländischen Personengruppen verhindert wird, tritt Rassismus damit auf einer Ebene auf, die »Normalität« herstellt und »scheinbar unangreifbare Gültigkeit« (Jäger/Jäger 2002:25) besitzt. In Anlehnung an diese Definition des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung lässt sich hier tatsächlich von institutionellem Rassismus sprechen. Macht wird nach Michel Foucault, zumindest zum Teil »entweder in der Form des ›Krieges‹ oder in der Form der ›Politik‹ codiert [...]« (Foucault 2008: 1099). Neben der hegemonialen Macht der Regierungspolitik sind demnach laut Diskurstheorie auch andere Akteure bedeutsam für den Diskurs.

In dem oben genannten Beispiel war es der italienische Flüchtlingsrat, der die Flüchtlinge bei der Klage gegen Italien unterstützte und

die Kläger »zusammensuchte«. Das Verfahren M.S.S. gegen Belgien und Griechenland[4] wurde von Amnesty International unterstützt. In Gesprächen mit dem europäischen Flüchtlingsrat ECRE wird deutlich, dass sich die Organisationen auf diesen Wandel einstellen. »*Vor allem seit dem Hirsi Fall hat man schon den Eindruck, das ist im Zweifelsfall ein Weg, der mehr bringt als die politische Einflussnahme.*« Sie haben erkannt, dass sich bestimmte Grundsatzentscheidungen eher durch Gerichtsurteile erkämpfen lassen, als durch Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit. Letztere werden dadurch aber nicht überflüssig. Im Gegenteil scheinen viele Organisationen das Potential erkannt zu haben, auf verschiedenen Diskursebenen zu agieren.

Ein Diskurs wird auf mehreren Ebenen konstruiert, rezipiert, transformiert und wieder hergestellt. Wichtig scheint es daher, die unterschiedlichen Diskursebenen mit entsprechenden Strategien zu bedienen. Öffentlichkeitsarbeit auf der Ebene des Alltags, Lobbyarbeit auf der Politikebene, Forschungen nehmen Einfluss auf den wissenschaftlichen Diskurs und Bildungsarbeit setzt auf der Erziehungsebene an. Die verschiedenen Arbeiten und Aktionen werden in großen Netzwerken mit anderen, mittlerweile europaweit vernetzten Organisationen abgestimmt und bestenfalls dabei übergeordnete gemeinsame Ziele geschaffen und verfolgt. Die Strukturen der Organisationen passen sich unterdessen den politischen Entwicklungen an. Auch die Lobbyarbeit wird im Zuge der europäischen Integration vor neue Herausforderungen gestellt. Menschenrechtsorganisationen reagieren mit der Etablierung eigener EU-Büros in der belgischen Hauptstadt.

Durch die räumliche Nähe zu Abgeordneten sollen die eigenen Anliegen in die entsprechenden Gremien getragen werden. Die Zivilgesellschaft steht damit in ihrer Rolle als Kontrollgremium der Regierungspolitik vor einer weiteren Herausforderung und der Beantwortung neuer konzeptioneller Fragen: Wollen wir tatsächlich gute Zusammenarbeit mit der Politik oder wollen wir nicht weiterhin vor allem die nichtstaatliche Opposition bilden? Aber bedeutet mehr Diplomatie denn überhaupt wirklich weniger Kritik? Und lässt sich nicht gar auf den Freund, der eher geneigt wäre zuzuhören, mehr Einfluss nehmen als auf den Feind? Über diese Fragen herrscht noch wenig Einigkeit aber dafür viel fruchtbare Diskussion. Zwar mag es in Europa Staaten geben, in denen die Beziehung zwischen Flüchtlingsorganisationen und Regierung eng ist und ihr Rat als Expert_innen sogar gesucht wird. In Deutschland scheint man aber – nicht zuletzt aus historischer Perspektive – hier noch etwas skeptisch zu sein.

Dennoch hat die Lobbyarbeit mit den Mitgliedstaaten trotz aller Europäisierung nicht an Bedeutung verloren. In einigen Staaten, wie Deutschland, ist sie gar aufgrund seiner starken Machtposition in den europäischen Gremien wichtiger denn je. An den Diskussionen um die neuen Verordnungen zu Dublin II, Frontex oder der Aufnahmerichtlinie ist deutlich geworden, dass die beinahe akzeptablen Vorschläge der Kommission durch die Einflussnahme der Mitgliedstaaten insbesondere der BRD im Verlauf der Debatten immer restriktiver wurden.

NATIONALISMUS VS. EUROPÄISCHE SOLIDARITÄT

Dieses Aufrechterhalten der nationalen Souveränität stellt nicht nur die Kommission und die NGOs vor eine Herausforderung. Parallel zur restriktiven Flüchtlingspolitik mit der sich Mitgliedstaaten wie Deutschland immer wieder durchsetzen, entwickelt sich eine Gegenbewegung zu der Forderung nach Solidarität in Europa. Populisten in den Niederlanden, Spanien, Griechenland, Polen oder Ungarn greifen Migranten ebenso stark an wie die Idee des vereinigten Europas. Es ist eine uralte Angst, in der die Sicherheit und die »Macht« des eigenen »Volkes« bedroht scheinen und die die Forderung nach sozialer Kohäsion steigen lässt. Populismus ist neben dem institutionellen Rassismus heute ebenso wie die Menschenrechtsverletzung an Flüchtlingen salonfähig in Europa und leider nicht nur bei extremen Rechten (wenn auch dort sprachlich deutlicher) zu finden, sondern überall – in der sog. Mitte der Gesellschaft.

Flüchtlinge sind schon lange Opfer von rechtsradikaler Gewalt. Zum 20ten Jahrestag der Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen werden wir grausam daran erinnert. Damals wie heute ist die Verantwortung nicht bei einzelnen Spinnern des brauen Mobs zu suchen. Der rassistische Diskurs erstreckt sich nach wie vor auf viele Bereiche. Das ist es, was ihn so beständig und gefährlich macht. Und das ist auch der traurige Grund warum wir nach wie vor antirassistische Flüchtlingsarbeit in Deutschland und in Europa brauchen. Auch und gerade 20 Jahre nachdem das Recht auf Asyl im Grundgesetz eingeschränkt wurde.

Die Netzwerkarbeit ist also essentiell. Organisationen, die sich vernetzen und absprechen, können ihre Programme abstimmen und haben so die Chance, ihre Kräfte auf die verschiedenen Adressaten aufzuteilen. Wenn sowohl auf Bildungs-, Alltags-, Wissenschafts-, und auf Politikdiskursebene agiert wird, ist auch die Chance größer, eine Änderung im Gesamtdiskurs hervorzurufen. Unseren Goliath Schünemann haben wir zwar auch trotz Öffentlichkeitsarbeit in Medien und Gesellschaft, durch Lobbyarbeit und auf dem Wege der Justiz noch nicht erreicht, aber immerhin hat der Kreistag Hildesheim nun mit einer Resolution unser Anliegen unterstützt und viele Landtagsabgeordnete stehen auch hinter uns. Die Hoffnung auf Gazales Heimkehr nach Deutschland ist noch nicht verloren. Und so wie wir auf lokaler Ebene hoffentlich bald unseren Golliath besiegen, wird es vielleicht auch gelingen Brüssel anzugehen. Aber dafür sollten wir zunächst überlegen, ob wir nicht (mit oder parallel zur Politik) die europäische Integration fördern, um sie für uns zu nutzen, Nationalismus und Rassismus zu bekämpfen und die Rechte von Schutzsuchenden zu stärken. ✖

EUROPÄISCHE KOMMISSION:

- ✖ *COM(2012) 250 COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT AND THE COUNCIL – 3rd Annual Report on Immigration and Asylum (2011)*
- ✖ *SWD(2012) 139: COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT on the Third Annual Report on Immigration and Asylum (2011)*

QUELLEN:

- ✖ *Foucault, Michel (2008): Sexualität und Wahrheit, in: Foucault, Michel (Hrsg.): Die Hauptwerke, Frankfurt a. M.. 1021-1151.*
- ✖ *Jäger, Siegfried/Jäger, Margarete (2002): Das Dispositiv des Institutionellen Rassismus. Eine Diskurstheoretische Annäherung. In Jäger/Kauffmann: Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus in Deutschland. Duisburg, 15-29.*

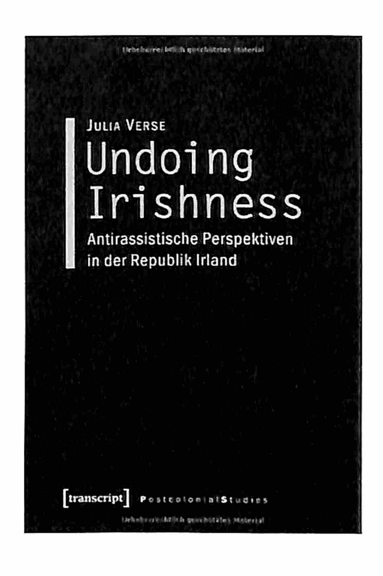
FUSSNOTEN:

1 *Alle Zitate entstammen meiner noch nicht abgeschlossenen Forschung zum unionseuropäischen Flüchtlingsdiskurs.*

2 *EGMR, 23.03.2012 – 27765/09 (Hirsi and Others v. Italy)*

3 *Zu diesem Vorfall berichtete unter anderem das DISS selbst www.disskursiv.de/2012/06/26/eklat-im-niedersachsischen-landtag/ und die taz: www.taz.de/!95743/.*

4 *EGMR, 21.02.2011 – 30696/09 (M.S.S. v. Belgium and Greece)*



ANTIRASSISMUS IN DER REPUBLIK IRLAND

ANTIRASSISTISCHE POLITIK ZWISCHEN POSTKOLONIALEM SELBSTVERSTÄNDNIS UND GLOBALEM KAPITALISMUS

JULIA VERSE

Die Republik Irland erlebte seit den 1990er-Jahren einen Wirtschaftsboom, der das »Armenhaus Europas« zum »Keltischen Tiger« mutieren ließ. Das seit der internationalen Wirtschaftskrise 2007 inzwischen wieder zum »Keltischen Kätzchen« geschrumpfte Land erlebte in dieser Zeit eine Umkehrung seines traditionellen Migrationstrends und wandelte sich vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland. Diese Umbrüche der irischen Kultur und Gesellschaft haben von vielen in der Bundesrepublik unbemerkt stattgefunden. Vor 1989 war Irland auf der Landkarte der europäischen Sozialwissenschaften ein weißer Fleck. Und auch nach 1989 änderte sich dies nicht, denn nun rückten die sogenannten postsozialistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas in den Fokus. Transformationsprozess-Forschung hat Konjunktur, wobei dieser Begriff exklusiv für den vormals sowjetischen Hegemonialbereich angewandt und auf die Beschreibung eines Systemwechsels verengt wird. Dies führte dazu, dass die ökonomischen und gesellschaftlichen Verwerfungen seit der Zeitenwende 89/90 mit Vorliebe etwa in Estland oder der Ukraine verortet und untersucht werden. So nimmt es auch nicht wunder, dass mir zu Beginn meiner Forschung zur antirassistischen Bewegung als Bestandteil des irischen Transformationsprozesses von wissenschaftlicher Seite angeraten wurde, ich möge meine Forschung besser zum (Anti-)Rassismus in Polen durchführen. Denn die Existenz von Rassismus, der stets woanders nur nicht bei sich selbst gesucht wird, würde von potenziellen bundesdeutschen Förderinstitutionen nicht in einer westeuropäischen, wohl aber in einer von Anpassungsschwierigkeiten gebeutelten postsozialistischen Gesellschaft vermutet werden. Die Erforschung postfaschistischer Elemente und rassistischer Diskurse als gesamteuropäische Phänomene wird von der postsozialistischen Perspektive, die die postfaschistische im (Wissenschafts-)Mainstream abgelöst hat, erheblich erschwert. Dabei bedeutet die Auseinandersetzung mit dem irischen (Anti-)Rassismus einen erheblichen Mehrwert für die grundsätzliche Entwicklung antirassistischer Theorie und Praxis. Die Entwicklung der antirassistischen Bewegung Irlands verdeutlicht die Möglichkeiten antirassistischer Bewegung als emanzipativen Protest im heutigen Europa und verweist im Sinne einer linken Theorienentwicklung auf die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit Whiteness.

WHITE NEGRO – ZWISCHEN RACIALISATION, (SELBST-)ETHNISIERUNG UND SOLIDARISIERUNG

Rassismus, so der marxistische Kulturwissenschaftler Stuart Hall, ist historisch spezifisch und formt sich entsprechend der jeweiligen Kultur und Gesellschaftsforum aus. Gleiches gilt für den Antirassismus in Irland, der sich entsprechend seines kulturellen und nationalen Kontextes ausprägt. Die Geschichte des kolonialen antiirischen Rassismus und rassistischer Ideologie in Irland erklärt Irlands ambivalente Rolle als aktiver Juniorpartner des britischen Imperialismus einerseits sowie als dessen Kolonie andererseits. Das Erbe dieser historischen Situierung sowie die Transformativität der irischen Gegenwartsgesellschaft bilden die Folie, vor deren Hintergrund die neu entstandene irische Antirassismusszene – die Handlungsmöglichkeiten der Akteur_Innen sowie ihre ideologischen Legitimierungsstrategien – als europäische Protestkultur

begreifbar wird. Die historische Ambivalenz der irischen Position führt im 20. und 21. Jahrhundert zu einer Solidarisierung mit bzw. Diskriminierung von bestimmtesn rassistisch diskriminierten Gruppen und hat massive Auswirkung auf die neue antirassistische Bewegung in Irland. Im 19. Jahrhundert wurden die Ir_Innen als Kolonisierte als minderwertig gebrandmarkt. Darüber hinaus ist die Geschichte des antiirischen Rassismus eng mit der irischen Emigration verbunden. Während sie im Großbritannien des 19. Jahrhunderts als besonders deviante Teil der Arbeiterklasse stigmatisiert wurden, erfand die zeitgleich entstehende pseudowissenschaftliche Rassenlehre die »irische Rasse«, die auf einer besonders niedrigen kulturellen Entwicklungsstufe stehe. Dieser rassistische Konstruktionsprozess ging so weit, dass die Iren als »afrikanoid« bzw. »negroid«, also als *White Negro* identifiziert wurden. Theodore W. Allen, ein in jüngerer Zeit endlich auch in der Bundesrepublik rezipierter US-amerikanischer Vertreter der kritischen Rassismusforschung, verfolgt den Gedanken, dass unter den Immigrantengruppen in den USA im 19. Jahrhundert keine so prädestiniert dafür war, sich mit den schwarzen Sklaven zu solidarisieren wie die Ir_Innen, die selbst rassistisch diskriminiert wurden. Doch den Ir_Innen gelang es, sich in den angelsächsisch-protestantisch geprägten USA der Bezeichnung »›niggers‹ inside out« zu entledigen, indem sie sich aktiv zu den Werten der *white supremacy* bekannten. Durch die ihrerseits gegenüber Schwarzen vorgenommene rassistische Diskriminierung sicherten sich die irischen Einwanderer_Innen Teilhabe an Whiteness. So wird am irischen Beispiel die Relativität von »Rassenzugehörigkeit« deutlich, indem die Ir_Innen als Objekt und Gegner rassistischer Unterdrückung zu Teilhabern am weißen rassistischen Privilegiensystem wurden.

»The Irish are the niggers of Europe, lads. (...) Say it loud, I'm black an' I'm proud.« – *Roddy Doyle: The Commitments*

Viele antirassistische Aktivist_Innen stehen unter dem anhaltenden Eindruck ihrer individuellen Migrationserfahrung in Großbritannien. Im britischen *race relations*-System der 1980er- und 1990er-Jahre erlebten viele antirassistische Aktivist_Innen entscheidende Momente ihrer Politisierung. Statuszuweisungen erfolgten im *race relations*-System auf Grundlage ethnischer Klassifizierung und Terminologie und führten – mit dem Preis der Selbststereotypisierung – zu einer Selbstethnisierung der irischen Migrant_Innen. Die Virulenz des ›antiirischen Rassismus‹ und die daraus resultierende Erfahrung, gemeinsam mit Schwarzen durch die weiße britische Mehrheitsgesellschaft rassistisch diskriminiert zu werden, führte im Rahmen einer postkolonialen Logik zu einer neuerlichen Parallelsetzung der irischen mit der schwarzen Erfahrung.[1] Viele Ir_Innen mit Migrationserfahrung in Großbritannien haben mir von den Schildern in den Fenstern britischer Vermieter mit der Aufschrift »No Irish, No Blacks, No Dogs« und ihren damit verbundenen Gefühlen, gemeinsam mit Schwarzen rassistisch diskriminiert zu werden, erzählt. Die Selbstsicht, politisch unterdrückt und rassistisch diskriminiert zu werden, stellt für viele antirassistische Aktivist_Innen einen wichtigen Motor für ihr politisches Engagement dar. In diesem Zusammenhang muss auf den erheblichen Einfluss der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA auf die nordirische Bürgerrechtsbewegung in den 1960er- und 1970er-Jahren verwiesen werden, die für den irischen Antirassismus ebenfalls einen wichtigen historischen Referenzpunkt darstellen. Auf einer antirassistischen Kundgebung im Sommer 2005 sprach ein weißer irischer Gewerkschaftsvertreter die anwesenden schwarzen Demonstrant_Innen, darunter viele Immigrant _Innen und Flüchtlinge, als »Brüder und Schwestern« an – ein »Verbrüderungsakt«, der auf einer deutschen Antirassismusdemonstration nicht vorstellbar ist.

(UN-)DOING IRISHNESS – ZUR BEDEUTUNG DES IRISCHEN NATIONALISMUS FÜR ANTIRASSISTISCHE POLITIK IN IRLAND

Nationalismus dominiert die politische Kultur Irlands und ist seit den späten 1980er-Jahren eine enge Allianz mit dem Neoliberalismus eingegangen. Andere – also emanzipative oder linke im Sinne von marxistisch-sozialistischen Ideologien spielen traditionell nur eine untergeordnete Rolle. Während die Iren von britischer Seite als minderwertige »keltische Rasse« deklassiert wurden, unternahmen sie unter Zuhilfenahme der Idee einer katholisch-gälischen Nation die Erfindung ihrer selbst. *Irishness* als exklusives Konzept nationaler Identität formt und dominiert die irische Gesellschaft. Bis heute existiert die nationalistische Metanarrative fort, die *Irishness* als eine monokulturelle religiös-ethnische Konstruktion festschreibt und damit eine fixe Vorstellung, wie »irisch aussehen« definiert wird – nämlich weiß und europäisch. Als Konsequenz dessen lässt sich die Qualität der irischen Einwanderungskontrollen seit 1997 beobachten: Ganz gezielt wurden vor allem schwarze und asiatisch aussehende Reisende kontrolliert. Der in Irland vollzogene Schulterschluss zwischen katholischer Kirche und Nationalismus beförderte eine reaktionäre Staatsideologie. Irische Antirassist_Innen bezeichnen die autoritäre Gesellschaftsform und das exklusive Modell von *Irishness* als großes Hindernis für emanzipative und antirassistische Politik. Das Bild des Einwanderers als Konkurrent wird von Politik und Medien seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre



fortlaufend reproduziert. In einer zunehmend ökonomisch polarisierten Gesellschaft werden die Migrant_Innen zum Symbol und Sündenbock für alle negativen Symptome des rapiden Transformationsprozesses. Als Nutznießer_Innen beschränkter Ressourcen kriminalisiert wird ihnen der Zugang zu staatsbürgerschaftlichen Rechten zunehmend unmöglich gemacht. 2004 kam es zum Staatsbürgerschaftsreferendum, in dem über die Abschaffung des bisher territorialen Staatsbürgerschaftsrechts entschieden wurde. Es mobilisierte antirassistische Kräfte in ganz Irland, doch letztlich stimmten mehr als drei Viertel der Bevölkerung dafür, dass in Irland geborene Kinder ausländischer Eltern künftig nicht mehr in jedem Fall die irische Staatsbürgerschaft zuerkannt bekommen. Der Ausgang des Referendums wird von der antirassistischen Szene Irlands bis heute als herbe Niederlage gegen eine rassistische Politik der Staatsbürgerschaft empfunden. Irland galt bis vor wenigen Jahren als klassisches Auswanderungsland. Allerdings wurde Emigration seitens des politischen Establishments stets zu einer Privatangelegenheit erklärt. Mit dieser Positionierung entzog es sich jeglicher Verantwortung für migrations- und integrationspolitische Fragen. Hier liegt einer der historischen Gründe für die überaus große Relevanz antirassistischer Arbeit, die sich einer gesellschaftlichen Aufgabe stellt, an deren Lösung sich die offizielle Politik nicht interessiert zeigt. Die ideologische Konstruktion, dass es vor der Umkehrung des traditionellen Migrationstrends keinen Rassismus in Irland gegeben habe, wird von Politik und Medien verbreitet und hat Eingang in das irische Alltagsverständnis gefunden. Zu den zentralen Aspekten des Antirassismus in Irland gehören daher die Bekämpfung dieser Propaganda und die Aufdeckung genuin irischer rassistischer Traditionen.[2] Außerdem sind irische Antirassist_Innen bestrebt, das traditionelle Verständnis von *Irishness*, das als rassistische Diskriminierungsbasis funktioniert, zu überwinden und ein neues und inklusives Verständnis von *Irishness* zu entwickeln.

Die (De-)Konstruktion von *Irishness* ist ein andauernder Prozess. Der ideologischen Verschränkung von Nationalismus und Rassismus gewahr, wird evident, dass die antirassistische Arbeit in einer derart von Nationalismus geprägten politischen Kultur vor besondere Herausforderungen gestellt ist. Der Wirtschaftsboom, der die Republik Irland zum neoliberalen Vorzeigeland der EU machte, führte zu Rissen in der nationalen Narrative von Kolonisation, rassistischer Unterdrückung und Massenemigration und setzte neue Bedingungen für antirassistische Politik und das Gestaltung emanzipativer Ideen. Die Entwicklung von und das Kämpfen für antirassistische und emanzipative Strategien wird in Irland wie in der Bundesrepublik von der Fähigkeit abhängen, sich von traditionellen Identitätskonzepten zu befreien und für Identitätskonzepte jenseits ethnischer Zugehörigkeit einzutreten.

✖

LITERATUR

- *Allen, Kieran: The Celtic Tiger. The Myth of Social Partnership in Ireland, Manchester, New York 2000.*
- *Allen, Theodore W.: Die Erfindung der weißen Rasse. Rassistische Unterdrückung und soziale Kontrolle, Band 1, Berlin 1998.*
- *Doyle, Roddy: The Commitments, London 1991.*
- *Foley, Neil: The White Scourge. Mexicans, Blacks, and Poor Whites in Texas Cotton Culture, Berkley/Los Angeles/London 1997.*
- *Garner, Steve: Racism in the Irish Experience, London 2004.*
- *Hall, Stuart: Rassismus als ideologischer Diskurs, in: Räthzel, Nora (Hrsg.): Theorien über Rassismus (Argument Sonderband 258), Hamburg 2000, S. 7-16.*
- *Ignatiev, Noel: How the Irish Became White, London/New York 1995.*

ZUR AUTORIN

✖ *Julia Verse (Dr. phil.) lebt in Berlin und ist Punk. Ihre Interessensschwerpunkte sind soziale Inklusions- und Exklusionsprozesse, Rassismus, Nationalismus und Pop. Letzte Veröffentlichungen sind »Undoing Irishness. Antirassistische Perspektiven in der Republik Irland« (Postcolonial Studies, Band 11), transcript, Bielefeld 2012.*

– Konstruktion und Bedeutung des irischen Nationalismus. Geistige Tradition rechen Denkens in der Republik Irland, in: Spöhr, Holger; Kolls, Sarah (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich, Peter Lang, Berlin/New York 2010, S. 131-146.

FUSSNOTEN:

1 *Dazu gehört, wie erläutert, die Situation in den USA im 19. Jahrhundert. Daniel O'Connell, einer der bedeutendsten irischen Politiker der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm die Erfahrung des eigenen Diskriminiertwerdens zum Anlass, sich im Kampf gegen die rassistische Ausbeutung der Sklaven in den USA einzusetzen: »[I]n meinem Herzen habe ich etwas Irisches, das mich mit all jenen sympathisieren läßt, die unter Unterdrückung leiden.« »Möge meine Rechte verdorren und meine Zunge an meinem Gaumen kleben, sollte ich, um Irland zu retten – selbst Irland –, auch nur eine Stunde lang den Neger vergessen.« Zitiert nach: Allen: Die Erfindung der weißen Rasse, S. 273. In den 1970er- und frühen 1980er-Jahren nimmt die IRA expliziten Bezug auf den Prozess der Dekolonialisierung in Afrika und den afrikanischen Befreiungsnationalismus der 1960er-Jahre.*

2 *Traditionelle Objekte des irischen Rassismus, der untrennbar mit der Geschichte des irisch-katholischen Nationalismus verknüpft ist, sind Juden, Protestanten und Traveller. Bei den Travellern handelt es sich um eine indigene nicht-sesshafte Bevölkerungsgruppe.*




ZA
ANTIRASSISTIS
WWW.ZAG



CHE ZEITSCHRIFT
G-BERLIN.DE

SCHWARZER WIDERSTAND IN DEUTSCHLAND

SHARON DODUA OTOO UND TAHIR DELLA

Widerstand ist ein wichtiger Bestandteil der Schwarzen[1] Bewegung und hat auch in Deutschland eine lange Tradition. Trotz der Tatsache, dass Menschen der Afrikanischen Diaspora - unter anderem Schwarze Deutsche - seit über 300 Jahren in dieser Region leben, versteht sich Deutschland noch immer als eine *weiße* Nation. Schwarzer Widerstand ist also in erster Linie ein Kampf um die Anerkennung. Politische Partizipation Schwarzer Bürger_innen und die Verbesserung der Lebenssituation Schwarzer Menschen in Deutschland ist das Ziel. Der Schwerpunkt dieses Artikels liegt auf dem Widerstand der letzten 30 Jahre.

AUSGANGSSITUATION

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges sowie der Niederlage des deutschen Kaiserreiches und der damit verbundenen Annektierung der deutschen Kolonien durch Frankreich und England haben sich die deutschen Nachfolgestaaten der Verantwortung der deutschen kolonialen Vergangenheit entzogen. Dies traf schon für die Weimarer Republik zu. Während der NS-Herrschaft wurde die koloniale Vergangenheit erneut glorifiziert - zum Beispiel durch Straßenumbenennungen und den Versuch, die ehemaligen Kolonien »zurück zu holen«. Nur dem Kriegsverlauf und der bedingungslosen Niederlage Deutschlands ist es zu verdanken, dass dies nicht zustande kam.
Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges trugen sowohl die DDR als auch die BRD den Erfahrungen der zurückliegenden Geschichte insofern Rechnung, als dass sie allen Versuchen Deutschland erneut als Weltmacht zu etablieren eine Absage erteilten, um unter Einhaltung der allgemeinen Menschenrechte in die Weltgemeinschaft zurückzukehren. Trotz dieses Ansinnens hat keiner der beiden deutschen Staaten sich diesem Teil ihrer Vergangenheit gestellt, sich offiziell entschuldigt oder Entschädigungen an die Staaten, die aus den ehemaligen Kolonien hervorgegangen sind, geleistet. Dies wurde deutlich als im Januar 2004, dem 100. Jahrestag des Massenmordes an den Nama, Herero und Damara im heutigen Namibia, der damalige Außenminister der BRD, Joschka Fischer, zwar sein Bedauern über den Kolonialkrieg äußerte, jedoch eine offizielle Entschuldigung ablehnte. Die Weigerung Deutschlands Verantwortung zu übernehmen, zeigte sich einmal mehr im September 2011 im Zusammenhang mit den in der Berliner Charité lagernden Gebeinen vieler der Opfer. So wurden diese zwar in einer Zeremonie an eine Delegation aus Namibia zurückgegeben, jedoch blieb von Seiten der Bundesregierung erneut ein offizielles Schuldeingeständnis aus.
Die Gründe warum ein Schuldeingeständnis bis heute nicht eingetreten ist, sind unter anderem darin zu suchen, dass nach 1945 etliche Beamt_innen des Außenministeriums des NS-Regimes in der damals jungen Bundesrepublik wieder eingestellt wurden und sich so rassistische Denkweisen und Vorstellungen halten konnten und bis heute im allgemeinen Diskurs ihren Platz einnehmen. Aus dieser Entwicklung und dem daraus abgeleiteten Verhalten lassen sich deutliche Parallelen zwischen der Haltung Deutschlands zu seiner Kolonialgeschichte und dem Umgang mit heutigem Rassismus ziehen. Beiden Phänomenen wird mit Verschleppung, Relativierung und Leugnung offenkundiger Tatsachen begegnet.

ENTSTEHUNG DER JÜNGEREN SCHWARZEN BEWEGUNG IN DEUTSCHLAND

Wenn heute von der jüngeren Schwarzen Bewegung gesprochen wird, so deswegen, weil es schon lange vor den heute existierenden Initiativen gesellschaftsrelevante Aktivitäten Schwarzer Menschen in Deutschland gab. So schlossen sich beispielsweise bereits in den 1920er Jahren Schwarze Arbeiter_innen, Gewerkschafter_innen und Künstler_innen zusammen, um für ihre Rechte und Lebensentwürfe einzutreten[2]. Etwa 60 Jahre später führte der Lehrauftrag von Audre Lorde an der Freien Universität Berlin (damals in West-Deutschland) zur Wiederbelebung dieser Tradition. Die afrikanisch-amerikanische Schriftstellerin und Frauenaktivistin lernte 1984 in ihren Vorlesungen Schwarze deutsche Frauen kennen und ermutigte sie, ihre persönlichen Geschichten und damit die der Schwarzen Diaspora in Deutschland aufzuschreiben. Damit sollten sie der einseitig *weißen* Geschichtsschreibung ein eigenständiges Bild entgegensetzen. Im Zuge dieser Arbeit entstand das Buch »Farbe bekennen«[3], das zu den ersten

Zeugnissen Schwarzer Selbstdarstellung in Deutschland zählt. Zudem gründeten sich die Vereine »Afro-Deutsche Frauen«, heute »Schwarze deutsche Frauen und Schwarze Frauen in Deutschland« (ADEFRA) und die »Initiative Schwarze Deutsche«, heute »Initiative Schwarze Menschen in Deutschland« (ISD). Die Mitglieder etablierten dabei lokale Initiativen in Städten wie München, Stuttgart, Freiburg, Hamburg, Hannover, Berlin, in großen Teilen Nordrhein-Westfalens und in der Rhein-Main-Region. Nach dem Mauerfall kamen weitere Communities hinzu, die sich in Ost-Deutschland vernetzten.

Es entwickelte sich eine Bewegung von Schwarzen Deutschen und Menschen afrikanischer Herkunft, die aus jahrzehntelanger, erlebter Isolation ausbrachen, um sich Freiräume für Schwarze Menschen zu schaffen und dabei nach selbstbestimmten Definitionen ihres Daseins und eigenen, ihnen angemessenen Lebensentwürfen zu suchen. Ein Beispiel dafür sind die Begriffe »Schwarze Deutsche« und »Afro-Deutsche«. Sie sind Eigenbezeichnungen, die in den Anfängen der sich formierenden Schwarzen Bewegung geprägt wurden und sich durchsetzten. Sie lösten sämtliche bis dato gängigen und diskriminierenden Bezeichnungen der Mehrheitsgesellschaft für Schwarze Menschen ab.

Schwarze Perspektiven in den dominanten Diskurs einzubringen, war und ist ein zentrales Anliegen der ISD und ADEFRA sowie aller anderen Schwarzen Gruppen und Initiativen, die in den letzten 30 Jahren entstanden sind. Besonders hervorzuheben sind jene Gruppen, die von Flüchtlingen organisiert werden, wie die African Refugee Association (ARA), The Voice, Refugees Emancipation und Women in Exile. Sie setzen sich für die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber Flüchtlingen ein und mobilisieren in regelmäßigen Abständen Kampagnen gegen Abschiebungen, Übergriffe durch Staatsorgane, die extreme Rechte und die Residenzpflicht.

Besonders Letzteres ist ein gravierendes Beispiel für die rassistische Behandlung von Schwarzen Flüchtlingen und Flüchtlingen of Color. Die im Asylverfahrensgesetz geregelte Residenzpflicht besagt, dass sich Flüchtlinge nur in dem ihnen zugewiesenen Bezirk aufhalten beziehungsweise bewegen dürfen. Sie sind aufgrund ihres Schwarzseins gezielteren Kontrollen als *weiße* Menschen ausgesetzt. Denn durch das sogenannte »Racial Profiling« ist es wahrscheinlicher, dass sie kontrolliert werden – unabhängig vom jeweiligen Migrationshintergrund oder Aufenthaltsstatus. Dieses Verfahren stellt damit eine Menschenrechtsverletzung aller in Deutschland lebender Schwarzer Menschen dar.

AUSBLICK

Bei Fragen die für die Schwarze Community von Relevanz sind, ist die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland inzwischen eine bundesweite Ansprechpartnerin, für Medien, Parteien und gesellschaftlichen Gruppen. Im Folgenden werden einige Beiträge ihres Widerstands gegen institutionellen und strukturellen Rassismus aus verschiedenen Bereichen dargestellt.

Im Bereich Polizeigewalt und Justizsystem wird die institutionelle Diskriminierung besonders deutlich: Die Urteile und die daraus resultierenden Kampagnen im Fall von N'deye Mareame Sarr[4], Achidi John[5], Oury Jalloh[6] oder Christy Schwundeck[7] sind Beispiele dafür, wie notwendig es ist, dass die ISD auch weiterhin an diversen Kampagnen der Schwarzen Community mitwirkt[8]. In all diesen Fällen sind Schwarze Menschen durch staatliche Organe zu Tode gekommen beziehungsweise in Polizeigewahrsam gestorben. Zwar hat die Schwarze Community erreicht, dass die Öffentlichkeit auf diese Fälle aufmerksam gemacht wurde und der Fall Oury Jallohs zweimal vor Gericht kam, trotzdem konnte bisher nicht genug Druck ausgeübt werden, um die Täter_innen zur Verantwortung zu ziehen.

Hier sei auch noch auf die Kampagne gegen »Racial Profiling« hinzu weisen, die von der ISD mit der Unterstützung eines breiten Bündnisses seit dem Beginn des Jahres 2012 organisiert wurde. Anlass war eine Entscheidung des Koblenzer Verwaltungsgerichtes. In dem Fall ging es um eine »verdachtsunabhängige Kontrolle« der Bundespolizei auf einer Zugstrecke der Deutschen Bahn im Dezember 2010. Der betroffene Bahnreisende, ein Schwarzer Deutscher, reichte eine Zivilklage gegen zwei Bundespolizisten ein, da er sich durch die allein gegen ihn gerichtete Kontrolle, Durchsuchung und Abführung rassistisch behandelt fühlte. Das Verwaltungsgericht wies die Klage

mit der Begründung zurück, dass bei Kontrollen, die der Verhinderung der »illegalen Einreise« von Personen nach Deutschland dienen, das »äußere Erscheinungsbild« als Auswahlkriterium hinzugezogen werden könne. Die Erfahrung gezielt kontrolliert zu werden, wird nicht zuletzt von den Betroffenen zu Recht als abwertend, demütigend und eben als das empfunden, was es zweifelsfrei ist: Institutioneller Rassismus. Eine Ungleichbehandlung durch staatliche Institutionen erschüttert das Vertrauen in den Rechtsstaat. Tiefes und nachhaltiges Misstrauen gegenüber seinen Sicherheitsbehörden ist auf Seiten der Diskriminierten die Folge.

Ein weiterer Bereich ist die institutionelle Diskriminierung im Kulturbetrieb, wie sie immer wieder in der Debatte über das an deutschen Theatern praktizierte »Blackfacing« deutlich wird. Dabei handelt es sich um ein rassistisches »Stilmittel«, das zuerst auf den Bühnen der USA der 1920er Jahre eingesetzt wurde, um Schwarze Menschen lächerlich zu machen und ihnen den Zugang zu den Bühnen zu verwehren. In der britischen und französischen Kultur gilt »Blackfacing« als Ausdruck des Rassismus in der Kolonialzeit. Aber auch in Deutschland folgt »Blackfacing« einer rassistischen Tradition. Als Beispiel gelten Stilmittel der frühneuzeitlichen Karnevalstradition oder die Darstellung Schwarzer Menschen in Defa-Filmen. Übertragen auf die aktuelle Situation in Deutschland – wo laut der Erfahrungen Schwarzer Schauspieler_innen angeblich zu wenig Rollen zur Verfügung stehen, um sie in einem Ensemble zu beschäftigen – ist »Blackfacing« ein Ausdruck dieser Ausgrenzung. Im November 2011 wurde dem Deutschen Theater in Berlin die Aufführungsrechte für ein Stück wieder entzogen, unter anderem weil der Autor des Stückes »Blackface« ablehnte und nicht wollte, dass sein Stück damit in Verbindung gebracht wird. Schwarze Aktivist_innen, Autor_innen, Produzent_innen, Künstler_innen und Schauspieler_innen wollen sich mit dieser Situation nicht zufrieden geben. Daher haben sich zahlreiche Gruppen und Initiativen formiert, um eigenen Produktionen auf die Beine zu stellen[9] und weiterhin Kritik an der deutschen Kultur- und Medienlandschaft zu üben[10].

Ein weiterer Schwerpunkt der ISD lässt sich als Selbstorganisation und Politik zusammenfassen. Im Jahr 2002 wurde unter dem Motto »Selbstorganisation Schwarzer Menschen in Deutschland« eine »Community-Tagung« von zahlreichen Gruppen und der ISD in Löhre-Gohfeld organisiert. Ziel war es, über eine tragfähige, gemeinsame Basis zu sprechen und einen Handlungsplan zu entwerfen, um die Schwarze Community stärker zu vernetzen. Die Mitarbeit an der Erarbeitung und Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (2006), die Gründung des Afrika-Rates (2005), sowie die Gründung ähnlicher Verbände sind weitere Beispiele für die politische Partizipation Schwarzer Aktivist_innen. Als weiterer Erfolg gilt die Mitarbeit im Kampf um die Umbenennung des ehemaligen »Gröbenufers« in May-Ayim-Ufer in Berlin.

Parallel zu den regionalen und nationalen Bemühungen bei der Vernetzung Schwarzer Menschen, entwickelt sich inzwischen die Zusammenarbeit mit internationalen staatlichen Zusammenschlüssen. So hat beispielsweise die Afrikanische Union (AU) 2003 zusätzlich zu den bereits existierenden fünf Regionen auf dem afrikanischen Kontinent die »sechste« Region begründet, die der afrikanischen Diaspora die Möglichkeit gibt, für ihre Ziele und Projekte die Unterstützung der afrikanischen Staaten zu nutzen. 2011 wurde in der Folge eines Kongresses der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien ein Forderungskatalog zur Unterstützung der Schwarzen Community in Deutschland zusammengestellt.

Das Oberste Ziel der ISD und verbündeter Vereine und Initiativen lautet: Nur wenn eine starke Partizipation der Schwarzen Gemeinschaft an den politischen Entscheidungsprozessen in Deutschland erreicht wird, besteht die Chance auf eine nicht-rassistische Gesellschaft, die auf einem gleichberechtigten Miteinander beruht. Bis dahin wird die ISD weiterhin für Fortschritte in dieser Richtung in Deutschland kämpfen. ✖

ZU DEN AUTOREN

✖ *Sharon Dodua Otoo und Tahir Della sind Vorstandsmitglieder der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD-Bund) e.V.*

FUSSNOTEN:

1 *»Schwarz« und weiß sind gesellschaftlich wirkungsvolle Kategorien. Wir verwenden »Schwarz« (groß geschrieben) nicht um eine äußerliche Zuschreibung zu markieren, sondern als politische Selbstbezeichnung. Die Bezeichnung weiß wird klein geschrieben und in kursiv gesetzt, da es sich hier ebenfalls um ein Konstrukt handelt, das aber kein Widerstandspotential beinhaltet (siehe Eggers, Maureen Maisha / Kilomba, Grada / Piesche, Peggy / Arndt, Susan (Hg) 2005: Mythen, Masken und Subjekte. Münster: Unrast Verlag, S. 13).*

2 *In den 1920er Jahren gab es nichtöffentliche Treffpunkte, die Schwarzen Menschen als wichtige Orte der Kommunikation und gegenseitigen Arbeitsvermittlung dienten. 1929 gründeten afrikanische Kolonialmigrant_innen die deutsche Sektion der »Liga zur Verteidigung der Negerrasse«. Die Zeitschrift »The Negro« wurde 1930 gegründet und erschien bis 1934 (siehe ISD 2006: Homestory Deutschland. Schwarze Biografien in Geschichte und Gegenwart, Katalog zur Ausstellung. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung).*

3 *Oguntoye, Katharina / Opitz, May (May Ayim) / Schultz, Dagmar (Hg) 1986: Farbe Bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. Berlin: Orlanda.*

4 *N'deye Mareame Sarr wurde im Juli 2001 in Aschaffenburg im Haus ihres Ex-Mannes von einem Polizisten erschossen.*

5 *Der 19jährige Achidi John starb im Dezember 2001 in Hamburg nach einem Brechmitteleinsatz.*

6 *Im Dezember 2005 kam Oury Jalloh durch einen Brand in einer Zelle des Polizeireviers in Dessau ums Leben. Die Umstände und deren Klärung sind bis heute umstritten.*

7 *Christy Schwundeck wurde im Mai 2011 in einem Frankfurter Büro der Arbeitsagentur von einer Polizistin erschossen.*

8 *Dank an die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V., Senegalesische Vereinigung im Lande Hessen e.V., Initiative Christy Schwundeck, The VOICE Refugee Forum.*

9 *Zum Beispiel: YoungStar Theater, Theatergruppe & Agentur Label Noir, die Szenische Lesung Homestory Deutschland, AFROTAK / CyberNomads.*

10 *Der Braune Mob – Media Watch e.V.*

20 JAHRE SPÄTER UND DOCH ALLES BEIM ALTEN?

□ GÖZDE PE⌧MEN, GLADT E.V.

Rückblick auf 20 Jahre »Neue antirassistische Bewegung«. Das Wort Rückblick impliziert eine – wie auch immer geartete – Entwicklung, einen Prozess. Ernüchternd lässt sich jedoch feststellen, dass sich innerhalb der sich als politisch links verortenden weiß dominierten Szene in den letzten Jahren erstaunlich wenig verändert hat. Publikationen wie beispielsweise *Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung* (1992) zeigen, dass Konzepte wie Critical Whiteness, weiß-Sein und Intersektionalität keine Begriffe sind, die erst seit dem letzten No Border Camp im Juli 2012 in Köln[1] existieren. Schwarze Deutsche, Migrant_innen, kurdische und jüdische Frauen haben die Einbeziehung dieser Konzepte eingefordert. Die Diskurse um Intersektionalität und Kritik an unreflektiertem weiß-Sein sind nicht neu, sie werden seit mehr als zwanzig Jahren bereits diskutiert – und doch sind die Probleme die gleichen: weiß-Sein gehört zur Normalität, Mehrfachdiskriminierung muss häufig erst einmal erklärt werden – und zwar meistens von denjenigen, die diese erfahren. Dass Schwarze und People of Color[2] nicht immer die Energie und Geduld aufbringen, sich und ihre Positionierungen, die sich in vielen Kategorien verschränken, zu erklären, sollte eigentlich nachvollziehbar sein. Die Literatur und das Wissen sind vorhanden, es muss nur eine ehrliche, kritische und vor allem gewollte Auseinandersetzung mit der Thematik stattfinden. Es geht nicht darum, alles über sämtliche Unterdrückungsmechanismen zu wissen, es geht darum, in erster Linie damit anzufangen, die eigenen Privilegien zu reflektieren und einen verantwortungsvollen Umgang mit ihnen zu finden.

Dadurch, dass dies bei weiß positionierten bisher nicht zufriedenstellend passiert, ist es nicht verwunderlich, dass sich einige PoC in linken Strukturen unterrepräsentiert fühlen – ich sage bewusst einige, denn auch PoC sind keine homogene Gruppe. Auf »antirassistischen« Demonstrationen sind es in erster Linie weiße Männer, die traditionelle Männlichkeit performen. Sie zeigen damit, dass Rassismus nicht das einzige Problem in der linken Szene ist, sondern auch (Hetero-)Sexismus. Das Privileg, sich als Cis-Mann zu verorten, wird von den wenigsten reflektiert. Neben dieser Art der Reproduktion findet auf vielen dieser Demonstrationen auch eine ziemlich problematische Form der Solidarisierung statt. Weiße Demonstrant_innen schwenken wahlweise Kurdistan oder Palästina-Flaggen, im besten Fall tragen sie eine Keffiyeh[3] dabei. Damit werden sich Kämpfe angeeignet, die nicht die der weißen Dominanzgesellschaft sind. Weiße Demonstrant_innnen können nach der Veranstaltung – auch wenn sie für 24 Stunden in Polizeigewahrsam kommen – die Keffiyeh ablegen. Am nächsten Tag geht der Alltag weiter, es wird fleißig weiterstudiert, wahlweise auch promoviert. Für PoC hört der antirassistische Kampf jedoch nicht am Abend der Veranstaltung auf. Rassismus ist für PoC Alltag und kein Profilierungshobby – neben den anderen Diskriminierungsformen, die ihnen gekoppelt und je nach Positionierung (schwul/lesbisch/trans*/queer/mit Behinderung etc.) widerfahren.

Von der Kategorie »Religion« – unabhängig, ob als solche konstruiert oder nicht – ganz zu schweigen. Antimuslimischer Rassismus ist insbesondere seit dem 11. September 2001 salonfähig geworden, Kritik aus der antirassistischen Szene ist selten, teilweise werden dort ebenfalls antimuslimische Ressentiments reproduziert. Zum Ende des Ramadan im August diesen Jahres hat die rechtsextreme Bürgerbewegung Pro Deutschland Kundgebungen vor Moscheen in Bezirken abgehalten, in denen vornehmlich PoC wohnen. Das sind untragbare Zustände, die historischen Parallelen werden nicht gesehen, der Aufschrei bleibt aus.

Seid ihr eigentlich so bekloppt, so verkopft,
dass ihr den Zusammenhang nicht seht, nicht versteht,
den Zusammenhang beim Austausch von Moslem und Jude
von Kultur und »Rasse«[4], ein Hass der getragen wird von breiter Masse?

✖

WEITERE INFOMATIONEN:

✖ *GLADT e.V. ist eine Migrant_innenselbstorganisation von LSBT*IAQ. Die Angebote richten sich vor allem an LSBT*IAQ of Color, Schwarze LSBT*IAQ und LSBT*IAQ mit Migrationsgeschichte. Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit wie liegt auf den Themen Mehrfachdiskriminierung und Intersektionalität.*

FUSSNOTEN:

1 *Hier einer der vielen Berichte zum Camp http://de.indymedia.org/2012/08/334168.shtml*

2 *An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass es auch andere Selbstbezeichnungen für Menschen mit Rassismuserfahrungen gibt, die natürlich genauso zulässig sind.*

3 *Ein traditionelles Tuch aus Baumwolle, mit schwarz-weißem bzw. rot-weißem Muster, welches im arabisch sprachigem Raum weit verbreitet ist und in Deutschland insbesondere im Kontext der Widerstandskämpfe von Kurd_innen und Palästinenser_innen bekannt und zum Teil auch angeeignet wurde.*

4 *Der Begriff »Rasse« ist insbesondere im deutschen Kontext ein sehr problematischer, da es keine biologischen oder genetischen Unterschiede zwischen Menschen gibt. Innerhalb rassismuskritischer Diskurse wird häufig auch der englische Begriff race verwendet, um dieses Wort zu umgehen, allerdings sind die Assoziationen mit diesem Terminus im anglophonen Raum nicht positiver als im deutsch-sprachigen (Wollrad 2005:16f). Um den Konstruktcharakter von »Rasse« auszudrücken und hervorzuheben, verwende ich den Begriff in Anführungszeichen*

ANTIFA-GENÇLIK

SELBSTORGANISATION ZWISCHEN DEN FALLSTRICKEN ANTIRASSISTISCHER PRAXIS

CAGRI KAHVECI

Das Anliegen des vorliegenden Textes ist eine kritische Reflexion über die Antifa-Gençlik jenseits der Romantisierung oder Diffamierung ihrer politischen Praxis, ihrer politischen Mittel oder Organisationsstruktur. Es geht uns darum, in der Auseinanderzugsetzung mit dieser besonderen, interessanten historischen Erfahrung über die Fallstricke antirassistischer Politik in Deutschland nachzudenken. Eine Besonderheit war dabei die politische Interaktion von Antifa-Gençlik mit städtischen Jugendbanden.

Antifa-Gençlik (Antifaschistische Jugend) wurde im Jahr 1988 von hauptsächlich türkeistämmigen Migrant_innen in Westberlin gegründet. Bald erstreckte sich ihre Organisation auf mehrere westdeutsche Großstädte. Ihr Präzedenzfall, die erste von Migrant_innen gegründete Antifa-Gruppe zu sein, verlieh ihr eine besondere öffentliche Aufmerksamkeit nicht nur in der Phase ihrer Existenz, sondern auch in den folgenden Jahren nach ihrer tragischen Auflösung 1994.[1] Obwohl sie in den Antifa-Antira-Szenen ausschließlich als eine Gruppe der zweiten Generation wahrgenommen wurde, entstand sie inner halb der türkischen linken Milieus in Berlin, in dem auch transnationale Migrant_innen und Flüchtlinge von vornherein aktiv engagiert waren. Sie mussten jedoch eine erhebliche Übersetzungsarbeit leisten, um von ihrem politischen Kapital, das sie im Kampf gegen kapitalistische Herrschaftsverhältnisse mit faschistoiden Komponenten in der Türkei gewonnen hatten, Gebrauch machen zu können. Ihre Umorientierung weg von einem orthodoxen Marxismus nach dem Ende der Blockkonfrontation stieß in Berlin auf fruchtbaren Boden. Vor allem die Jugendlichen, die der althergebrachten eher autoritären Vereinsstrukturen ihrer Eltern müde waren, suchten nach einer neuen politischen Strategie. Diese Vereine gingen nicht über eine Diaspora-Politik hinaus und stellten dementsprechend keinen Raum bereit, in dem die Jugendlichen sich selbst politisch frei entfalten könnten.

THEORIE UND PRAXIS

Während die Abgrenzung von den existierenden türkischen Vereinen eine politische Wende darstellte, bildete ihre Gesellschaftsanalyse die Grundlage für ihre autonome Organisierung. Gençlik-Aktivist_innen zufolge müssten sich Menschen mehr in mikropolitischen Zusammenhängen organisieren. Das bedeutet nicht Separatismus, sondern hängt mit der gesellschaftlichen Realitäten zusammen. Die Idee ist, dass die Gesellschaft aus unterschiedlichen Segmenten besteht, wie eine Zwiebel ohne Kern. Auch Migrant_innen bilden ein kollektives Element darunter. Genauso wie die anderen Elemente teilen die Migrant_innen sich untereinander in differente Schichten auf. Da die Angehörigen dieser Gruppen sich am Besten mit den ökonomischen, sozialen und kulturellen Problemen auskennen, denen sie ausgesetzt sind, sollte jeder Teilbereich seine eigene Organisation aufbauen. Dies sollte zugleich eine zentralistische und sektiererische Struktur verhindern. Kurz: Jugendliche sind Experten ihrer eigenen Probleme und Lösungen. Anhand der in Kreuzberg lebenden migrantischen Heranwachsenden konkretisierten die Gençlik-Aktivist_innen ihre Gedanken. Die Gewerkschafter oder Autonomen verstanden nicht, was die Interessen und Ressourcen der Jugendlichen waren, was sie fühlten und begehrten. Sie können darüber höchstens eine abstrakte Auffassung haben. Daher betrachten sie, wie gewöhnlich, die Probleme der Jugendlichen als einen nebensächlichen Teil, als eine bloße Erweiterung ihrer eigenen Belange und bieten entsprechend keine angemessenen Lösungen an. Dafür müssen Jugendliche die Sache selber in die Hand nehmen – genauso wie Frauen oder Arbeitnehmer_innen.

Zugleich sind die verschiedenen Politiken nicht voneinander isoliert. Es gibt immer Überschneidungen und Überkreuzungen und kein Akteur besitzt nur eine einzige, unveränderliche Identität. Daher war es selbstverständlich, dass zwischen diesen Mikropolitiken Verbindungen hergestellt werden müssen. Die unterschiedlichen molekularen Kräfte, wie Jugendliche, Autonome, Migrant_innen, oder Feminist_innen, müssen punktuell zusammenkommen und eine demokratische Assemblage bilden, um gemeinsame Probleme anzugehen. Die Frage für die Gençlik-Aktivist_innen war nicht, ob das möglich ist, sondern wie dies geschehen soll. Kommen sie als Kräfte zusammen, die sich als gleichberechtigte Partner ansehen oder bestimmt eine zentrale Instanz ihr Verhältnis zueinander.

In ihrer Politik grenzte sich Antifa-Gençlik von deutschen, linken Gruppen, Parteien, Gewerkschaften ab, obwohl sie mit ihnen punktuell zusammenarbeitete. Ercan, einer der Gründer der Antifa-Gençlik, zufolge trat gerade bei der Zusammenarbeit zwischen den deutschen Linken und Antifa-Gençlik eine neo-kolonialistische Aufgabenverteilung ein. Während die Deutschen Entscheidungen bei der Planung und Diskussionen übernahmen, wurde den Antifa-Aktivist_innen nur deren Durchführung zugewiesen (vgl. Ercan 2011). Die berüchtigte rassistische Losung, »unser Intellekt, eure Muskeln«, die während eines Treffens von einem deutschen Aktivisten ausgesprochen wurde, sollte die deutschen und migrantischen Interaktionen beschreiben und brachte damit die Nicht-Anerkennung der migrantischen Gruppen als gleichberechtigte Partner auf den Punkt. Diese paternalistische Haltung vergiftete das Vertrauen der migrantischen Aktivist_innen in die deutsche Linke, deren Hauptmotiv bloßes Mitleid gegenüber den »Opfern« war. Der Rassismus innerhalb der deutschen Linken bestand aus der Perspektive der Antifa-Aktivisten darin, dass sie sich des rassistischen Stereotyps des »dummen, inferioren Unterentwickelten« bedienten. Deutsche Linke bewunderten sich selbst im Spiegel dieser unintelligenten Körper und profilierten sich als Avantgarde der sozialen Transformation.

Zurückblickend äußern einige Genclik-Aktivist_innen jedoch Zweifel an ihrer »Selbstorganisierung«.[2] Die Errungenschaften der Selbstorganisierung gerieten in den Schatten des Separatismus. Anstatt zur Allianzbildung unterschiedlicher politischer Kräfte und ihrer Bewegungen zu gemeinsamen Kämpfen auf Makroebene, führte die autonome Organisierung zu Isolation und Misserfolgen. Migrantische Gruppen und Deutsche haben sich stattdessen voneinander entfernt.

DAS VERHÄLTNIS ZU DEN JUGENDBANDEN

Ein charakteristisches Merkmal von Antifa-Gençlik war ihr außergewöhnliches Verhalten gegenüber den in Westdeutschland aufkeimenden Jugendbanden. In den 1980er Jahren hatten sich bundesweit – vor allem in den Arbeitervierteln der Großstädte – Jugendbanden gegründet, die von migrantischen Jugendlichen dominiert waren. Ende der 80er Jahre wurden die Banden von einer Randerscheinung zu einem wahrnehmbaren und verbreiteten Phänomen, was auch die Politik von Antifa-Gençlik beeinflusste. Farin und Seidel bringen die Ursachen für die Verbreitung der Streetgangs in Deutschland mit dem Versagen der Einwanderungspolitik in Verbindung (vgl. Farin/Seidel1992).

Trotz der medialen Darstellung als gewalttätige Jungendkriminalität von Ausländer_innen waren die multikulturellen Streetgangs vielmehr ein Ausdruck kollektiver Bewältigungsstrategie marginalisierter Jugendlicher (vgl. Youkhana 1996) im Hinblick auf die anwachsende Diskriminierung und Benachteiligung. Die Folgeerscheinung von sozialer und politischer Ungleichheit war die steigende Armut, Arbeitslosigkeit, Deprivation, soziale Unsicherheit und Angst der migrantischen Jugendlichen. Ihre soziale Not wurde durch den Faktor »ethnischer« Zugehörigkeit überdeterminiert, was ihr Gefühl Ungerechtigkeiten zu erfahren verstärkte. Ihre sensationstaugliche Erscheinung in Medien, ihr gemeinsames Patrouillieren in den von ihnen bewohnten Stadtteilen oder manchmal in öffentlichen Verkehrsmitteln, das war eine neue Politik von Raum und Öffentlichkeit. Die migrantischen Jugendlichen bildeten eine Gegenöffentlichkeit mit ausgeprägten Ansprüchen auf Staatsbürgerschaft, die weder auf eine ethnische oder religiöse Basis, noch auf eine vorübergehende jugendliche Männlichkeit reduziert werden kann (vgl. Ash 2002) - wobei die Ästhetik der Gewalt und der Männlichkeit zweifellos eine Komponente der Jugendbanden waren. Mit ihrer Verteidigungsrhetorik behaupteten sie nachdrücklich bestimmte öffentliche Räume, wie Parks, Straßen und Nachbarschaften. Dadurch wurde zum einen die Grenze zwischen öffentlichen und privaten bzw. geschlossenen Räumen verwischt. Zum anderen wurde die rassistische Segregation des physischen Raums hinterfragt. Durch ihre Präsenz in der deutschen Öffentlichkeit mit ihren eigenen Symbolen, Sprachen, Gesten etc. forderten sie diejenigen heraus, die sie in den Minderheiten-Räumen einschließen wollten. Ihre Handlungen verunsicherten die Mehrheitsgesellschaft, weil sie nicht dem reglementierten Verhaltenskodex für Minderheiten entsprachen. Sie waren keine Repräsentanten folkloristischer, kultureller Praktiken einer ethnischen Gruppe, Türken oder Kurden, sondern mit ihren kulturellen Hybriden unterschieden sie sich deutlich von ihrer Elterngeneration.

Antifa-Gençlik nahm dieses soziale Phänomen zum Anlass, um die von ihnen als nicht politisch definierten Jugendlichen zu politisieren. Die Jugendbanden waren ihr zufolge ein Produkt dieser Gesellschaft, sie seien entstanden aus sozialen Widersprüchen dieses Systems, auch wenn sie nicht systemkritisch (genug) waren. Den Jugendbanden wurde nicht die Rolle eines neuen revolutionären Subjekts zugewiesen. Sie wurden lediglich aufgrund ihrer destruktiven Kraft und ihres Ungehorsames gegenüber den herrschenden politischen Werten als potentielle Verbündete im Kampf gegen soziale Probleme und Diskriminierung angesehen.

Gençlik-Aktivist_innen waren davon überzeugt, dass sie im Gegensatz zu vielen linken Gruppen unter Jugendbanden einen überzeugenden Ruf aufbauen und politisches Bewusstsein initiieren konnten, weil sie die Jugendbanden ernst nahmen. Sie diffamierten sie nicht als gewalttätige Kriminelle, Opfer der sozialen Desintegration oder Anhänger des ethnischen Nationalismus, wie dies konservative Politiker und Mainstream-Medien - auch manche Linke - taten, oder wie sozialdemokratische Politiker als ein natürliches Produkt subkultureller Erscheinung in einer hoch-differenzierten Industriegesellschaft, (vgl. Farin/Seidel 1992). Stattdessen wurden die Jugendlichen als widerspenstige Subjekte mit eigenständigen Bedürfnissen, Strategien und Ressourcen wahrgenommen. Die ausbalancierte Politik hinderte Antifa-Gençlik-Aktivisten jedoch nicht daran, eine instrumentale Logik und eine sich selbst zugewiesene Avantgarde-Position einzunehmen.

Trotz aller Differenzen zwischen der Antifa-Gençlik und den Streetgangs konnten die Aktivist_innen und Streetfigther gemeinsame - jedoch auf Demos und Straßenkämpfe gegen Rechtsradikale begrenzte - politische Aktivitäten organisieren, denen sich auch andere linke Gruppen anzuschließen versuchten. Das Ziel war eine möglichst breite demokratische Front zu bilden, um sich gemeinsam für eine Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse einzusetzen. Eben dies war ein Dorn im Auge des Staates. Der Staat versuchte mit seinen ideologischen und repressiven Apparaten, dieser gegenhegemonialen Front zu begegnen. Zunächst schaffte der medial wirksame Sensationsjournalismus die diskursive Grundlage des staatlichen Eingriffs: Die ausländischen Jugendlichen wurden als Sicherheitsrisiko dargestellt. Die politische Elite erzeugte damit eine moral panic, um das »Stereotyp des kriminellen Ausländers« (vgl. Geißler 2008: 3) zu verstärken.

Die Strategie der polizeilichen und sozialarbeiterischen Kontrolle sollte man letztendlich als eine Antwort auf die Wut der Jugendlichen interpretieren, die keine gewöhnlichen bürgerlichen Repräsentationsmuster oder legitimen Vertretungsorgane (Parteien, Kommunen) bedienten. Gleichwohl hatte die Gewalttätigkeit der Jugendbanden eine politische Bedeutung, weil sie eine grundlegende Ungerechtigkeit ans Tageslicht brachte und öffentliche Aufmerksamkeit weckte (vgl. Castel 2009).

Die Antifa-Gençlik ist eine wichtige Episode der antifaschistischen Linken und eine wichtige Erfahrung für viele Migrant_innen. Ihre Erfolge und ungewöhnlichen Strategien sind Vorbild für einen sich reorganiserenden Antifaschismus und Antirassismus in den 90er gewesen. Dennoch hat die Geschichte der Antifa-Gençlik klar gemacht, wo die Grenzen und Möglichkeiten einer gleichberechtigten Zusammenarbeit liegen. Zum einen zwang das Beispiel um die Antifa-Gençlik die deutsche Linke, über ihre rassistische politische Haltung zu reflektieren und sich dem »Anderen« zu öffnen, was Tsianos »Migrantisierung der deutschen Linken« nennt. Zum anderen fühlten sich migrantische Aktivist_innen gezwungen, über die Bedeutung der Migration als konstitutive Kraft der Gesellschaft und der sozialen Transformation ernster nachzudenken und entsprechend neue Diskurse, Sprache, Strategien, Netzwerke, Methoden etc. zu entwickeln. ✖

LITERATUR:

- ✖ *Ash, Amin (2002): Ethnicity and the multicultural city: living with diversity, in: Environment and Planning A, 34(6), 959-980.*
- ✖ *ak wantoc (Hg) (2010): Perspektiven autonomer Politik, Münster, Unrast.*
- ✖ *Farin, Klaus; Seidel, Eberhard (1991): Krieg in den Städten. Jugendgangs in Deutschland, Rotbuch Verlag, Berlin.*
- ✖ *Geißler, Rainer (2008): Der »kriminelleAuslaänder« - Vorurteil oder Realität? Zum Stereotyp des »kriminellen Ausländers«, in: IDA - NRW (Hg.): Überblick 1/2008, 14. Jg., S. 3.*

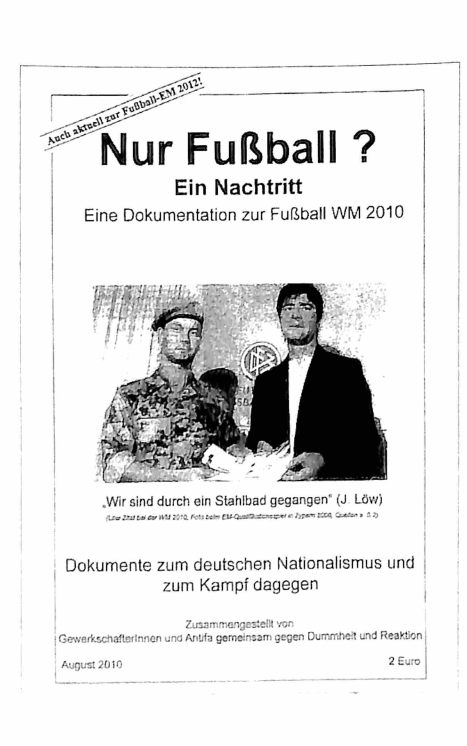
FUSSNOTEN:

1 *1992 starb der Parteifunktionär der rechtsradikalen Deutschen Liga für Volk und Heimat (Deutsche Liga), Gerhard Kaindl bei einem Zwischenfall mit Antifaschist_innen in einem Restaurant. Fünf Antifa-Gençlik-Aktivist_innen wurden zu unterschiedlichen Strafen verurteilt. Der Gerichtsprozess erweckte über Deutschland hinaus viel Aufmerksamkeit*

2 *Die Äußerungen basieren auf Interviews mit Antifa-Aktivist_innen*

! Flugblätter und Broschüren der Gewantifa können bestellt werden bei:
GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Infoladen Bremen, St. Pauli-Str. 10-12, 28203 Bremen,
oder email: gewantifa@yahoo.de

Die Publikationen der Gewantifa findet ihr unter:
gewantifa.blogsport.eu **oder**
www.labournet.de/diskussion/rechten/gewantifa.html


Auch aktuell zur Fußball-EM 2012!

Nur Fußball ?
Ein Nachtritt
Eine Dokumentation zur Fußball WM 2010

„Wir sind durch ein Stahlbad gegangen" (J. Löw)

Dokumente zum deutschen Nationalismus und zum Kampf dagegen

Zusammengestellt von
GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion

August 2010 — 2 Euro


GewerkschafterInnen und Antifas gemeinsam gegen die Bundeswehr und ihre Kumpane in den Gewerkschaften!

Dokumente und Materialien

I. Die DGB-Führung steht fest an der Seite der Bundeswehr

DGB-Sommer mit zwei Generälen

II. Contra DGB-Führung: Proteste gegen deutsche Kriegspolitik und Militarisierung

Protestaktion am 1. September 2009 in Hannover

Zusammengestellt von
GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion

Mai 2012 — 2 Euro


Was man über Lafontaine wissen sollte

Materialien zu seinen reaktionären Positionen

„Bild"-Kolumnisten Lafontaine und CSU-Gauweiler

Zusammengestellt von:

GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion

September 2005 — 0,50 Euro

SOLIDARITÄT UND GEGENSEITIGE UNTERSTÜTZUNG!

WARUM »GEWERKSCHAFTERINNEN UND ANTIFAS GEMEINSAM GEGEN DUMMHEIT UND REAKTION« (GEWANTIFA)?

■ GEWANTIFA

Zwei Demonstrationen haben in letzter Zeit einen besonderen Stellenwert:

- Die Demonstration am 25.8.2012 in Rostock mit rund 5.000 bis 6.000 TeilnehmerInnen unter dem Motto »Rassismus tötet« anlässlich des 20. Jahrestages des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992
- Die Demonstration eines breiten Bündnisses aus antirassistischen und antifaschistischen Gruppen wie auch zahlreichen Flüchtlingsinitiativen mit über 6.000 TeilnehmerInnen am 13. Oktober 2012 in Berlin zur Unterstützung des Kampfes der Flüchtlinge

Beide Demonstrationen sind unserer Meinung nach so wichtig, weil hier zum ersten Mal seit vielen Jahren massiv tausende Antifas zusammen mit Flüchtlingen und Flüchtlings-Initiativen auf die Straße gegangen sind und sich konkret mit ihnen solidarisiert haben. Beide Demonstrationen haben sehr eindrucksvoll eine falsche »Arbeitsteilung« durchbrochen, die in den letzten Jahren immer wieder festzustellen war. Diese besteht in etwa darin: »Die Antifas kümmern sich um den Kampf gegen die Nazis«, »die Asyl-Initiativen kümmern sich um die Flüchtlinge« und »die GewerkschafterInnen kümmern sich um die unmittelbaren sozialen und wirtschaftlichen Forderungen«. Dabei liegt die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung angesichts der »deutschen Zustände« auf der Hand.
Als GewerkschafterInnen und Antifas, die in verschiedenen Bereichen tätig sind, haben wir uns 2003 zur »Gewantifa« zusammengefunden, um diese Zusammenarbeit voran zu bringen und zu unterstützen. Unsere Zielsetzung haben wir 2004 in einem »Aufruf zur verstärkten Zusammenarbeit linker GewerkschafterInnen und Antifas« wie folgt als Selbstkritik formuliert:

»Schaut man sich die Realität des Kampfes der Antifas und der linken Gewerkschaftsbewegung an so müssen wir selbstkritisch feststellen:

- *Die linken GewerkschafterInnen kümmern sich einerseits immer noch zu wenig um die ›illegalisierte‹ MigrantInnen, andererseits viel zu wenig um die tagtäglich vom staatlichen Abschiebeterror betroffenen Flüchtlinge [...]*
- *Die Antifas kümmern sich vor allem viel zu wenig um die ›illegalisierten‹ ArbeiterInnen, gegen die schon lange eine deutsch-chauvinistische Hetze läuft, die vom deutschen Staat verfolgt und ausgewiesen werden. [...] Es findet kaum ein gemeinsamer Kampf mit den sicherlich nicht zahlreichen linken GewerkschafterInnen gegen dieses reaktionäre ›deutsche Projekt‹ statt.*

Beides muss sich ändern! [...]
Es gilt gemeinsam zu kämpfen, GewerkschafterInnen, Antifa / AntirassistInnen, Flüchtlinge, die ›illegalisierten‹ ArbeiterInnen und MigrantInnen, ja alle vom staatlichen Abschiebeterror, von deutsch-chauvinistisch-rassistischer Diskriminierung und Entrechtung, vom tagtäglichen Nazi-Terror Betroffenen!«

(Flugblatt Nr. 4 der Gewantifa, 2004)

Tatsächlich gab und gibt es in den letzten Jahren, wenn auch noch viel zu wenig, immer wieder Ansätze und Beispiele für solidarischen Kampf von GewerkschafterInnen und Antifas. So hat zum Beispiel in Hamburg der Gesamtbetriebsrat der HafenarbeiterInnen am 16.2.2008 zu einer Demonstration gegen den drohenden Nazi-Aufmarsch in Hamburg am 1. Mai 2008 aufgerufen und diese Aktion zusammen mit der Antifa durchgeführt. Wir halten es für wichtig, diese und andere gemeinsame Aktionen bekannt zu machen, um solche guten Ansätze zu verstärken.

Das Nazi-Pogrom 1992 in Rostock gegen Roma und Vietnamesen

Eine Dokumentation

I. Die Ereignisse von Rostock – eine knappe Chronologie
II. Nazis, Staat und Medien: Von subtiler Hetze bis offenem Terror
III. Proteste und Aktionen gegen Nazis





15 bis 20 000 Menschen beteiligen sich an der Demonstration in Rostock am 29. August



Herausgegeben von: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion

August 2012 1 Euro

Dokumentation über die antisemitisch-nationalistische Titelseiten-Karikatur der IG-Metall-Zeitung von Mai 2005 und die Reaktionen darauf



Zusammengestellt von: GewerkschafterInnen und Antifa gegen Dummheit und Reaktion

August 2005 (2.Auflage Januar 2006) 2 Euro

Gegen jeglichen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, gerade auch in den Gewerkschaften

Dokumente und Materialien

von kritischen Mitgliedern der IG BAU, IG Metall, ver.di und GEW

- Protest gegen Denunziationen und Baustellenrazzien der IG BAU gegen KollegInnen aus anderen Herkunftsländern
- Protest gegen die nationalistisch-antisemitische „Heuschrecken"-Hetze von IG Metall und ver.di
- Protest gegen das Beharren auf dem Besitz eines „arisierten" Hauses der GEW Hamburg
- Protest gegen das deutsch-nationalistische DGB-Plakat „In Deutsche Muskelarbeit"

Zusammengestellt von: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion

April 2010 2 Euro

EIN ZENTRALES PROBLEM: NATIONALISMUS, RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS AUCH IN DEN GEWERKSCHAFTEN – BEISPIEL IG BAU

Ganz klar: Wenn es Proteste gegen Nazis gibt, dann beteiligen sich daran zusammen mit Antifas immer wieder auch einzelne Mitglieder oder lokale Gliederungen der DGB-Gewerkschaften. Aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Denn von Seiten der Gewerkschaftsführung und ihren Organen werden gleichzeitig in großem Maßstab zentral und gezielt Positionen gepuscht, die selbst deutsch-nationalistisch, antisemitisch und auch militaristisch sind. Dies geschieht gegen teilweise massive Kritik von innerhalb und außerhalb; siehe die antisemitische »Heuschrecken«-Hetze in Organen der IG Metall und von ver.di im Jahr 2005 und die Kritik daran. Untersuchungen des Otto-Suhr-Institutes der FU Berlin haben ergeben, dass rund 20% der Gewerkschaftsmitglieder nationalistisch und rassistisch eingestellt sind[1].
Nehmen wir zum Beispiel die IG BAU. Bekannt ist, dass die IG BAU unter dem Vorwand des Kampfes gegen Lohndumping seit vielen Jahren zusammen mit der Polizei bzw. den Hauptzollämtern Baustellenrazzien durchführt, die sich gegen KollegInnen aus anderen Herkunftsländern richten. Kaum bekannt ist dagegen, dass 2004 einige Betriebsräte und andere Mitglieder der IG BAU ein Kritikpapier veröffentlicht haben, das die reaktionäre Praxis der IG BAU-Führung und ihres Apparates anprangert. Darin heißt es unter anderem:

»Wir [die IG BAU] fordern unsere Mitglieder offensiv zur Denunziation der Kollegen auf und organisieren dann, dass die – in der Regel ausländischen – Opfer skrupelloser Unternehmer vor den Augen von – in der Regel deutschen – ›Legalen‹ abgeführt werden. ›Ausländer Raus‹ braucht da nicht mehr ausgesprochen zu werden: Für jene Kollegen sind wir nur der verlängerte Arm von Strafverfolgungsbehörden – und damit zu Recht: Gegner. So sind wir letztendlich Teil des Problems, nicht der Lösung.«

(Kritikpapier »Unsere Regeln taugen nichts!« Juli 2004)[2]

Die kritischen IG BAU-KollegInnen berichten in ihrem Kritikpapier auch, wie sie antirassistische Kräfte Proteste und Kämpfe der besonders ausgebeuteten, diskriminierten und illegalisierten KollegInnen auf dem Bau unterstützt haben:

»Vorbei an Behörden und auch vorbei an der IG BAU arbeiten überall in Deutschland antirassistische Organisationen mit ArbeitsmigrantInnen am Bau zusammen und setzen gemeinsam die bedrängten Rechte durch. In Berlin gelang es der Antirassistischen Initiative e. V. im Sommer letzten Jahres gemeinsam mit 20 afrikanischen Arbeitern, ausstehende Löhne in Höhe von rund 40.000€ von den Subunternehmen (...) einzutreiben. In Hamburg organisierten 150 lohngeprellte rumänische Bauarbeiter der Siedlung Falkenried selbsttätig eine Demonstration zu ihren Arbeitgebern der dubiosen Firma ›Zeitig‹ (Subunternehmer von Walter Bau) und wurden dabei einzig von der Organisation kanak attak unterstützt.«

(Kritikpapier »Unsere Regeln taugen nichts!«, Juli 2004)

Wir sehen eine wichtige Aufgabe darin, den Kampf kritischer KollegInnen gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus innerhalb der DGB-Gewerkschaften öffentlich zu machen und zu unterstützen. Dazu haben wir auch mehrere Flugblätter und Broschüren herausgebracht.

PRAKTISCHE ZUSAMMENARBEIT UND KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG VORANTREIBEN

Wir halten es für entscheidend, dass fortschrittliche GewerkschafterInnen, Antifas und antirassistische Kräfte wirklich GEMEINSAM »gegen Dummheit und Reaktion« auftreten, dass sie SOLIDARISCH sind mit allen von kapitalistischer Ausbeutung Betroffenen, mit allen vom deutschen Staat, von »deutschen Zuständen« Bedrohten und Unterdrückten. Wir versuchen dazu nach unseren Möglichkeiten beizutragen.
So haben wir seit 2006 bei Fußball-WMs und -EMs versucht, mit Flugblättern, Plakaten und Broschüren dem schwarz-rot-goldenen nationalistischen Rummel entgegenzutreten. Im März 2011 haben wir im Zusammenhang mit der Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 2011 in Bremen mit Berliner Antifa-Unterstützung unter dem Titel »Militant und jüdisch« eine Veranstaltung über die Widerstandsgruppe Herbert Baum zur Zeit des Nazi-Faschismus durchgeführt. Vor kurzem haben wir uns mit dem Hungerstreik der Flüchtlinge in Würzburg solidarisiert (siehe Solidaritätserklärung auf unserer Homepage).
Zusammenarbeit kann nicht auskommen ohne kritische und selbstkritische DISKUSSION zwischen den fortschrittlichen GewerkschafterInnen, Antifas und antirassistischen AktivistInnen. Denn eins ist klar: Abwieglerische und nationalistisch-chauvinistische Positionen gibt es zur Genüge und auf längere Sicht kann es keine echten Schritte nach vorne geben ohne entschieden dagegen anzukämpfen. Daher versuchen wir auch uns durch eigene Stellungnahmen und Flugblätter bundesweit in uns wichtig erscheinende Debatten im Gewerkschafts- und Antifa-Bereich einzumischen oder sie anzuschieben.
Unsere bisher veröffentlichten Broschüren vermitteln einen Eindruck, womit wir uns in den letzten Jahren schwerpunktmäßig beschäftigt haben. Kritiken und Anregungen sind ausdrücklich erwünscht. ✖

FUSSNOTEN:

1 *Im Zeitraum 2002 bis 2004 hat das Otto-Suhr-Institut der FU Berlin eine Langzeitstudie zu »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« erstellt, die 2005 veröffentlicht wurde. 2007 haben die Autoren der Studie und ein weiterer Gewerkschafter die Ergebnisse der viel beachteten Langzeitstudie in allgemein verständlicher Form in dem Buch »Gewerkschaften und Rechtsextremismus« im westfälischen Dampfbootverlag veröffentlicht.*

2 *Das Kritikpapier »Unsere Regeln taugen nichts!« von 2004 wurde 2010 neu veröffentlicht in der Gewantifa-Broschüre »Gegen jeglichen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, gerade auch in den Gewerkschaften! – Dokumente von kritischen Mitgliedern der IG BAU, IG Metall, ver.di und GEW«.*

20 JAHRE NACH ROSTOCK – ES BLEIBT DEUTSCH IN KALTLAND

EINE ZWISCHENBILANZ

»RASSISMUS TÖTET!« – BÜNDNIS BERLIN

Als sich vor einem Jahr einige antirassistische und antifaschistische Gruppen gemeinsam mit weiteren Personen Gedanken machten, wie sie mit dem zwanzigsten Jahrestag der Pogrome in Rostock und Mannheim und des rassistischen Brandanschlags in Mölln aus einer linksradikalen Perspektive umgehen wollen, stand vor allem eine zentrale Frage im Raum: Wo steht die deutsche Gesellschaft rund 20 Jahre nach der Renaissance des deutschen Nationalismus, der – forciert durch eine rassistische Generalmobilmachung – täglichen Terror für die Menschen bedeutete, die nicht in das Bild der rassistischen, deutschen Mehrheitsgesellschaft passen?

Diese Frage konnte eindrücklich von den Gedenkinitiativen, die seit zwei Jahrzehnten gegen die Verdrängung der Pogrome und Morde aus dem öffentlichen Bewusstsein kämpfen, beantwortet werden: Die Aufarbeitung eigener Verbrechen fällt der deutschen Tätergemeinschaft schwer – das rhetorische Herbeireden eines vermeintlichen Opferstatus gehört dagegen zum Habitus deutscher Aufarbeitungskultur. Die Erfahrungen aus der Vernetzungsarbeit der Initiativgruppen aus Rostock, Hoyerswerda, Leipzig und Mölln durch den Umgang von Staat, Medien und Zivilgesellschaft mit dem Problem Rassismus zeigen, wie ungern sie sich diesen Status nehmen lassen und ihn aggressiv verteidigen. In Konfrontation mit antifaschistischer Gedenkpolitik haben diese durch die Bank weg teils kopflose Abwehrreflexe an den Tag gelegt, welche von Verharmlosungen bis zur offenen rassistischen Rechtfertigung reichen. Wie vor zwanzig Jahren, während der Pogrome, konnte man das Konglomerat zwischen dem »Volk«, der Elite und den lokalen Medien in der gemeinsamen Abwehr wirken sehen. Damals wurde der bereits vorhandene Rassismus der so genannten Mitte der Gesellschaft geschürt und mit der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl sowie der daran gekoppelten Einführung von rassistischen Sondergesetzen legitimiert und somit weiter institutionalisiert. Dies führte unter anderem dazu, dass das Primat der kapitalistischen Verwertungslogik sich mit der deutschen Blut-und-Boden-Ideologie verknüpfte, sodass nicht nur Asylsuchende, sondern auch andere Menschen, die nicht den »Leistungsträger_innen« der Gesellschaft zugerechnet werden wie Obdachlose oder Punks ins Fadenkreuz gerieten. Sie wurden von Neonazis, die sich zu Vollziehern dieser ideologischen Gemengelage machten, angegriffen. Hundertachtzigfach endete dies in den letzten zwanzig Jahren tödlich.

ES BESTEHT WEITERHIN DIE NOTWENDIGKEIT ÜBERREGIONALER VERNETZUNG

Wir könnten auch weiterhin so tun als hätten wir von diesem rassistischen Staat sowieso nichts Positives erwartet. Doch die Tatsache, dass aktuell, während den Gedenkaktivitäten und des Flüchtlingsprotestmarschs, in den Tagesblättern der angebliche »Flüchtlingsansturm« skandalisiert wird, dass auf dieselbe Polemik der »Überfremdung« und des »Asylmissbrauchs« zurückgegriffen wird, dass der Zusammenhang zwischen dem arabischen Frühling und steigenden Flüchtlingszahlen bewusst nicht thematisiert wird, ist ein weiterer Schlag in Gesicht für alle Initiativen, die sich seit Jahren um ein Bleiberecht für Flüchtlinge und gegen das Vergessen kämpfen. Dass Rechtpopulist_innen schon ein Jahr vor dem Bundestagswahlkampf anfangen, sich rassistischer Ressentiments zu bedienen und aus Zahlen Bedrohungsszenarien aufbauen hat aktuell in mehreren Städten Bürgermobs auf den Plan gerufen. Es besteht weiterhin die Notwendigkeit überregionaler sowie bundesweiter antirassistischer und antifaschistischer Vernetzung um noch interventionsfähiger zu werden. Allerdings müssen wir feststellen, dass sich auch 2012 die Mehrheit der Politiker_innen folgerichtig entblödet dem dummdreisten deutschen Bürgermob, dessen geistige Heimat oft genug in den Grenzen von 1942 liegt, nach dem Maul zu reden. Die mediale Berichterstattung zu dem möglichen Angriff eines rassistischen Mobs auf Asylsuchende in Wolgast hat viele sensibilisiert und lässt die Gefahr erneuter Pogrome für die meisten realistisch erscheinen. Doch rassistische Pogrome und Angriffe auf Menschen die nicht in das Weltbild der Deutschen passen hat es in Deutschland schon immer gegeben. Die Kontinuität von mindestens 183 rassistischen Morden und der ungebrochene Alltagsrassismus zeigen, es hat sich nichts geändert. Das sollte nicht heißen, Nazis oder den ehemaligen NSU Mitgliedern nachzueifern oder durch das Verwenden ihrer Portraitaufnahmen eine Ästhetisierung und somit eine Negativ-Ikonisierung der Nazis herzustellen, wie es Medien und einige linke Gruppen derzeit machen. Die Berichterstattung über Nazikader in den letzten Jahren hat gezeigt, dass rassistische Gewalt und Täter-Ikonisierung zu ungewünschten Rückkopplungseffekten führen kann.

GEGEN DEN RASSISTISCHEN KONSENS!

Die Kampagne »Rassismus tötet« zeigt sich solidarisch mit allen Betroffenen von Rassismus. Wir möchten und werden auch weiterhin rassistische Gewalt thematisieren und die Wechselwirkung von Mob und rechter Gesinnungs- und Realpolitik offen legen. Das Anliegen der Kampagne ist der Aufbau eines Netzwerkes von Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen um die Harmonie zwischen rassistischem Mob und Elite anzugreifen. Eine weitere Aushöhlung des Asylrechts wird von unserer Seite genauso wenig hingenommen wie der alltägliche Rassismus aus der Gesellschaft gegen Migrant_innen und Asylsuchende. Es hat sich nichts geändert. Darum lasst uns gemeinsam bis zum 20. Jahrestag der Asylrechtsänderung Ende Mai nächsten Jahres einen vielseitigen Widerstand aufbauen, der das rassistische Töten durch den Staat aufdeckt und angreift. ✖



THE TRUTH LIES IN ROSTOCK

EINE UNGEWÖHNLICHE VERTEILAKTION ZUM 20. JAHRESTAG DER RASSISTISCHEN BELAGERUNG DES SONNENBLUMENHAUSES IN ROSTOCK 1992

GASTON KIRSCHE

Eine unabhängige Initiative von RostockerInnen hat 10.000 DVDs mit »The Truth Lies In Rostock« in der Stadt in Briefkästen verteilt, um so an das Pogrom zu erinnern: »Nicht jeder geht zu einem öffentlichen Filmabend«, so die Initiative: »Unser Grundgedanke deshalb: In den eigenen vier Wänden und auf dem eigenen Fernseher kann man ihn mit deutlich weniger Aufwand und innerer Bereitschaft ansehen. Und wird mit Bildern konfrontiert, die jeden zur inneren Stellungnahme zwingen.«

»Die Wahrheit liegt/lügt in Rostock«, so der kaum bekannte zweideutige deutsche Titel des Filmes, kam 1992 dank des alternativen britischen TV-Senders Channel 4 zustande, als Koproduktion der linken und mittellosen Videokooperative JAKO aus Rostock mit den Fernsehprofis aus London. In Großbritannien sahen über eine halbe Million Menschen den Film. Dieser dokumentiert ein Ereignis, das in Deutschland und besonders in Rostock gerne beschwiegen wird: Das vier Tage andauernde Pogrom von Rostock-Lichtenhagen vom 20. bis 24. August 1992. Jetzt jährte es sich zum 20sten Mal. Aus diesem Anlass versuchte die Stadt Rostock sich mit einer Feier als tolerant zu inszenieren. Dort sprach Bundespräsident Gauck, der während seiner Rede zu Recht mit »Heuchler, Heichler«-Rufen gestört wurde. Es gab am 25. August auch eine antirassistische Gedenkdemo, zu der unter anderem mit Filmvorführungen mobilisiert wurde. Bereits Anfang August veranstaltete die Rostocker Initiative im dortigen Peter-Weiss-Haus eine Filmnacht, während der »The Truth Lies in Rostock« gezeigt und diskutiert wurde.

The Truth: Im August 1992 belagerte eine Ansammlung von 3.000 AnwohnerInnen, BürgerInnen der Hansestadt, unter die sich Nazikader aus Westdeutschland gemischt hatten, zwei Hochhäuser in Rostock-Lichtenhagen in der Mecklenburger Allee. In einem war die ZASt untergebracht, die »Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber« des Bundeslandes. Die Fassade war mit einem Blumenmuster verziert, so dass das Haus als Sonnenblumenhaus weltbekannt wurde. Daneben lebten zu Zeiten der DDR eingereiste vietnamesische VertragsarbeiterInnen. Die ZASt war überfüllt. »Nix Asyl!« ruft im Film ein Mann mit Schlips und verwehrt Flüchtlingen den Eintritt in das Gebäude. Sie mussten draußen schlafen, leben, es gab für sie keine Toiletten. Der Film kontrastiert die katastrophalen Zustände mit Interviewsequenzen, in denen Funktionsträger der Stadt und des Landes alles schön reden. Interviewte Deutsche äußern sich auf rassistische Weisen in einer heute kaum vorstellbaren Offenheit, aber so kurz nach dem Ende der DDR und den nationalen Wiedervereinigungsfeiern wurde in Lichtenhagen Klartext geredet: Man wolle die Ausländer hier nicht haben. Und danach gehandelt.

An einem Freitagabend ging es los. Langsam kamen immer mehr Jugendliche, später auch ältere AnwohnerInnen vor die Häuser. Nachdem schon in der Rostocker »Ostseezeitung« darüber berichtet wurde, dass im Stadtteil gewalttätige Aktionen gegen die ZASt und das Wohnhaus der VietnamesInnen im Gespräch sind, und die Stimmung immer bedrohlicher wurde, besorgten sich zwei Vietnamesen Videokameras, um die Vorfälle zu dokumentieren. Die Bilder, die sie aufgenommen haben, sind ein Kernstück des Filmes: Die Polizei schaut bis auf ein paar kurze Platzräumungen ohne Verhaftungen tatenlos zu, als sich das rassistische Volksfest langsam steigert. Der Rostocker Polizeidirektor Sigfried Kordus, ein Westimport, erklärt, er könne doch nicht auf Bürgerproteste mit behelmten Hundertschaften reagieren. Für ihn sei es eine Versammlung wie ein Lampionumzug gewesen. Nach den Sprechchören aus tausenden Kehlen »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!« sind es erst Steine, die unter dem Applaus der Umstehenden geworfen wurden. Dann wurden die Wohnungseinrichtungen kleingeschlagen, schließlich brannte eines der Hochhäuser. Davor stand eine Menschenmenge, aus der heraus die Angriffe auf die Häuser erfolgte: »Vorne standen die Jugendlichen mit Steinen und Molotow-Cocktails«, schildert Adriana Majchrzyk vom Verein für Frieden und Menschenrechte in Rostock, die mit in den angegriffenen Häusern war, die Szenerie im Film, »ein kleiner Imbißwagen ›Happi, Happi bei Api‹ hatte auf, versorgte die Menge mit Currywürsten und Bier, dort standen die etwas Älteren, auch die Eltern. Und alle haben jeden Steinwurf, jeden Molotow-Cocktail begrüßt. So viel Hass habe ich noch nie zuvor in meinem Leben erlebt«. Die Montage aus dem Videomaterial, gedreht aus den angegriffenen Häusern heraus wird ergänzt durch Interviews mit vietnamesischen VertragsarbeiterInnen, linken AktivistInnen, Flüchtlingen. Enthalten sind auch Gespräche mit vielen Verantwortlichen der Polizei, des Senates, mit jungen Neonazis und AnwohnerInnen. So erklärt ein Staatsanwalt: es gäbe ja kein belastendes Videomaterial gegen diejenigen, die dort die Häuser beworfen und angezündet hätten. ✖

WEITERE INFOMATIONEN:

✖ **»The Truth Lies In Rostock«,**

Deutschland/Großbritannien 1993; 78 Min., Regie: Mark Saunders, Siobhan Cleary.

»The Truth Lies In Rostock« ist als Videostream im Internet komplett und kostenfrei eingestellt:

http://video.google.com/videoplay?docid -138324537333427498

»The Truth Lies In Rostock« ist als DVD erhaltlich bei:
www.spectacle.co.uk/catalogue_production.php?id 706

Unterstützt wurde die Initiative unter anderem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Attac Rostock Gustrow



DIE DEUTSCHE NATION UND DAS POGROM

HISTORISCHE KONTINUITÄTEN VON ROSTOCK BIS HEUTE

□ »RASSISMUS TÖTET!« – BÜNDNIS BERLIN

An das wiedervereinigte Deutschland denken bedeutet: An das Pogrom in Rostock im August 1992 zu denken. An Rostock zu denken, bedeutet: An Mannheim, Hoyerswerda, Solingen und etliche andere feige Anschläge auf das Leben nicht-deutscher Menschen zu denken. Da das Pogrom von Rostock von vielen Politiker_innen als Argument für die faktische Abschaffung des Asylrechts inszeniert[1] und instrumentalisiert wurde, nimmt es in der historischen Betrachtung eine exponierte Stellung ein. Zu keinem anderen Zeitpunkt der gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte arbeiteten Volksmob, Neonazis, die Regierung, die Exekutive in Form der Behörden und der Polizei, die Judikative und die »vierte Gewalt im Staat«, die Medien, so konform Hand in Hand. Zu keinem anderen Zeitpunkt entfaltete das Bündnis zwischen Elite und Mob einen derartigen Wirkungsgrad, so dass eine Änderung des Grundgesetzes möglich wurde. Rostock ist das Ergebnis politischer Weichenstellungen und zugleich der Gipfel einer nationalistischen Dynamik. Diese Dynamik ermöglichte eine Welle rassistischer Gewalt und gezielter Anschläge auf Wohnunterkünfte nicht deutscher Menschen, die Rostock sowohl repräsentiert als auch verstärkt hat.

Die Zahl der rassistischen Angriffe erfuhr nach Rostock bundesweit Anfang bis Mitte September 1992 eine besonders hohe Konzentration: In einer Woche wurden mindestens 48 Übergriffe auf Migrant_innen und ihre Unterkünfte gezählt, davon fanden 15 im Westen statt. Ermutigt – wohl auch durch das jämmerliche Bild, das Politik und Polizei bei der Rostocker Gewaltorgie boten – bedrohten rechte Gewalttäter und deren Mitläufer binnen sieben Tagen in mindestens 40 Fällen Ausländer-Wohnheime mit Brandsätzen und Steinen und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei – eine flächenbrandartige Gewaltorgie.[2]

Im November 1992 folgte ein Brandanschlag auf zwei von türkischen Familien bewohnte Häuser in der schleswig-holsteinischen Kleinstadt Mölln. Zwei Kinder und ihre Großmutter starben, neun Menschen wurden teilweise schwer verletzt. Durch die hohe Konzentration der Gewalt in diesem Zeitabschnitt können wir gut und gerne von einem einzigen, mehrere Jahre andauernden Pogrom sprechen (vgl. Pogromdefinition in der Langversion auf zag-berlin.de).

Das Pogrom gibt es schon seit der Antike und erfuhr in der christlichen, mittelalterlichen Gesellschaft eine regelrechte Ritualisierung. Im 20. Jahrhundert mündete die Dynamik, die mit Pogromen begann, in Konzentrationslagern. Spätestens seitdem sollte die Wiederholung von Pogromen endgültig aus den Handlungsoptionen einer modernen Zivilgesellschaft verschwunden sein. Wie ist es möglich, dass keine drei Generationen nach der Barbarei des Nationalsozialismus die Deutschen in alte Verhaltensmuster vom »Ausmerzen« verfallen? Die folgenden Ausführungen sind der Versuch, die vorhergehende Frage genauer zu beantworten und die Hypothese zu belegen, dass das Pogrom ein zentrales Element der deutschen Geschichte ist. Bei näherer Betrachtung der deutschen Geschichte stößt man auf erschreckende Kontinuitäten. Das Pogrom ist demnach nicht nur eine urchristliche Tradition, die von der entstehenden deutschen Nation übernommen worden ist, es scheint sogar so, als habe das Pogrom als Katalysator für die Nationengründung gedient.

DIE GESCHEITERTE DEUTSCHE REVOLUTION

1817 riefen Studentenschaften während des Wartburgfests, dem Auftakt der zum Scheitern verurteilten deutschen Revolution, mit dem Ruf *Wehe über die Juden!* zur Verbrennung von Büchern jüdischer oder semiphiler Schriftsteller_innen auf. Im August 1819 breitete sich mit den sog. »Hep-Hep-Unruhen« eine gewaltsame, rassistische Krawallserie von deutschen Großstädten bis Kopenhagen und Amsterdam aus. Während der Pogrome wurden Häuser und Geschäfte geplündert und zerstört, Synagogen in Brand gesteckt und jüdische Menschen unter dem Kampfruf: »Nun auf zur Rache! Unser Kampfgeschrei sei Hepp, Hepp, Hepp! Allen Juden Tod und Verderben, ihr müsst fliehen oder sterben!« misshandelt.

Viele Deutsche sahen im angestrebten deutschen Nationalstaat schon vor 1848 einen »Organismus« und verbanden mit diesem biologischen Sprachbild oft Kritik an »Volksschädlingen« und unproduktiven »Schmarotzern«. Diese Verachtung bezog sich wie auf die »Wucherer« im Mittelalter weiterhin vor allem auf Juden. Die Mehrheit behandelte Jüdinnen und Juden als Menschen minderen Werts und Rechts und fürchtete den Verlust ihrer eigenen ständischen Privilegien. Dies wog schwerer als die Aussicht auf mehr demokratische Partizipation. Der bürgerliche Demokratieprozess unterlag besonders im deutschsprachigen Raum ständigen Rückschlägen und war nur mit staatlichen Verordnungen durchsetzbar, die zudem traditionelle Diskriminierungen beibehielten.[3]

DIE AUFKLÄRUNG ALS VEHIKEL ANTISEMITISCHER EINSTELLUNGEN IN DER MODERNE

Ideologischen Rückenwind für die Transformation des mittelalterlichen Antisemitismus in den modernen Antisemitismus lieferten die Aufklärer, die geistigen Gründungsväter der europäischen Demokratie. Namhafte deutsche Staatsphilosophen wie Kant und Hegel frönten gemeinsam mit dem Volk dem wahnhaften Antisemitismus. Der Berliner Schriftsteller Friedrich Buchholz bedauerte, dass man die Juden zu seiner Zeit nicht mehr hatte vertreiben können. Gleichwohl erörterte er, diese Möglichkeit öffentlich ausführlich.[4]

In Folge dieser rassistischen Hetze hielten die Vertreibungen weiter an. Dazu aktivierten gebildete Frühantisemiten gern »Volkes Stimme«. *»Die Juden als Juden passen nicht in diese Welt und in diese Staaten hinein, und darum will ich nicht, dass sie auf eine ungebührliche Weise in Deutschland vermehrt werden. Ich will es aber auch deswegen nicht, weil sie ein durchaus fremdes Volk sind und weil ich den germanischen Stamm so sehr als möglich von fremdartigen Bestandteilen rein zu erhalten wünsche. [...] Ein gütiger und gerechter Herrscher fürchtet das Fremde und Entartete, welches durch unaufhörlichen Zufluss und Beimischung die reinen und herrlichen Keime seines edlen Volkes vergiften und verderben kann. Da nun aus allen Gegenden Europas die bedrängten Juden zu dem Mittelpunkt desselben, zu Deutschland, hinströmen und es mit ihrem Schmutz und ihrer Pest zu überschwemmen drohen, da diese verderbliche Überschwemmung vorzüglich von Osten her nämlich aus Polen droht, so ergeht das unwiderrufliche Gesetz, dass unter keinem Vorwande und mit keiner Ausnahme fremde Juden je in Deutschland aufgenommen werden dürfen, und wenn sie beweisen können, dass sie Millionenschätze bringen.«*
Ernst Moritz Arndt, deutscher Schriftsteller und Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, dem ersten frei gewählten Parlament für die »deutschen« Nachfolgestaaten.[5]
Im Verlauf der Märzrevolution 1848/49 kam es besonders in süd- und ostdeutschen Regionen und etwa 80 Städten, darunter Berlin, Köln, Prag und Wien, zu schweren antijüdischen Exzessen. Neben Zerstörung von Kreditbriefen und Schuldenakten wurden dabei immer wieder Vernichtungsdrohungen laut, sowohl von Seiten aufständischer Bauern wie antirevolutionärer Bürger. Beide gaben den Juden für Not und Revolution die Schuld. Seit 1879 und verstärkt seit 1918 bildeten sich in Deutschland und Österreich neue politische Parteien, deren Programme zur »Lösung der Judenfrage« die Vertreibung, teilweise sogar Ausrottung der europäischen Juden forderten. Beide deutsche »Revolutionen«, 1848 und 1989, und der Nationalsozialismus haben vor allem eins gemeinsam: Sie beziehen die deutsche Identität aus der sozialen Exklusion der »Fremden« und »Entarteten«, die durch rassistische Propaganda des Bürgertums und organisierte Pogrome vollzogen wird.

KONTINUITÄTEN IN DER PROPAGANDARHETORIK

Die Pogrome nach Wartburg und während der sog. Märzrevolution und die des Nationalsozialismus weisen frappierende Übereinstimmungen zu den Pogromen nach der deutschen Wiedervereinigung auf. Soziale Konfliktherde in Verbindung mit historischen Umbrüchen begünstigen eine eliminatorische, irrationale Wut gegen alles andere. Eine vom Bürgertum initiierte nationalistische Propaganda schürt den Unmut auf den »unaufhörlichen Zufluss« durch Fremde, die »zu Deutschland hinströmen und es mit ihrem Schmutz und ihrer Pest zu überschwemmen drohen« und nutzen ihn für ihre Machtinteressen. Drei Elemente der oben zitierten Hetzschrift aus dem 19. Jahrhundert zeigen starke Parallelen zur Propaganda der 1990iger auf (für den direkten Vergleich wird die NS-Propaganda nicht einbezogen):

DER SPIEGEL 37/1991



DER SPIEGEL 15/1992



DER SPIEGEL 31/1992



1. Die Bildsprache – Kollektivsymbole

Extrem auffallend sind die Kontinuitäten in der Bildsprache: der Terminus der »verderblichen Überschwemmung« und des »unaufhörlichen Zuflusses« durch ein »fremdes Volk«, das nach Deutschland »hinströme«, findet seine Fortsetzung in der Polemik der »Asylantenschwemme«. »Asylanten verstopfen alles« war zum Beispiel der diskriminierende Wortlaut eines Titels aus dem Spiegel im Jahr 1990. Auch auf plakativer Ebene verstand es der Spiegel, Flüchtlinge als Gruppe zu homogenisieren und auf entmenschlichende Weise zu einer einzigen »Schwemme« zu stilisieren. Auch die Boulevard- und die Lokalpresse griffen diese Bildsprache auf und halfen ebenfalls, schon Jahre vor den Pogromen, durch die Generierung alter »Volkskörper«-Denkmechanismen ein rassistisches Klima zu schüren.

2. Die Forderung nach ethno-biologischer Reinhaltung

Die Biologisierung des Nationenbegriffs zog hygienische Betrachtungen des eigenen und des »fremden Volkes« mit sich; so waren die Deutschen vom »herrlichen Keime«, deswegen »rein zu erhalten« vor »fremdartigen Bestandteilen«, die »giftig« und »verderblich«, »schmutzig« sind und »ihre Pest bringen«. *»Für uns im Block sind das auf Deutsch gesagt Dreckschweine. Die scheißen und pissen um unseren Block, die liegen in jeder Ecke und bumsen auf der Wiese. Man kann hier nachts überhaupt nicht mehr das Fenster aufmachen. Das stinkt hier an allen Ecken und Enden. (...) Dagegen sind wir. Und dieser Zustand, der muss sich hier endlich mal ändern!«* so ein Lichtenhagener während des Pogroms in Rostock am 21. August 1992 unter Applaus. *»(...) Aber wie die sich hier bewegen, das geht doch gegen jede deutsche Norm. Da sind wir Deutschen ganz anders. Für Sauberkeit, für Ehrlichkeit.«* Passend dazu ein anderer »ordentlicher« Bürger. Wieder erscheint die eigene Gesellschaft und Kultur als geordnetes Lebensgefüge, jene der Migrant_innen wird unter Verwendung alter Stereotype als chaotisch beschrieben.
Auf höherer Ebene begegnen wir immer wieder einer Form der Forderung nach ethno-biologischer Reinhaltung der Deutschen, die sich in den Diskussionen um die Erhöhung der Geburtenrate als Ersatz für die Einwanderung widerspiegelt. *»›Wirtschaftsasylanten‹: DIHT-Chef fordert mehr Kontrolle. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans Peter Stihl, hat eine Begrenzung der Zahl von ›Wirtschaftsasylanten‹ gefordert. ›Wir brauchen eine geregelte Zuwanderung, keinen unkontrollierten Strom von Wirtschaftsasylanten‹, sagte Stihl der ›Bild‹-Zeitung. Bei ›echten politischen Asylanten‹ dürfe es allerdings ›keine Begrenzung‹ geben. Der DIHT-Präsident appellierte an alle Firmenchefs in Deutschland, mit aller*

Härte gegen Rechtsextreme in den Betrieben durchzugreifen. ›In meiner Firma gilt: Wer am Arbeitsplatz verfassungsfeindliche Symbole zur Schau trägt oder ausländische Kollegen belästigt, fliegt sofort raus.‹ Unterdessen hat der sozialpolitische Sprecher der CSU-Bundestagsgruppe, Johannes Singhammer, von der Bundesregierung eine ›aktive Bevölkerungspolitik‹ zur Hebung der Geburtenrate gefordert. Nur so könne der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft begegnet und das für die Sozialsysteme bedeutsame Gleichgewicht zwischen den Generationen wiederhergestellt werden, sagte Singhammer am Dienstag in Berlin. Das Thema müsse im Bundestag ohne Tabus auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Die Zahl der Geburten muss nach Ansicht des CSU-Politikers in Deutschland langfristig wieder so weit zunehmen, dass die Zahl der Sterbefälle ausgeglichen wird.«
(Tagesspiegel, 22. August 2000)

3. Die Forderung nach dichten Grenzen

Der Ruf nach der totalen Abschottung, dem »unwiderruflichen Gesetz«, das danach trachtet, keinen »Vorwand« und keine »Ausnahmen« zuzulassen, wurde schon im 20. Jahrhundert laut. Ministerpräsident Seite (CDU) ließ 1992 anlässlich der Pogrome in Rostock wieder »Volkes Stimme« reden: *»Die Vorfälle der vergangenen Tage machen deutlich, dass eine Ergänzung des Asylrechts dringend erforderlich ist, weil die Bevölkerung durch den ungebremsten Zustrom von Asylanten überfordert wird.«* Das Bedürfnis der Deutschen nach dichten Außengrenzen scheint alt zu sein und dürfte seine Entsprechung im neuen »Asylrecht« gefunden haben. Um das Asylrecht zum Abschottungsrecht transformieren zu können, musste man das liberale, historisch einmalige und grundgesetzlich verankerte Recht auf Asyl loswerden. Es war eine humanistische Errungenschaft, die bei der Rückkehr zum Blut-und-Boden-Dünkel im Weg stand.

WIR SIND DAS VOLK?

Das große, deutsche »Wir«, die gemeinsame Identität funktioniert allem Anschein nach nur über die Abgrenzung gegen »die Anderen«. Die ersten Nationalbestrebungen entstanden unter der napoleonischen Besatzung 1792 bis 1815, also unter Fremdherrschaft. Die kulturell und im Dialekt sehr heterogene Bevölkerung fand sich im Kampf gegen die Besetzung in einer gemeinsamen antifranzösischen Definition von »deutsch« oder »Freiheit« wieder. Die nach dem napoleonischen Vorbild eingeführte Wehrpflicht ermöglichte der preußischen Armee den Sieg über die französischen Truppen in der entscheidenden Schlacht 1813 in Leipzig. 1848 war die Situation eine andere. Die Franzosen waren nicht mehr da. Eine demokratische Nation wollten die Deutschen aus der Wiege heben – durch eine Revolution nach französischem Vorbild. Die Aufstände liefen auf rassistische Gewalt hinaus, die deutsche Revolution scheiterte.
Sicherlich kann man hier nicht monokausal argumentieren, aber den komplexen Zusammenhang durch Fragen näher beleuchten: kann man die antijüdischen Gewaltexzesse, die die sog. Revolution begleiteten, als »Nationwerdung nach innen« (Dietrich Beyrau) bezeichnen? Wo sind die Parallelen zur deutschen »Revolution« 1989/90? Einige Parallelen sind nicht zu übersehen: Das Land stand bis zum Mauerfall ebenfalls unter Besetzung »fremder Herrschaft« und war geteilt. Während die westlichen Alliierten ihre Hegemonie eher »moderat« über Marshall-Pläne ausübten, standen die Ostdeutschen unter dem klar fühlbaren Diktat der Sowjetunion. Eine Situation, die den Konditionen im 19. Jahrhundert sehr ähnelt. Wieder verstärkt der Eindruck der Fremdherrschaft das Streben nach der deutschen Einheit, wirkt geradezu katalytisch auf nationale Sehnsüchte, die sich schließlich Bahn brechen. Auch die Betrachtung der Art des überregionalen, zeitgleichen Verlaufs der Pogrome belegt die Analogie zwischen den Ereignissen 1848, 1938 und 1992.

RESÜMEE

Bei drei deutschen Staatsgründungen bzw. Gründungsversuchen waren extremer Nationalismus und rassistische Pogrome charakteristische Begleiterscheinungen: Bei der gescheiterten Märzrevolution 1848, bei der Gründung des NS-Regimes und bei der Wiedervereinigung. Somit nimmt das Pogrom eine zentrale Stelle in der deutschen Geschichte ein und muss gesondert aufgearbeitet werden. Das wird tunlichst vermieden, indem schon das Wort umgangen wird. Die Pogrome während der Märzrevolution sind euphemisierend und zynisch als »Hepp, Hepp-Unruhen« in die deutsche Geschichtsschreibung eingegangen. Zynisch, weil der Schlachtruf der rassistischen Deutschen, also die Perspektive der Täter_innen schon bei der Benennung dieses Ereignisses immer wieder reproduziert wird. Euphemistisch, weil das Wort »Unruhen« bei weitem das Ausmaß der Gewalt nicht fassen kann und deswegen krass verharmlosend ist.
Genau an diese Wahl des Wortfeldes schließt die Benennung der Pogrome in den 1990igern als »Randale« und »Ausschreitungen« an. Durch die Vermeidung des Wortes fehlt der Ansatz für jegliche Aufarbeitung der Pogrome als solche und sein Gehalt an rassistischen Idiomen. Stattdessen können solche kollektiven Gewaltausbrüche unter der Bezeichnung als »Randale« unter andere Ereignisse, die als solche bezeichnet werden, verbucht werden.[6] ✖

WEITERE INFOMATIONEN:

✖ *»Rassismus tötet!« - Bündnis Berlin*
Kontakt: www.rassismus-toetet.de

GANZER ARTIKEL:

✖ **Dieser Artikel ist eine stark gekürzte Version.**
Der Artikel ist in voller Lange zu finden auf unserer Webseite.

FUSSNOTEN:

1 *bezogen auf Jochen Schmidt »Politische Brandstiftung«*
2 *Spiegel 37/1992 (www.spiegel.de/spiegel/print/d-13690098.html.)*
3 *Alex Bein: Die Judenfrage, Band 2: Anmerkungen, Exkurse, Register, Deutsche Verlagsanstalt 1980, S. 158*
4 *Erb/Bergmann, a.a.O. S. 111-135*
5 *nach Weltgeschichte im Aufriss Band 2, Diesterweg, Frankfurt/Main 1978, S. 191*
6 *So geschehen in der medialen Aufarbeitung der Pogrome in Rostock, als der rassistische Mob mit den Hafenstraße- oder Brokdorf- Aktivist_innen gleichgesetzt wurde.*



BÜCHER ZUM SCHWERPUNKT

KALTLAND. EINE SAMMLUNG WIDER DAS VERGESSEN

CHRIS THIELE

Das Buch »Kaltland« sammelt die Stimmen, die im offiziellen Erinnern an die deutsch-deutsche Einheit kein Gehör finden. Schweigen ist zentral im Reden über die Nach-/Wende. Rassistische Pogrome und Gewalt, die durch Untätigkeit und Ignoranz der deutsch-deutschen Gesellschaft zur Normalität werden konnten, finden mitunter eine Fortsetzung darin, dass sie nicht erinnert werden. Die »Kaltland«-Anthologie ist daher ein notwendiges Korrektiv, welches die Schattenseite der »friedlichen Revolution« und der »blühenden Landschaften« beleuchtet.

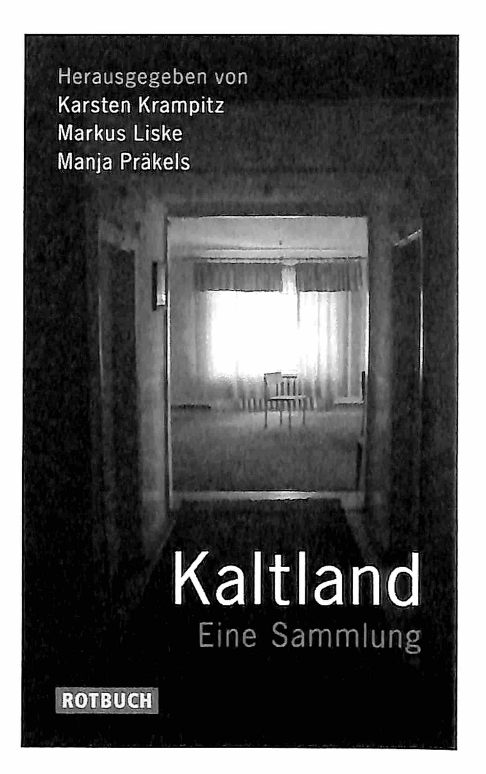
In fünf Abschnitte gegliedert besteht der »Nachwenderoman« aus weitestgehend chronologisch aneinander gereihten »literarischen Erzählungen, Reportagen und authentischen Geschichten aus 42 sehr unterschiedlichen Federn.« Der Fokus der Erinnerungen liegt auf den frühen 1990ern, unterbrochen von Rückblenden reichen die Erzählungen jedoch bis zu Sarrazin.

Angelika Nguyens Erinnerung an Alltagserfahrungen der rassistischen Ausgrenzung in der DDR oder Carlo Jordans Text über den Nazi-Überfall auf die Zionskirche im Jahr 1987 machen deutlich, dass Rassismus und Faschismus nicht erst mit dem Mauerfall begannen. Dessen Bagatellisierung und Negierung als gesamtgesellschaftliche Phänomene setzte sich jedoch fort. In Bonn wurde – nach Rostock-Lichtenhagen und Mölln – das Grundrecht auf Asyl abgeschafft, somit eine der zentralen Konsequenzen aus der NS-Zeit revidiert (Alexander Karschnia, S. 136).

Für jene, die nicht in das Bild der reorganisierten deutsch-deutschen Nation passten bzw. sich kritisch zu ihr positionierten waren die 1990er Jahre (und folgende) geprägt von existentieller Bedrohung und Angst, teilweise auch (ohnmächtiger) Gegenwehr. In »Kaltland« werden ihre Geschichten (zum Teil autobiographisch) erzählt. Es wird aber auch von den Täter_innen sowie den in aktiver Passivität Zuschauenden, schweigend Zustimmenden und schweigend Wegschauenden erzählt.

Durch das Einfangen der unterschiedlichsten Perspektiven gelingt es dem Buch das gesellschaftliche Arrangement zu skizzieren, aus dem heraus Nazis ungehindert und ungestraft morden (konnten). Teilweise lässt es an Grenzen des Ertragbaren stoßen, indem z.B. durch die Interviews mit rassistisch motivierten Mördern (von Andreas Marneros) Einblicke in deren menschenverachtendes Weltbild und ihre skrupellose Gewaltbereitschaft gegeben werden.

Noch vor Bekanntwerden der Morde des »NSU« im Sommer 2011 erschienen, macht das Buch die anhaltende Aktualität deutlich: Das Problem heißt Rassismus! ✖



✖ »Kaltland. Eine Sammlung wider das Vergessen«, Karsten Krampitz, Markus Liske und Manja Präkels (Hrsg.); Berlin: Rotbuchverlag, 2011, 288 Seiten, 14,95 Euro. ISBN 978-3-86789-144-8

DIE BRÜDER BOATENG – DREI DEUTSCHE KARRIEREN.

VOM AUFRICHTIGEN JUNGEN AUS DEM GHETTO ZUM FUSSBALLSTAR

▮ MORITZ MERTEN [ZAG]

Michael Horeni, Sportredakteur der *FAZ*, zeichnet in diesem Buch den bisherigen Lebensweg der drei Brüder George, Kevin und Jérôme Boateng und ihr inniges wie zugleich auch schwieriges Verhältnis zueinander nach. Dafür trägt er Material aus den Medien zusammen, stützt sich aber auch auf eigene Gespräche mit Personen aus dem Leben der drei Brüder sowie George und Jérôme selbst (Kevin lehnte ab).

Er scheint es sich dabei zur Aufgabe gemacht zu haben mit dem Bad-Boy-Image der Boatengs, das vor allem Kevin anhaftet, aufzuräumen. LehrerInnen und Jugendtrainer, die im Buch zu Wort kommen, beschreiben Jérôme und Kevin eher als ruhige und unproblematische Jungs. Schnell wird klar, dass diese Charakterisierungen überhaupt nicht mit dem Image übereinstimmen, welches die Medien ihnen verpassten als sie durch ihre ersten Einsätze in der Bundesliga für Hertha BSC Berlin öffentliches Interesse weckten.

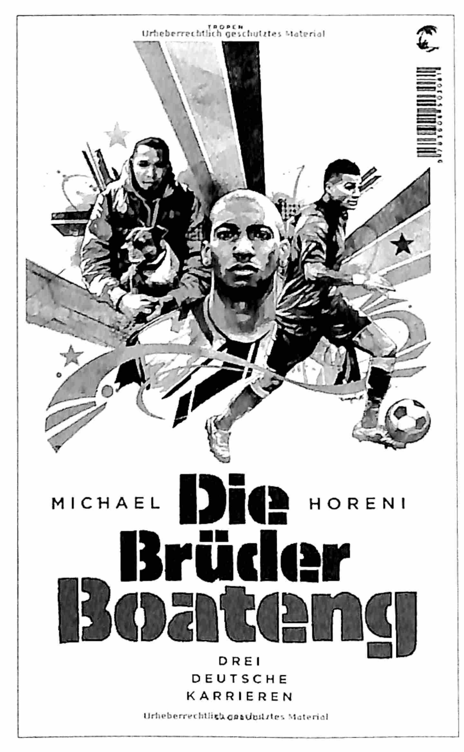
Doch Horeni macht auch deutlich, wie vor allem Kevin sich selbst stark mit diesem ihm zugeschriebenen Image identifiziert und eine Zeit lang mit diesem kokettiert. Zu spät merkt er, dass er den Ruf als *Bad Boy* so schnell nicht mehr los wird und nun fast alles, was er tut, von der Öffentlichkeit vor dem Hintergrund dieser Reputation beurteilt wird – so auch sein Foul an Michael Ballack, das diesen die Teilnahme an der WM 2010 kostet und zu einem gewaltigen, zum Teil rassistischen, *Shitstorm* gegen Kevin führt.

Nicht zu trennen vom Ghetto-Image, sind die Erfahrungen mit Rassismus, die alle drei Brüder in den verschiedenen Bereichen ihres Lebens – nicht zuletzt im Fußball – machen und auf die Horeni wiederholt eingeht. Die Anerkennung, die sie als herausragende deutsche Fußballspieler erfahren, kann sich schnell in Ablehnung verwandeln, wenn es mal nicht so gut läuft. Sie werden dann zu Ausländern gemacht, wie Jérôme sagt.

Insgesamt zeigt sich, dass die Boatengs trotz ihres Status als Stars den gleichen Mechanismen von Subjektivierung unterliegen wie andere Jugendliche aus dem Wedding, welche keine Karriere als Fußballer gemacht haben. Weil sie aus einem »benachteiligten Stadtteil« kommen, in einfachen Verhältnissen aufgewachsen sind und einen nicht-deutschen Vater haben, wird ihnen zugeschrieben ein »harter«, respektloser und rücksichtsloser Typ zu sein. Dieser Zusammenhang wird vom Autor nicht selbst hergestellt, lässt sich aber deutlich aus seiner Darstellung herauslesen.

Jedoch liegen gerade in Horenis wenig analytischer und teilweise etwas oberflächlicher Beschreibung auch die Schwäche des Buches. Zu oft greift er selbst auf Klischees zurück, um den Werdegang der drei Brüder zu erklären. So betont er immer wieder, dass George und Kevin ohne Vater und mit einer Mutter, die arbeitslos ist, aufwachsen und macht so die angeblich schwierigen Familienverhältnis zur Ursache für das Verhalten der beiden Brüder. Des Weiteren problematisiert er an einigen Stellen die hohe Anzahl an MigrantInnen im Wedding und migrantischen Kindern und Jugendlichen in den Schulen im Bezirk.

Auch er ist eben ein Journalist, der versucht unter Rückgriff auf gängige Bilder eine Geschichte zu erzählen. Die Geschichte von den eigentlich braven Jungs, die es trotz dem schlechten Einfluss des »Problemviertels«,



den schwierigen familiären Verhältnissen und dem Rassismus doch irgendwie geschafft haben, Fußballprofis zu werden (zumindest zwei von ihnen). »Vom aufrichtigen Jungen aus dem Ghetto zum Fußballstar« ist aber auch nur eine Abwandlung des altbekannten romantischen Motivs »vom Tellerwäscher zum Millionär«. Warum gerade Kevin und Jérôme diesen Aufstieg geschafft haben, vermag Horeni nicht zu erklären. Und so bleibt es der LeserIn überlassen zu entscheiden, ob sie seine Geschichte besser findet oder die von den Bad Boys aus dem Ghetto. ✖

✖ Michael Horeni, 2012, Die Brüder Boateng – Drei Deutsche Karrieren. Klett-Cotta. 268 Seiten

BUCHVORSTELLUNGEN

AUFSTÄNDE, RASSISMUS UND DIE KRISE DES KAPITALISMUS

JANA KRTEK

Moritz Altenrieds Büchlein mit seinen 80 Seiten widmet sich den vier Tage andauernden Riots in England im August 2011. Der populäre Vorwurf war, dass diese Ausschreitungen keine politischen Gründe hätten. Die Zerstörungen und Plünderungen seien, wie es sehr schnell hieß es, das Werk von kriminellen Jugendlichen, die es auf Markenschuhe und Elektronikgeräte abgesehen hätten. Altenried vertritt dagegen die These, dass die Ereignisse zutiefst politisch waren und Ausdruck der Krise der Repräsentation, »die im Sommer nicht nur in England, sondern in radikal anderer Form auch in der Bewegung der ›Empörten‹ zum Beispiel in Spanien und Griechenland oder der *Occupy*-Bewegung sichtbar wurde«. Ausgangspunkt war der Tod des Taxifahrers Mark Duggan, der bei einer Kontrolle durch Polizisten von diesen erschossen wurde. Infolge dessen demonstrierten einige Hundert vor der Polizeistation im Londoner Stadtteil Tottenham. Nachdem die hinzugezogene Riot Police eine junge Frau attackierte, eskalierte die Situation und die Polizei verlor für einige Zeit die Kontrolle über den Stadtteil. Diese Auseinandersetzungen fanden ihren Widerhall in mehreren Städten Englands und beruhigten sich erst am 9. August, nachdem massiv Polizei eingesetzt wurde.

Altenried .ordnet die Proteste in die durch den Neoliberalismus veränderte politische Landschaft ein. Dabei sind für ihn die individualisierten Sozialstrukturen ein wichtiger Anker, der die Widersprüche begreiflich macht. Aneignung durch Diebstahl auf der einen Seite, wie Optimierung der Verwaltung der städtischen Armut auf der anderen Seite treffen auf unterschiedliche Interessen vor Ort. Die Plünderungen wurden nicht nur durch die Obrigkeit, sondern auch von Anwohner_innen als Schädigung der kleinen Ladenbesitzer_innen vor Ort dargestellt. Im Gegensatz zu dieser populären Deutung stellt Altenried heraus, dass auch dieser Aufstand in die Proteste der ›Empörten‹ einzureihen sei, da auch sie eine Ablehnung der überkommenen Politik darstellten – zwar nicht mit politischen Slogans, aber sehr wohl durch ihre Form.
Das Buch zeichnet sich durch den Wechsel der Darstellung der Ereignisse an den vier Tagen und deren Analyse aus. Es verdeutlicht die Problemstellung aktueller Kämpfe um Selbstbestimmung, die zwischen Umarmung und Selbstorganistion, Aneignung und politischer Integration schwanken. Es zeigt: Die Krise der Repräsentation ist auch eine Krise der Linken. ✖



✖ Moritz Altenried: »Aufstände, Rassismus und die Krise des Kapitalismus. England im Ausnahmezustand«, edition assemblage, 2012, 80 Seiten, 9,80 Euro; ISBN 978-3-942885-10-2

DIE DVD: BUNDESDEUTSCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK UND IHRE TÖDLICHEN FOLGEN

DOKUMENTATIONSGRUPPE DER ANTIRASSISTISCHEN INITIATIVE

Menschen flohen vor Verfolgung, Hunger und Elend. Sie fanden hier den Tod. Die Dokumentation erfasst diese Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor und während Abschiebungen; Misshandlungen und Folter nach Abschiebungen. Die Zusammenstellung umfasst zudem Brände und Anschläge auf Flüchtlingssammellager. Die beschriebenen knapp 6000 Einzelschicksale machen deutlich, dass die Chance, in der BRD Schutz und Sicherheit zu finden, gegen Null läuft. Die Lebensbedingungen für Flüchtlinge sind heute brutaler denn je.

Zusätzlich zum Gesamttext der auch in Heftform erscheinenden Chronologie sind auf der DVD Einzelthemen herausgegriffen, um das Arbeiten mit dem Inhalt entsprechend der Zielthematik zu erleichtern. Alle Themen liegen im pdf- und rtf-Format vor. Themen sind unter anderem: Die Grenzen, Abschiebegefängnisse, Selbsttötungen und Selbstverletzungen von Flüchtlingen, Misshandlungen bei Abschiebungen, Folter nach Abschiebungen, Auslieferungshaft, Kurdische Flüchtlinge, Togoische Flüchtlinge, Minderjährige Flüchtlinge, Getötete und misshandelte Flüchtlinge in Flugzeugen und auf Flughäfen oder durch Betreuungs- oder Bewachungspersonal. ✖



✖ Die DVD und die Druckausgabe sind bestellbar über: Antirassistische Initiative e.V., Dokumentationsstelle, Haus Bethanien – Südflügel; Mariannenplatz 2 A; 10997 Berlin
Fon: 030 617 40 440
Fax: 030 617 40 101
Mail: ari-berlin-dok@gmx.de
20 Euro plus 1,60 Euro Porto & Verpackung

KURZVORSTELLUNGEN

WER ANDERN EINEN BRUNNEN GRÄBT ... MIT KOLONIALEN GRÜSSEN

JANA KRTEK

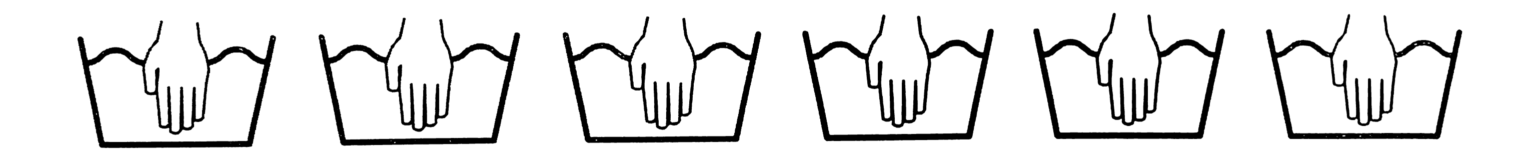
Zwei Broschüren mit allerhand Texten, die im Umfeld der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) entstanden und unter anderem die dort gemachten Erlebnisse reflektieren. Beide Hefte gehen im ersten Kapitel auf Begriff und Funktionsweise von Rassismus ein und beide beleuchten interessanterweise in jeweils einem Kapitel koloniale Zusammenhänge in der EZ und der globalen Ökonomie. Dabei werden persönliche Erfahrungen in den Vordergrund gestellt, wie sie zum Beispiel im Freiwilligendienst oder beim Reisen im Ausland gemacht werden. ✖





✖ »Wer andern einen Brunnen gräbt... Rassismuskritik //Empowerment//Globaler Kontext«, 1. Auflage, September 2012, 88 Seiten, hrsg. vvom Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER), www.ber-ev.de gegen Schutzgebühr: 8 EUR zzgl. Versandkosten

✖ »Mit kolonialen Grüßen ... Berichte und Erzählungen von Auslandsaufenthalten rassismuskritisch betrachtet«, 1. Auflage März 2012, 40 Seiten unter www.glokal.org als PDF unentgeltlich erhältlich



REPRESSIVE TOLERANZ

VON BURKAVERBOT BIS PINKWASHING.

ZAG

NÄCHSTE AUSGABE

In der ZAG 63 wollen wir euch einladen, vielfältige rassistische Diskurse der letzten Jahre anhand des Begriffs der repressiven Toleranz zu analysieren. Mit dieser griffigen Formel hat Herbert Marcuse auf den Nenner gebracht, was wir als einen der wesentlichen Punkte rassistischer Diskurse in den letzten Jahren sehen.

Toleranz schlägt in Repression um: Menschenrechte werden im Kampf für die Zivilisation und Moderne gegen vorgeblich »rückständige« Menschen in Anschlag gebracht. In verschiedenen Variationen begegnet uns das Argument, von antimuslimischer Propaganda (ZAG 52) über die Begründung des Afghanistan Einsatzes durch die Grünen (ZAG 56) bis hin zur Forderung nach »Integration« der angeblich so intoleranten und angeblich bestehenden Parallelgesellschaften, wie sie zuletzt von Neuköllns Bürgermeister verbreitet wurde.

Die gegenwärtigen rassistischen Diskurse scheinen uns dadurch geprägt, dass

- ✖ emanzipatorische Forderungen aufgenommen werden und teilweise strategisch und enteignend genutzt werden, um repressive Politik zu legitimieren.
- ✖ Zugleich partizipieren Teile emanzipatorischer Bewegungen an der Macht und tragen repressive Politik mit, wie zum Beispiel Teile von Frauen-, Friedens-, Schwulen- und Lesbenbewegungen.
- ✖ Durch die oben genannten Entwicklungen findet eine Neuformierung von emanzipatorischen Forderungen und politischen Lagern statt, die die politische Handlungs- und Mobilisierungsfähigkeit emanzipatorischer Bewegungen verringert.

Wir möchten das in Ansätzen am Beispiel des antimuslimischen Rassismus' illustrieren: Auf den ersten Blick wirkt die bloße Gegenüberstellung von freiheitlich-demokratischer Grundordnung, die sich selbst als »aufgeklärt« oder »zivilisiert« beschreibt und »den unzivilisierten Muslimen« vertraut.

Doch hier erschöpft sich die Legitimation nicht in der angeblichen moralischen Überlegenheit der »bürgerlich-liberalen, aufgeklärten und zivilisierten« Gesellschaften, sondern sie wird vordergründig mit »Frauenemanzipation für Muslima« begründet – sei es bei Kopftuch- und Burkaverbot oder beim Kriegseinsatz der NATO in Afghanistan. Hier entsteht eine Ambivalenz, die einer möglichen Vereinnahmung bzw. Beteiligung von Gruppen Vorschub leistet, die bisher abseits des Mainstreams und politischen Einflusses standen. Seien es die Grünen, die einstmals starke Impulse aus der Friedensbewegung empfingen und später den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan befürworteten oder Gruppen wie der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), dem unter anderem von Judith Butler »Komplizenschaft mit Rassismus und Homonationalismus« vorgeworfen wurde. Die Erfolge der Bewegungen machen sie zu einem Teil der »herrschenden Interessen«, aber teilweise werden sie auch instrumentalisiert und ihre erkämpften Forderungen nach Toleranz werden Teil repressiver Politik.

Die Gefährlichkeit des Argumentationsmusters »Repressiver Toleranz« besteht darin, dass emanzipatorische Forderungen missbraucht werden, und dass darüber hinaus Grenzziehungen, Homogenisierungen und stereotypisierende Zuschreibungen durch die Hintertür eingeführt werden, die die Bewegungen völlig neu positionieren und spalten. Zugleich steckt in dem Denkmodell der Verweis auf strukturelle Hintergründe dieser Diskurse: Wenn strukturell privilegierte Gruppen und Interessen von negativ privilegierten Gruppen, bzw. Minderheitenpositionen Toleranz fordern, dann kann diese Forderung einen repressiven Charakter bekommen. Wie begegnen wir diesen repressiven Politiken und vermeiden repressive Effekte ohne die jeweiligen emanzipatorischen Forderungen aufgeben zu müssen?

Wir bitten um Artikelvorschläge, in denen ihr eigene Erklärungsansätze für das oben skizzierte Phänomen »Repressive Toleranz« vorschlagt und diskutiert. Themenvorschläge:

- ✖ Ist das oben beschriebene Phänomen neu? Gibt es frühere Beispiele für die Einschreibung, bzw. Vereinnahmung emanzipatorischer Forderungen in den herrschenden Diskurs?
- ✖ Warum wird dieses Argumentationsmuster in den letzten Jahren zunehmend mobilisiert? Ist es Ausdruck von gesellschaftlichen Krisen und Umwälzungen?
- ✖ Welche Argumentationsstrukturen und Lagerbildungen erschweren das Vorgehen gegen antimuslimischen Rassismus? Wie können eine religionskritische Einstellung und Antirassismus verbunden werden?
- ✖ Wie kann Homonationalismus erklärt werden und welche (Argumentations-)strategien sind hilfreich, um rassistische Effekte zu vermeiden und Homonationalismus zu begegnen?
- ✖ Spielt repressive Toleranz in der aktuellen Critical Whiteness Debatte eine Rolle? Zum Beispiel wenn die Kritik von »People of Colour« als zu radikal abgewiesen wird? Auch hier fehlt eine Vorbedingung für Toleranz, nämlich Hierarchiefreiheit.
- ✖ Ist »Pinkwashing« eine Variante repressiver Toleranz? Welche Lagerbildungen werden hier erzeugt? Wie kann Pinkwashing und der Pinkwashing Vorwurf aus einer emanzipatorischen Perspektive eingeordnet werden?
- ✖ Steht die Debatte über Beschneidung in diesem Kontext? Hier wird das universale Recht auf körperliche Unversehrtheit von Kindern in Stellung gebracht gegen religiöse Rituale.
- ✖ Wie kann die Argumentationsstruktur in den jeweiligen Diskursen erklärt werden? Ist es bloße Strategie, Ideologie oder repräsentiert es emanzipatorische Erfolge, also zum Beispiel die tatsächliche Akzeptanz von Homosexualität?
- ✖ Welche Beispiele für Diskurse Repressiver Toleranz haben wir hier vergessen?

Wir bitten um die Zusendung von Artikeln und Artikelvorschlägen zu dem von uns angerissenen Thema und unseren im obigen Text aufgeworfenen Fragen.

- ✖ Artikel sollten bis zu 12.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.
- ✖ Hinweise zur Textgestaltung senden wir auf Wunsch.
- ✖ Geschlechtergerechte Sprache ist erwünscht.
- ✖ Der Redaktionsschluss ist der 15.3.2013. Wir freuen uns aber auch über früher eingereichte Beiträge.
- ✖ Infos, Nachfragen, Artikelvorschläge und Kritiken an: redaktion@zag-berlin.de.
- ✖ Mehr Infos über die ZAG unter **www.zag-berlin.de**.

BACKLIST

2012 #61 **Critical Whiteness** #60 Rassismus in der Krise **2011** #59 Antiziganismus in Europa #58 It's All Natural **2010** #57 Krieg! Im Westen nicht Neues? #56 Islambilder 2 **2009** #55 rasse·kultur·macht #54 Osteuropas rechte Ränder **2008** #53 Homophobie #52 Antidiskriminierung **2007** #51 Grenzerfahrungen #50 Verschwörungen **2006** #49 Nationale Befreiungsbewegungen #48 Die Türkei in Europa **2005** #47 Produktionen des Westens, Gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ #46 Lechts und Rinks **2004** #45 Migration von Frauen (*) #44 Migrationsmanagement (*) **2003** #43 Antiziganismus (*) #42 911 Turbo **2002** #41 Monster AG #40 Blitzkultur **2001** #39 Antisemitismus (*) #38 Abschiebeknäste **2000** #36/37 Zimmer ohne Aussicht #35 Schengenland (*) #34 Islambilder **1999** #33 Konzepte antirassistischer Arbeit #32 Die Bilder-Zag #31 Gesundheit als Privileg #30 Das Ende der Tabus **1998** #29 Sport und Rassismus #28 Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte #27 Antirassistische Jugendarbeit #26 MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997** #25 Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität #24 Globale Migrationskontrolle #23 Mobilität #22 City 2000 **1996** #21 Balkan, Krieg und Flucht #20 Ökologie #19 Einwanderungspolitik #18 VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹ (*) **1995** #17 Alltag-Kultur-Rassismus #16 Europa #15 Illegalisierung (*) #14 Deutscher Antirassismus?, Gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994** #13 Polizei und Justiz #12 Rassismus und Soziale Frage #11 Innere Sicherheit #10 Rassismus und Bildung **1993** #9 Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (*) #8 Ausweisung und Abschiebungen (*) #7 Rassismus und Bildung (*) #6 Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne (*) **1992** #5 Roma in der BRD / Rostock (*) #4 Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda (*) #3 Wer schweigt, stimmt zu #2 Greift ein! – Schaut nicht weg **1991** #1 Rassismus tötet

(* = leider vergriffen)

ISSN: 2192-6719

IMPRESSUM

Herausgeber: Antirassistische Initiative e.V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, E-Mail: redaktion@zag-berlin.de, Fax +49 (0) 30 6913005, **Internet**: www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, ZAG-Kontonummer 303 96 01, **Gestaltung:** :::rainGroup **Druck:** Under Pressure, **Gewerbliche Anzeigen:** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2007, **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer. Die **ZAG im Abonnement**: www.zag-berlin.de oder ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt**. **Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.